



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

80. Sitzung

Hannover, den 13. November 2015

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 33:

Mitteilungen des Präsidenten7875
Feststellung der Beschlussfähigkeit.....7875

Zur Geschäftsordnung:

Jens Nacke (CDU)7875
Christian Dürr (FDP).....7877
Grant Hendrik Tonne (SPD).....7878
Helge Limburg (GRÜNE).....7879

Außerhalb der Tagesordnung:

Unterrichtung über die Abordnung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie Bediensteter zur Erfassung von Flüchtlingen in den Landesaufnahmeeinrichtungen7880

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport.....7880, 7886
Jens Nacke (CDU)7881, 7888
Grant Hendrik Tonne (SPD).....7883
Christian Dürr (FDP).....7884
Helge Limburg (GRÜNE).....7885, 7886
Almuth von Below-Neufeldt (FDP)7886

Tagesordnungspunkt 34:

Mündliche Anfragen - Drs. 17/4530.....7889

Frage 1:

Bilanz des Fachhochschulentwicklungsprogramms (FEP).....7890
Dr. Silke Lesemann (SPD)7890, 7902
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur 7890 bis 7909
Dr. Thela Wernstedt (SPD).....7895

Jan-Christoph Oetjen (FDP)7895
Matthias Möhle (SPD)7896
Ottmar von Holtz (GRÜNE).....7897
Dr. Stephan Siemer (CDU).....7897
Horst Schiesgeries (CDU)7898
Almuth von Below-Neufeldt (FDP).... 7898, 7901
Petra Joumaah (CDU)7898, 7906
Dr. Stefan Birkner (FDP)7899
Gabriela König (FDP).....7899
Jörg Bode (FDP).....7900
Volker Bajus (GRÜNE)7901
Ulf Prange (SPD)7902
Bernd Lynack (SPD)7903
Burkhard Jasper (CDU)7904, 7909
Heiner Schönecke (CDU).....7904
Gabriela Kohlenberg (CDU).....7905
Dr. Christos Pantazis (SPD)7905
Reinhold Hilbers (CDU)7907
Frank Oesterhelweg (CDU).....7907
Björn Thümler (CDU)7908
Jörg Hillmer (CDU).....7908, 7910
Ulf Thiele (CDU).....7909

(Die Antworten zu den Anfragen 2 bis 54 und 56 bis 57, die nicht in der 80. Sitzung des Landtages am 13. November 2015 behandelt und daher zu Protokoll gegeben wurden, sind in der Drucksache 17/4595 abgedruckt.)

Tagesordnungspunkt 35:

Erste Beratung:

Die Landesregierung muss regelmäßig und transparent aktuelle Zahlen zur Flüchtlingskrise zur Verfügung stellen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/45167911

und

Tagesordnungspunkt 36:

Erste Beratung:

Menschen in Not helfen, Zuwanderung ordnen und steuern, Integration sichern! - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/4517 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/4594..... 7911
Björn Thümler (CDU) 7911
Bernd Lynack (SPD) 7915
Dr. Stefan Birkner (FDP)..... 7917
Filiz Polat (GRÜNE)..... 7918
Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport 7920
Ulf Thiele (CDU) 7921
Ausschussüberweisung (TOP 35 und TOP 36).. 7924

Tagesordnungspunkt 37:

Erste Beratung:

„Demokratie braucht politische Bildung“ - Niedersachsen braucht wieder eine Landeszentrale für politische Bildung! - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/4526..... 7925
Marco Brunotte (SPD) 7925, 7926, 7929
Christian Grascha (FDP) 7926
Jörg Hillmer (CDU)..... 7927, 7929
Almuth von Below-Neufeldt (FDP)
..... 7930, 7931, 7932
Adrian Mohr (CDU) 7930
Julia Willie Hamburg (GRÜNE) 7931, 7932
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur 7933
Ausschussüberweisung..... 7934

Tagesordnungspunkt 38:

Erste Beratung:

Finger weg von den nationalen Bankeneinlagensicherungssystemen - keine Vergemeinschaftung von Bankenrisiken zulasten der funktionierenden Einlagensicherungssysteme von Volksbanken und Sparkassen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/4520..... 7934
Adrian Mohr (CDU) 7935
Renate Geuter (SPD) 7936
Christian Grascha (FDP) 7937
Gerald Heere (GRÜNE) 7938
Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister 7939
Ausschussüberweisung..... 7939

Tagesordnungspunkt 39:

Erste Beratung:

Asylverfahren entlasten und vorübergehenden Schutz durch spezifischen Flüchtlingsstatus gewähren - Gesetzentwurf zur Gewährung vorübergehenden nationalen humanitären Schutzes in den Bundesrat einbringen - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/4521 7940
Jan-Christoph Oetjen (FDP)7940, 7944, 7945
Dr. Christos Pantazis (SPD)..... 7941
Editha Lorberg (CDU)..... 7944
Belit Onay (GRÜNE) 7946
Ausschussüberweisung 7947

Tagesordnungspunkt 40:

Stärkung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge - Entlastung für Versicherte und Unternehmen - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/4522..... 7947
Ausschussüberweisung 7947

Tagesordnungspunkt 41:

Erste Beratung:

Gute Ausbildung für Niedersachsens Feuerwehren - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/4523 7948
Klaus-Peter Bachmann (SPD) 7948, 7952
Jan-Christoph Oetjen (FDP) 7950
Rainer Fredermann (CDU)
.....7950, 7953, 7954, 7956
Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)..... 7953, 7954
Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport 7955
Ausschussüberweisung 7956

Tagesordnungspunkt 42:

Erste Beratung:

Freies WLAN in Niedersachsen: Freifunk unterstützen, Bürgernetze ausbauen! - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/4524 7956
Maximilian Schmidt (SPD) 7956
Horst Kortlang (FDP)..... 7958
Belit Onay (GRÜNE) 7959
Axel Miesner (CDU) 7961
Ausschussüberweisung 7962

Tagesordnungspunkt 43:

Prävention und Intervention gegen Diskriminierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Ideologien der Ungleichwertigkeit - ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/45417962
Ausschussüberweisung7962

Nächste Sitzung.....7962

Vom Präsidium:

Präsident	Bernd Busemann (CDU)
Vizepräsidentin	Dr. Gabriele Andretta (SPD)
Vizepräsident	Klaus-Peter Bachmann (SPD)
Vizepräsident	Karl-Heinz Klare (CDU)
Schriftführerin	Ingrid Klopp (CDU)
Schriftführerin	Gabriela Kohlenberg (CDU)
Schriftführer	Klaus Krumfuß (CDU)
Schriftführer	Clemens Lammerskitten (CDU)
Schriftführer	Markus Brinkmann (SPD)
Schriftführer	Stefan Klein (SPD)
Schriftführerin	Sigrid Rakow (SPD)
Schriftführerin	Sabine Tippelt (SPD)
Schriftführer	Belit Onay (GRÜNE)
Schriftführerin	Elke Twesten (GRÜNE)
Schriftführerin	Hilgriet Eilers (FDP)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident
Stephan Weil (SPD)

Minister für Inneres und Sport
Boris Pistorius (SPD)

Finanzminister
Peter-Jürgen Schneider (SPD)

Staatssekretär Frank Doods,
Finanzministerium

Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Cornelia Rundt (SPD)

Kultusministerin
Frauke Heiligenstadt (SPD)

Staatssekretärin Erika Huxhold,
Kultusministerium

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Olaf Lies (SPD)

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Christian Meyer (GRÜNE)

Staatssekretär Horst Schörschusen,
Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Justizministerin
Antje Niewisch-Lennartz (GRÜNE)

Staatssekretärin Stefanie Otte,
Justizministerium

Ministerin für Wissenschaft und Kultur
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE)

Staatssekretärin Andrea Hoops,
Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Stefan Wenzel (GRÜNE)

Beginn der Sitzung: 9.04 Uhr.

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 80. Sitzung im 29. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtags der 17. Wahlperiode. Das Präsidium wünscht Ihnen einen guten Morgen.

(Zurufe: Guten Morgen, Herr Präsident!)

Das Plenum ist bereits hervorragend besetzt, so dass ich die **Beschlussfähigkeit** des Hauses schon jetzt feststellen darf.

Tagesordnungspunkt 33:

Mitteilungen des Präsidenten

Meine Damen und Herren, vielleicht aus gegebenem Anlass noch ein Hinweis: Wir sind nicht zuletzt aufgrund der beengten Lage in diesem eigentlich wunderschönen Übergangsplenarsaal besonders sensibel, wenn es darum geht, ob vielleicht Einsicht in unsere Unterlagen, wie auch immer, genommen wird. Das bedarf einer gewissen Disziplin auf allen Seiten.

Ich hatte gestern einen Kameramann, bei dem ich den Eindruck hatte, dass er von hinten in das Plenum hinein gefilmt hat, entsprechend angesprochen. Wir konnten mittlerweile klären, dass dem nicht so gewesen ist, dass es wohl auch technisch gar nicht möglich war, dass aber für bestimmte Einstellungen manchmal bestimmte Positionen bezogen werden müssen.

Auf der einen Seite will ich das also als geklärt betrachten, aber auf der anderen Seite sozusagen als persönliche Geste den Fernsehjournalisten Folgendes anbieten: Wenn Sie dann und wann - wir haben natürlich spannende Debatten und sind daran interessiert, dass wunderschöne Bilder in den Medien von unserer wichtigen Tätigkeit verbreitet werden - für die eine oder andere Einstellung mal da oder dort Position beziehen wollen, wäre ich dankbar, dass über die bestehenden Vereinbarungen hinaus Kontakt zu den Mitarbeitern rechts hinter mir oder zu den Schriftführern aufgenommen wird, damit man - auch die Vizepräsidenten - entscheiden kann, was geht und was nicht geht.

Ich will in dem Zusammenhang gern festhalten, dass die Vereinbarungen, die wir hierzu insgesamt getroffen haben, von den Fernsehjournalisten bislang nicht gebrochen wurden. Dass es einen oder

zwei andere Fälle gegeben hat, haben wir vor einigen Monaten erleben müssen. Aber ich denke, gerade unter den beengten Verhältnissen des Plenarsaals, der zwar schön, aber eben beengt ist, sind gegenseitiges Aufeinanderachten oder Rücksichtnehmen durchaus angesagt.

Wir haben in diesem Plenarsaal jetzt fast Halbzeit, es liegt noch einmal die gleiche Zeitstrecke vor uns, dann geht es hinüber in den neuen Plenarsaal, wo - so denke ich jedenfalls - die Bedingungen für alle noch besser sein werden.

Das wollte ich heute Morgen noch gesagt haben.

Zwei Kolleginnen haben einen Verlust zu beklagen: Es werden dringend ein Handy und eine Brille gesucht.

(Heiterkeit - Thomas Schremmer
[GRÜNE] zeigt auf seine Brille)

- Herr Schremmer, es ist nett, dass Sie aushelfen wollen. Aber ich glaube, es ist besser, wenn jeder noch einmal sorgsam guckt, ob sich diese Gegenstände wiederfinden lassen, und sie dann bitte notfalls bei den Pförtnern abzugeben.

Meine Damen und Herren, wir beginnen die heutige Sitzung mit Tagesordnungspunkt 34, Mündliche Anfragen. Anschließend setzen wir die Beratungen in der Reihenfolge der Tagesordnung fort. Die heutige Sitzung soll gegen 15.45 Uhr enden.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr der Schriftführer, Herr Onay, mit.

Schriftführer Belit Onay:

Es haben sich entschuldigt von der CDU-Fraktion Frau Kollegin Mundlos bis 10.45 Uhr, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Scholing sowie von der FDP-Fraktion Herr Försterling ab 11.00 Uhr.

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Onay.

Meine Damen und Herren, es liegt mir jetzt eine Wortmeldung von Herrn Nacke **zur Geschäftsordnung** vor. Bitte sehr, fünf Minuten!

Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern Vormittag, um 9.10 Uhr, sind in diesem Landtag die Dringlichen Anfragen aufgerufen worden. Dazu gehörte als Tagesordnungspunkt 20 a die Anfrage „Illegaler Grenzübertritt von Flüchtlin-

gen - Verbesserung der Registrierung - Rechtsstaat wiederherstellen“ von der FDP-Fraktion.

Der Innenminister des Landes Niedersachsen hat dazu diesem Parlament Rede und Antwort gestanden und hat dargestellt, wie aus seiner Sicht die Registrierung verläuft.

Zeitgleich, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat das Innenministerium - um 9.39 Uhr - die Polizeibehörden im Land Niedersachsen angeschrieben und angeordnet, dass 100 Mitarbeiter, 100 Polizeibeamte, am selben Tag bis 16.00 Uhr zu benennen sind, die vom 16. November 2015 bis zum 29. Februar 2016, also nahezu drei Monate, eingesetzt werden sollen, um Flüchtlinge in den Landesaufnahmeeinrichtungen zu erfassen.

(Christian Dürr [FDP]: Das ist wirklich unglaublich!)

Der Innenminister, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat sich entschieden, diese Information hier im Parlament nicht mitzuteilen.

(Björn Thümler [CDU]: Unerhört!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind davon überzeugt, dass diese Regierung nicht nur darauf achten muss, Unwahrheiten zu vermeiden, sondern auch darauf achten muss, Wahrheiten mitzuteilen. Darauf hat dieses Haus einen Anspruch.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir erwarten daher eine Unterrichtung des Innenministers oder auch des Ministerpräsidenten über den Umstand, warum hier der Eindruck erweckt worden ist, dass in den Landesaufnahmeeinrichtungen ganz selbstverständlich alles in Ordnung sei und man nun auf bestem Wege sei, den Kurs zu erreichen, während gleichzeitig entschieden wird, ausgerechnet der Polizei - also ausgerechnet wieder dem Geschäftsbereich des Innenministeriums - Kräfte zu entziehen und damit zulasten der Sicherheit und Ordnung im Land die Erfassung von Flüchtlingen vorzunehmen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wie passt das zusammen mit den Debatten, die wir am 17. September 2015 genau an dieser Stelle geführt haben? Dort hat es ja seitens des Innenministers noch geheißen: Wir als Landesregierung haben allerhöchsten Respekt vor der Arbeit der Polizei in Niedersachsen, und wir als Landesregierung lassen die Polizistinnen und Polizisten sowie

die Beschäftigten bei der Polizei mit ihren Belastungen nicht allein. Und dann entscheiden Sie wenige Monate später, genau diese Kräfte abzu ziehen, um Ihre Aufgaben zu erfüllen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt einen zweiten Punkt, zu dem wir Aufklärung wollen - neben der Frage, warum denn nicht auch einmal andere Fachbereiche, andere Bereiche herangezogen werden, um diese Gesamtaufgabe wahrzunehmen.

(Renate Geuter [SPD]: Das sind sie doch schon lange!)

Ausweislich dieses Schreibens bekommen die Polizeibeamten, die dort eingesetzt werden sollen, eine dreitägige Schulung. Da fragen wir uns zweitens schon, meine sehr verehrten Damen und Herren: Warum schaut dieser Innenminister seit nunmehr nahezu einem Jahr dem Treiben in der Landesaufnahmebehörde zu, wenn es nur drei Tagen bedarf, um Verwaltungskräfte dahin gehend zu schulen, dass sie ordnungsgemäß Flüchtlinge erfassen können? Das ist eine Frage, die an diesem Rednerpult beantwortet werden muss.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Helge Limburg [GRÜNE]: Kommt noch ein Geschäftsordnungsantrag, Herr Kollege? - Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Wir wünschen natürlich auch Aufklärung über Folgendes - die GdP hat das gestern schon gesagt; das ist völlig verständlich -; ich zitiere: Für die GdP ist völlig unverständlich, warum eine so weit reichende Maßnahme so überstürzt veranlasst wird. Offen ist bislang auch, wie die Polizei diese Lücken bei der eigenen Aufgabenwahrnehmung stopfen soll und wie die Maßnahme durch andere Verwaltungsbereiche flankiert wird.

(Minister Boris Pistorius betritt den Plenarsaal)

Ja, die Antworten auf diese Fragen der GdP möchten wir auch haben. Sie hätten gestern schon gebracht werden müssen; wir erwarten, dass sie heute hier vorgetragen werden - zumal das Chaos mit der Berichterstattung in der *Neuen Presse* heute Morgen perfekt wird. Denn dort heißt es, dass es dem Widerstand der Arbeitnehmervertretung zu verdanken ist, dass am Ende nur 50 Polizeibeamte eingesetzt werden. - Auch die Zahlen sind also bislang unklar.

Ich freue mich, Herr Minister, dass Sie inzwischen in den Plenarsaal gekommen sind. Ich würde mich auch freuen, wenn Sie Klarheit schaffen würden. Es reicht nicht - das will ich gerne wiederholen; damit Sie es auch gehört haben -, an diesem Rednerpult Unwahrheiten zu vermeiden; Sie müssen auch Wahrheiten offen darlegen. Nur so kann Parlamentarismus in einem Land funktionieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Johanne Modder [SPD]: Das sind Behauptungen! Das ist eine Frechheit! -
Weitere Zurufe von der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Nacke. - Ebenfalls zur Geschäftsordnung haben sich Herr Dürr und Herr Tonne gemeldet. Die Reihenfolge können Sie gerne noch untereinander abwandeln. - Herr Dürr, Sie sind dran. Bitte!

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, seit Beginn der Herausforderungen, vor denen das Land Niedersachsen angesichts der Flüchtlingssituation steht, werden wir nicht müde, zu betonen, wie groß die Herausforderungen sind. Einige sagen, es sei die größte Aufgabe seit der Wiedervereinigung, andere nennen weitere Superlative. Herr Ministerpräsident, ich will mich auch an Sie ganz persönlich richten: Wir reden auch ein Stück weit von Vertrauen; es geht darum, wie wir in dieser Frage miteinander umgehen.

Und wissen Sie, worüber ich richtig sauer bin? - Meine Fraktion hat am gestrigen Tage zu genau diesem Thema - nämlich zu der Frage, wie die Registrierung in Niedersachsen läuft, zu der Frage, welche Landesbeamten aus welchen Ressorts abgeordnet werden, damit die Registrierung in den Landesaufnahmebehörden funktioniert - eine Anfrage eingereicht und wollte genau dieses Thema hier debattieren. Wenn dann die Landesregierung schlicht und einfach die Unwahrheit sagt, ist das unerträglich auch mit Blick darauf, dass wir hier von Vertrauen reden, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Widerspruch bei der SPD)

Und Sie stehen an der Spitze der Bewegung, um das ganz klar zu sagen! Es ist nicht allein der Innenminister verantwortlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Herr Innenminister, ich will mich auch an Sie richten: Natürlich waren Sie persönlich am gestrigen Tage in der Auskunftspflicht. Gerade hat Herr Kollege Nacke vorgetragen, dass während der Behandlung unserer Dringlichen Anfrage hier im Plenum, Herr Innenminister, Ihr Haus an die Landespolizei die Order herausgegeben hat, bis zu 100 Polizisten an die Landesaufnahmebehörde zu überstellen. Das ist unerträglich, das will ich deutlich sagen. Sie hätten die Pflicht gehabt, hier die Wahrheit zu sagen. Sie sind nach Artikel 24 der Landesverfassung dazu verpflichtet. Das war ein erneuter Verfassungsverstoß durch diese Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Noch etwas Weiteres wird deutlich. Es wird deutlich, dass sich in Niedersachsen ein einziges Ressort um das Thema Flüchtlingskrise kümmert, nämlich das Innenministerium.

(Andrea Schröder-Ehlers [SPD]: Herr Dürr!)

Es gibt ansonsten null Unterstützung. Sie müssen einmal die Aussagen des Sprechers des Finanzministeriums in der *Neuen Presse* nachlesen. Er wurde gefragt, ob auch andere Ressorts Unterstützung leisten. Er hat gesagt: Ja, einige. Wie viele könne man zurzeit noch nicht sagen.

Neun Häuser schlafen zurzeit, während Polizisten vom Streifendienst abgezogen werden,

(Renate Geuter [SPD]: Das stimmt doch gar nicht, und das wissen Sie auch!)

Polizisten, die wir gerade in der jetzigen Situation vor Ort dringend brauchen, die übrigens nicht durch andere Landesbeamte ersetzt werden können. Die Polizisten gehen zurzeit auf dem Zahnfleisch - darüber sind wir uns doch eigentlich einig.

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Sprich doch mal zur Geschäftsordnung! Das ist ein inhaltlicher Beitrag! - Gerd Ludwig Will [SPD]: Das ist unerträglich! - Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Was Sie gerade machen, ist der Versuch, auf Kosten der Polizistinnen und Polizisten diese Situation zu bewältigen. Sie werden an der Stelle scheitern, meine Damen und Herren, weil diese Landesregierung schläft. Kein einziges Ressort ist bereit, dem Innenminister zu helfen.

(Uwe Schwarz [SPD]: Ist das zur Geschäftsordnung, Herr Präsident?)

Der in dieser Situation Verantwortliche sitzt in der Staatskanzlei und rührt keinen Finger. Das werden wir weiterhin kritisieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Ronald Schminke [SPD]: Hat er kein Frühstück gekriegt, oder warum ist er so aufgeregt?)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Dürr. - Ebenfalls zur Geschäftsordnung spricht Herr Tonne für die SPD-Fraktion. Auch für Sie gilt: maximal fünf Minuten. Bitte sehr!

Grant Hendrik Tonne (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie werden sich gelegentlich entscheiden müssen, was Sie eigentlich möchten.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Vernünftige Information!)

Gestern konnte nichts schnell genug gehen. Und wenn Entscheidungen laufen, wird am nächsten Tag kritisiert, dass Entscheidungen getroffen wurden.

(Ulf Thiele [CDU]: Er soll es einfach nur sagen!)

Eine dermaßen widersprüchliche Haltung habe ich überhaupt noch nicht erlebt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Irgendwann wird diese Schauspielerei, die hier stattfindet, auch mal am Mikro entlarvt werden müssen. Sie hätten einfach zuhören müssen, dann hätten Sie festgestellt, dass seit Monaten kontinuierlich quer durch die Häuser verstärkt wird. Das haben Sie mündlich vorgetragen bekommen; das haben Sie zigmal auch schriftlich vorgelegt bekommen. Sie wollen es nicht verstehen; das ist Ihr Problem, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Grascha [FDP]: Das ist doch eine ganz andere Dimension!)

Gestern hieß es, es muss alles getan werden; heute wird genau das kritisiert. Meine Damen und Herren, entscheiden Sie sich irgendwann einmal,

was Sie machen möchten, was Sie hier vortragen möchten.

(Christian Grascha [FDP]: So ein Quatsch!)

Herr Dürr, das geht ja auch eine Nummer kleiner. Wenn man einfach zuhören und lesen würde, dann müsste man sich hier nicht so aufplustern, wie Sie es gerade getan haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Gestern wurde hier ebenfalls dargestellt, dass mit Nachdruck daran gearbeitet wird, dass beispielsweise bis Weihnachten eine tagesaktuelle Registrierung in den Landesaufnahmebehörden möglich ist. Meine Damen und Herren, wie soll das denn geschehen, wenn nicht weiter verstärkt wird? Natürlich schaut jeder, wie das verstärkt werden kann, wie man genau das erreichen kann. Sind wir uns eigentlich einig in dem Ziel, oder sind wir es nicht?

(Johanne Modder [SPD]: Genau das ist die Frage!)

Wenn Sie das nicht möchten, dann müssen Sie es hier auch sagen und dürfen das nicht vernebeln, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Johanne Modder [SPD]: Ja, es geht Ihnen nur um Klamauk! - Zuruf von Jens Nacke [CDU])

Herr Nacke, das Einzige, das Sie uns erzählen könnten, wäre, wie man innerhalb von einem Tag seine Meinung komplett ändert, nur um sich hier hinstellen und aufplustern zu können und so zu tun, als müsse man mit Macht kritisieren. Nichts anderes ist dahinter.

(Christian Dürr [FDP]: Herr Tonne, jetzt ist aber Schluss! In dieser Situation wird die Unwahrheit gesagt, und Sie verteidigen das mit dem Trümmerhaufen dort drüben noch!)

- Entschuldigung, es ist nicht nur Herr Nacke, es ist auch Herr Dürr!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Seit Wochen erleben wir, dass die Opposition Fragen stellt, die Antworten aber nicht hören möchte und auch nicht zur Kenntnis nimmt. Das ist eigentlich das Kernproblem. Nichtsdestoweniger geben

wir die Hoffnung nicht auf, dass Sie irgendwann zuhören und auch verstehen. Deswegen wird der Innenminister selbstverständlich gleich gern unterrichten.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Warum regen Sie sich denn so auf, Herr Tonne! - Gegenruf von Johanne Modder [SPD]: Weil Sie hier die Unwahrheit reden! - Gegenruf von Jens Nacke [CDU]: Schlimm wird es doch erst, wenn Herr Watermann kommt!)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Tonne. - Ebenfalls zur Geschäftsordnung spricht nun Herr Limburg. Bitte!

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Nacke, die Frage ist doch, warum Sie sich hier so aufplustern und wieder einmal den Verfassungsbruch bemühen. Das scheint ja Ihre Lieblingsvokabel geworden zu sein.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wenn es CDU und FDP tatsächlich um eine sachliche, inhaltliche Unterrichtung gegangen wäre, dann hätte man das, denke ich, auf ganz anderem Wege vorbringen können, als Herr Dürr und Herr Nacke es heute Morgen hier aufgeführt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zunächst einmal ist es mir ganz wichtig, das Personal dieser Landesregierung, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Häuser, gegen die unverschämten Angriffe insbesondere von Herrn Dürr in Schutz zu nehmen. Sie haben sinngemäß gesagt, so kam es rüber, neun Häuser würden schlafen und nur eines arbeiten.

(Christian Dürr [FDP]: Ich habe von der Hausspitze gesprochen! Das ist so billig! Die Personen da oben schlafen! Die Schläfer sitzen links und rechts von Ihnen!)

Das ist eine Unverschämtheit, Herr Dürr. Herr Tonne hat es gerade dargestellt. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten engagiert an der Bewältigung dieser Aufgabe.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Das ist unterstes Niveau! Danke Anja, welche Fraktion ist jetzt gerade fair? - Gegenruf von Anja Piel [GRÜNE]: Es geht nicht um uns, sondern um die Mitarbeiter! - Gegenruf von Christian Dürr [FDP]: Ich habe die Mitarbeiter gar nicht angegriffen!)

Präsident Bernd Busemann:

Einen Moment, Herr Limburg! Herr Dürr, Herr Nacke, liebe Kolleginnen und Kollegen, es regelt sich alles. Halten Sie die Luft an! - Weiter geht es.

(Detlef Tanke [SPD] - zur FDP -: Das muss man auch einmal ertragen können, Herr Kollege! - Gegenruf von Jens Nacke [CDU]: Jetzt fangen sie gleich wieder an zu heulen!)

Helge Limburg (GRÜNE):

Herr Kollege Dürr, in der Frage der Fairness zwischen den Fraktionen ist Ihre Fraktion zweifellos gerade auch in dieser Woche - das habe ich ja selber erlebt - vorbildlich und tadellos. Das ist gar keine Frage. Das ist selbstverständlich. Das kann ich Ihnen bescheinigen. Das ist auch zwischen den Fraktionen klar.

(Christian Dürr [FDP]: Wir reden von Vertrauen und fairem Umgang! Darüber haben wir gesprochen, über nichts anderes!)

- Aber Herr Dürr, die Frage der parlamentarischen Fairness überlagert doch nicht die Möglichkeit, hier eine Debatte zu führen. Wenn Sie hier so einen Auftritt hinlegen, dann müssen Sie es schon aushalten, Herr Kollege Dürr, dass wir darauf entsprechend und angemessen reagieren.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Ich rede von Vertrauen und Fairness und davon, Informationen zu bekommen! Ich habe darüber gesprochen, wie wir miteinander umgehen!)

Dieser Innenminister ist doch allgemein als unterrichtungs- und auskunftsfreudig bekannt. Der Herr Innenminister hat bisher in jedem Plenum, seit uns diese Flüchtlingsherausforderungen beschäftigen, umfassend zu diversen Anfragen Auskunft gegeben. Ich kann nicht nachvollziehen, dass Sie glau-

ben, Sie müssten ihn erst durch so einen Auftritt zwingen, weitere Informationen zu liefern.

Ein letzter Punkt, Herr Kollege Nacke. Dass ein Kollege wie Sie, der noch in der vergangenen Woche in Bückeburg behauptet hat, die Landesregierung müsse quasi von Verfassung wegen alles stehen und liegen lassen, um Anfragen der CDU zu diversen Themen zu beantworten - das habe oberste Priorität, alle Mitarbeiter müssten dafür abgestellt werden -, sich dann heute hier über so einen Vorgang echauffiert, Herr Kollege Nacke, ist mehr als abenteuerlich.

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Johanne Modder [SPD]: Unfassbar!)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Limburg. - Meine Damen und Herren, zur Geschäftsordnung haben jetzt alle vier Fraktionen gesprochen. Es hat niemand expressis verbis gegen das Ansinnen, hier unterrichtet zu werden, gesprochen, auch Herr Limburg nicht.

Ich vermeide gleichwohl eine Abstimmung hierzu, weil das Ganze dadurch überholt wird, dass die Landesregierung in Person des Herrn Innenministers jetzt unterrichten möchte, was dann je nach Redezeit entsprechende Redezeiten für die Fraktionen auslöst.

Herr Innenminister, bitte sehr!

Außerhalb der Tagesordnung:

Unterrichtung über die Abordnung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie Bediensteter anderer Ressorts zur Erfassung von Flüchtlingen in den Landesaufnahmeeinrichtungen

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident!

(Jens Nacke [CDU]: Aber nicht wieder alles weglassen! Das ist unangenehm! - Gegenruf von Johanne Modder [SPD]: Mein Gott! Halt doch einfach den Mund!)

Präsident Bernd Busemann:

Einen Moment! - Etwas Ruhe, bitte, Frau Modder, Herr Nacke! Sie wollen doch jetzt alle dem Innenminister lauschen. - Bitte!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst bitte ich um Entschuldigung für die kleine Verspätung. Zwei Stunden Fahrtzeit waren eingeplant, aber noch nicht einmal die reichen heute Morgen. Aber ich bin froh, dass ich noch rechtzeitig zu dieser lebhaften Debatte hier sein konnte.

Ich muss allerdings zugeben, ich bin einigermaßen überrascht. Ich hatte gedacht, nach der gestern Nachmittag verabredeten Maßnahme würde ich hier mit Dank überschüttet werden, aber nicht mit Kritik.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von Heiner Schönecke [CDU])

Vorab will ich Ihnen aber sagen und noch einmal Bezug darauf nehmen, wenn der Herr Präsident es gestattet, was ich gestern ausweislich des noch nicht genehmigten Protokolls gesagt habe. Zum einen sagte ich:

„Anfang September waren im ... Schnitt 36 Beschäftigte im Einsatz. In der ersten Novemberwoche waren 90 Personen im Einsatz - ein Anstieg um 150%! Eine weitere Steigerung ist hier notwendig und wird aktuell vorgenommen.“

Und weiter:

(Zurufe von der SPD: Zuhören!)

- Das ist ja das Problem: wenn man nicht zuhört. -

(Zustimmung bei der SPD)

„Das werden wir bis Weihnachten - so ist das Ziel - erreicht haben. Wir sind gerade dabei“

- ich bitte um Aufmerksamkeit! -

„eine weitere Abordnungswelle aus den anderen Ressorts zu organisieren.“

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Das ist eben das Problem, meine Damen und Herren: Sie stellen Fragen und hören den Antworten nicht zu.

(Petra Tiemann [SPD] - zur FDP -: Sie haben nicht zugehört! - Gegenruf von Christian Dürr [FDP]: Das ist verschleiert worden, Herr Minister! - Gegenruf von Detlef Tanke [SPD]: Gleich mal entschuldigen, das wäre angemessen!)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Minister, einen Moment, bitte! - Herr Tanke, mäßigen Sie sich! Ruhe!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Wir hatten in der Tat mit den Polizeibehörden und den anderen Ressorts darüber gesprochen, wie wir aus den anderen Ressorts und aus allen Teilen der Landesverwaltung weiteres Personal befristet rekrutieren können, um dieser wichtigen Aufgabe schneller noch als bisher gerecht werden zu können.

Abordnungen sind eine klassische Aufgabe, die die Exekutive wahrzunehmen hat. Ich habe Ihnen gestern angekündigt, dass wir das tun. Die letzten Gespräche dazu haben gestern Nachmittag um 14.30 Uhr stattgefunden. Dabei ist festgelegt worden, dass es nur 50 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sein sollen und 150 Beamtinnen und Beamte aus den anderen Ressorts. Ich bedanke mich bei den anderen Häusern ausdrücklich für die große Hilfsbereitschaft, die allerdings auch notwendig ist, meine Damen und Herren.

Ich habe gestern hier, so meine ich, mehr als ausführlich dargelegt, welche Herausforderungen mit Registrierung und Ordnung in den Einrichtungen verbunden sind. Wir sind uns seit der Sommerpause in jedem Plenum unisono darüber einig, dass wir eine Flüchtlingskrise haben und dass eine solche Krise auch nicht mit den normalen Methoden der öffentlichen Verwaltung bearbeitet und bewältigt werden kann. Dazu braucht es außerordentliche Maßnahmen, Abordnungen, Hilfe und vor allen Dingen schnelle Entscheidungen. Das tun wir, das tut das Innenministerium, und das tun die anderen Ressorts.

Ihre Aufregung kann ich nicht nachvollziehen, nachdem ich gestern gesagt habe, dass wir in Vorbereitung weiterer Maßnahmen sind. Wenn wir uns darüber einig sind, dass es eine Krise ist, dann gestehen Sie doch bitte zu, dass man schnell mit Maßnahmen reagieren muss, die das auch erlauben. Alles andere wäre doch ein verlangsamtes

Reagieren auf Notwendigkeiten, die wir zu gewährleisten haben.

Lassen Sie mich noch etwas inhaltlich hinzufügen: Die Polizei hat nicht auf eine *Order* reagiert, die ich gegeben hätte, sondern wir haben schon vor 48 Stunden begonnen, mit ihr darüber zu reden. Sie haben übrigens erklärt, sie seien sehr gern bereit, das zu tun, weil sie ein eigenes Interesse daran haben, dass möglichst viele Menschen schnell registriert sind und dass schnell Ordnung in die Verfahren kommt. Sie haben anders als andere in Niedersachsen ein Verständnis für die Krisensituation und helfen, wo sie nur können.

Wenn wir in einer Krise Prioritäten setzen müssen, dann können sie doch nur so aussehen, wie sie jetzt gerade gestaltet werden. Deswegen kann ich bei allem Verständnis dafür, dass Sie gestern vielleicht die Informationen nicht aufgenommen haben, die ich Ihnen gegeben habe, nur sagen: Ihre Aufregung heute Morgen ist schlichtweg ungeRechtfertigt und maßlos übertrieben.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Sie haben davon nicht gesprochen!)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Innenminister Pistorius. - Meine Damen und Herren, da ich die Wortbeiträge als Wunsch des Parlaments nach einer Besprechung deute, muss und wird auch so verfahren werden. Der Herr Innenminister hat etwa vier Minuten gesprochen. Ich schlage Ihnen vor, die beiden großen Fraktionen erhalten eine Redezeit von fünf Minuten und die beiden anderen Fraktionen von zweieinhalb Minuten.

Herr Nacke beginnt. Bitte!

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Er kann sich erst mal für seinen Auftritt entschuldigen! - Ronald Schminke [SPD]: „Es tut mir leid“! - Detlef Tanke [SPD]: Jetzt mal Größe zeigen!)

- Moment, bitte! Ich darf um Ruhe bitten. Der Redner hat das Wort.

Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Innenminister, man kann das natürlich so machen.

(Lachen bei der SPD - Detlef Tanke [SPD]: Das geht gar nicht! Falscher Anfang! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Wissen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ihre Aufregung zeigt doch, wie sehr Sie sich ertappt fühlen,

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

und die Auftritte Ihrer beiden Frontleute haben dies ja noch einmal ausdrücklich bestätigt.

Herr Minister, man kann das natürlich so machen. Man kann sich hier hinstellen und juristisch bestimmt klug formulierte Verschleierungen vortragen. Aber die Wahrheit ist, dass niemand, der Sie hier gestern gehört hat - im Übrigen auch Ihre eigenen Leute nicht -, auf die Idee gekommen wäre, dass sich der Innenminister des Landes Niedersachsen nun ausgerechnet bei der Polizei bedienen muss - bei der Polizei, die, wie wir doch gemeinsam festgestellt haben, völlig überlastet ist, die Hunderte von Überstunden hat.

Ihre Mitarbeiterbefragung bei der Polizei endet in einem Fiasko. Das wissen Sie. Die Polizei ist am Ende ihrer Kräfte. Das hat die GdP mehrfach vorgebracht. Deswegen hat die CDU-Fraktion ja auch darauf bestanden, dass dem Nachtragshaushalt nur dann zugestimmt wird, wenn das, was Sie vergessen haben, nämlich eine Unterstützung für die Polizei, noch aufgenommen wird.

(Beifall bei der CDU)

Das haben wir nicht gemacht, damit Ihre Versäumnisse nachgeholt werden können, Herr Minister.

Jetzt sagen Sie doch einmal die Wahrheit! Stellen Sie sich hierhin und sagen Sie, welche anderen Ressorts Ihnen denn tatsächlich Personal zur Verfügung gestellt haben. Wo kommt das her?

Sie haben hier gesagt, das ist alles ist nicht überraschend gewesen. Aber warum schreiben dann Ihre eigenen Leute in das Schreiben an die Polizei - ich möchte das einmal zitieren -: „Ich bitte, die Kurzfristigkeit zu entschuldigen und von direkten Anfragen bei der LAB Niedersachsen abzusehen“?

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Die dürfen nicht einmal nachfragen, was sie da machen sollen. Die sollten sich einfach melden. Befehl und Gehorsam!

Sie bedienen sich doch deshalb fortlaufend in Ihren eigenen Einrichtungen, weil Sie weder ein noch aus wissen. Sie haben die Polizeischule belegt und die Feuerwehrschoolen geschlossen. Was für ein Irrsinn!

(Johanne Modder [SPD]: Was?)

Und jetzt, in dieser schwierigen Situation, schwächen Sie ausgerechnet die Polizei. Jetzt, da die Flüchtlinge noch ganz viele Polizeiaufgaben zusätzlich mitbringen, schwächen Sie die Polizei in diesem Land und gefährden damit die Sicherheit und Ordnung. Für einen Innenminister ist das eine Schande!

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Jörg Bode [FDP])

Fordern Sie doch mal ein!

(Detlef Tanke [SPD]: Wo ist jetzt die Entschuldigung, Herr Kollege?)

Aber ich kann mir das ganz lebhaft vorstellen. Wer wie Sie permanent die Situation herunterredet und so tut, als habe er alles im Griff, obwohl er ein heilloses Chaos verantwortet, das die Kommunen und die Mitarbeiter, die Sie frecherweise gerade noch erwähnt haben, Frau Piel, ausbaden müssen - - - Die Mitarbeiter sind Ihnen doch schon längst egal. Das merkt man bei jeder Ihrer Entscheidungen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir fordern hier ein, dass es endlich ein vernünftiges Konzept gibt, dass der Innenminister endlich arbeitet

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Unverschämtheit!)

und dass die Polizei nicht erneut belastet wird. Wir wollen eine Gesamtverantwortung des Kabinetts.

Herr Ministerpräsident Weil, jetzt handeln Sie doch mal! Verfügen Sie doch auch einmal in die anderen Häuser! Wie wäre es denn, wenn ein paar von den überflüssigen Kontrollen wegfallen, die der Landwirtschaftsminister zu verantworten hat?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wie wäre es denn, wenn einmal jemand im Sozialministerium guckt, ob dort nicht noch etwas möglich ist? Wie wäre es denn, wenn der Umweltminister sein Wolfsbüro wieder auflöst, damit dort mitgeholfen werden kann, die Flüchtlinge zu erfassen?

(Uwe Schwarz [SPD]: Was haben Sie denn genommen?)

Sie haben so viel unnützen Kram in diesem Land auf den Weg gebracht. Aber der Innenminister muss seine Polizeibeamten einsetzen, um die Flüchtlinge in diesem Land erfassen zu lassen. Das ist ein Skandal! Sie wissen, dass das so ist. Dagegen brauchen Sie gar nicht anzubölkeln.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Minister, wir haben Ihnen mehrfach angeboten, die Dinge in einer gemeinsamen Überlegung anzugehen.

(Lachen bei der SPD)

Aber dazu gehört natürlich, dass Sie dieses Haus auch wahrheitsgemäß unterrichten.

(Johanne Modder [SPD]: Hören Sie mit diesen Unterstellungen auf!)

Es geht nicht, dass Sie permanent die für Sie unangenehmen Dinge weglassen, dass Sie verschleiern und dann hier vortragen: Ich habe es doch im Grunde genommen gesagt. Wenn Sie sich das Schlimmste dazugedacht hätten, dann hätten Sie meine Worte auch so verstanden, wie sie tatsächlich gemeint waren.

Kommen Sie an das Redepult! Sagen Sie, welche anderen Häuser Mitarbeiter wo zur Verfügung gestellt haben! Sagen Sie, wann sie zur Verfügung stehen! Sagen Sie vor allen Dingen auch, wie lange die Mitarbeiter abgeordnet werden sollen!

(Johanne Modder [SPD]: Ja, genau: Wie lange hält denn die Flüchtlingskrise an?)

Sie haben gerade gesagt: bis Weihnachten. Ich habe Sie damals, als Sie die Kommunen verpflichtet haben, gefragt, wie lange das dauern soll. Aber Sie haben keine Antwort gegeben, sondern den Eindruck erweckt, als seien es nur wenige Tage. Jetzt ist es schon bis zum Ende des Jahres, und es wird noch weit darüber hinaus gehen; das weiß jeder. Auch die Polizeibeamten werden Sie weit über den jetzt angekündigten Zeitraum „bis Weihnachten“ von ihren Aufgaben, die sie derzeit erfüllen, abhalten.

Präsident Bernd Busemann:

Herr Nacke, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Jens Nacke (CDU):

Es ist ein Skandal, dass Sie sich hier hinstellen und den Eindruck erwecken, alles wäre in Ordnung. Dabei ist Ihr Haus längst in einen Chaoszustand verfallen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Wortmeldung kommt aus der SPD-Fraktion. Herr Tonne, Sie haben ebenfalls fünf Minuten. Bitte sehr!

(Jens Nacke [CDU]: Darf Herr Watermann jetzt nicht mehr, oder was? - Gegenruf von Johanne Modder [SPD]: Halt einfach mal deinen Mund und hör jetzt mal zu! - Gegenruf von Jens Nacke [CDU]: Bleib mal locker! - Gegenruf von Johanne Modder [SPD]: Ich bin ganz locker! - Weitere Zurufe - Unruhe)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie bitte auf allen Seiten Ruhe einkehren! Sie haben diese Unterrichtung gewünscht, Sie haben sie erhalten, und jetzt wird dazu gesprochen. Jetzt lauschen wir Herrn Tonne. Bitte!

Grant Hendrik Tonne (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Nacke, Sie haben hier fünf Minuten lang geredet. Aber inhaltlich haben Sie nichts gesagt, weil Sie den entscheidenden Satz vergessen haben: sich nämlich für die Vorwürfe zu entschuldigen, die Sie im Rahmen der Geschäftsordnungsdebatte erhoben haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Insofern wäre es sinnvoller gewesen, sie hätten sich einfach wieder hingesetzt und dazu nicht auch noch gesprochen. So haben Sie das Ganze nur noch schlimmer gemacht.

Allein schon Ihre Begriffswahl im Rahmen dieser Debatte - „Schande“, „Chaos“, „Skandal“ - ist eine Zumutung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Detlef Tanke [SPD]: Sehr gut!)

Ich danke im Namen meiner Fraktion recht herzlich für die Unterrichtung, die hier stattgefunden hat; denn sie hat eines belegt.

(Annette Schwarz [CDU]: Zu spät!)

- Eben nicht zu spät. Auch an Sie, Frau Schwarz: Herzlichen Glückwunsch! Auch Sie haben gestern nicht zugehört.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Innenminister hat gerade aus dem vorläufigen Protokoll von gestern zitiert. Er hat damit klar dargelegt: Genau das, was Sie hier gerade eingefordert haben, wurde gestern gesagt.

Ihr Verhalten, meine Damen und Herren, desavouiert Ihre Mündlichen Anfragen, Ihre Dringlichen Anfragen und Ihre schriftlichen Anfragen. Sie stellen die Fragen nicht, um Antworten zu erhalten. Sie wollen damit lediglich die Häuser beschäftigen und nehmen die Antworten nicht zur Kenntnis.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von Björn Thümler [CDU])

Ich sage Ihnen: Die Bewältigung der Flüchtlingskrise ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Sie ist viel zu wichtig, als dass wir uns den Klamauk, den Sie hier ständig machen, anhören müssen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Johanne Modder [SPD]: Genau so ist es!)

Herr Thümler, beim Thema Klamauk sind Sie und die erste Reihe ganz weit vorne. Sie haben wieder nicht zugehört. Stattdessen schicken Sie Herrn Nacke für eine einzigartige fünfminütige Pöbelei an das Mikrofon. Er hat keine Ahnung, wovon er redet, will aber der Erste sein, der es nach draußen posaunt. Das ist unzumutbar!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen auch: Ihre stetig wiederkehrenden Versuche, die Flüchtlingspolitik zu instrumentalisieren, um sich auf dem Rücken der Flüchtlinge politisch zu profilieren, sind eine Zumutung.

(Detlef Tanke [SPD]: Das ist schlimm!)

Das ist schädlich für die gesamte Diskussion. Es ist schädlich für die Demokratie, meine Damen und Herren. Kommen Sie hierher, und haben Sie endlich die Größe, sich zu entschuldigen!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Tonne. - Ich schaue die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und von der FDP an. Dort besteht auch der Wunsch nach einem Wortbeitrag. Bitte sehr, Herr Dürr! Zweieinhalb Minuten.

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich will zunächst auf das eingehen, worüber wir uns vorhin ausgetauscht haben.

Herr Kollege Limburg, ich habe von Vertrauen und von einem vertrauensvollen Umgang gesprochen. Das betrifft auch die Informationspolitik dieser Landesregierung. Darum geht es.

(Johanne Modder [SPD]: Dann hören Sie doch mit den Unterstellungen auf!)

Wir üben zurzeit Fairness, und weil es hier um menschliche Härten geht, ist es auch keine Frage, dass wir weiterhin Fairness üben werden, um das ganz deutlich zu sagen.

Aber umgekehrt erwarte ich gerade in einer so schwierigen Situation wie der, in der sich das Land Niedersachsen, Deutschland insgesamt, aber eben auch unsere Landesverwaltung und unsere Landesregierung durch die Herausforderungen der Flüchtlingskrise befinden, umfassende Informationen von dieser Landesregierung. Das ist der Punkt, um den es geht. Das ist eine Frage des fairen Umgangs.

(Zustimmung von Björn Thümler [CDU])

Herr Innenminister, ich will es noch einmal sagen. Sie haben ja gerade selbst beschrieben, wie sich der Tag entwickelt hat. Gestern Morgen, als Sie hier die Dringliche Anfrage meiner Fraktion beantwortet haben, wurde die E-Mail gerade versendet. Sie oder Ihr Staatssekretär - Sie waren ja darüber informiert - mussten zu diesem Zeitpunkt entschieden gehabt haben, dass Sie 100 Polizisten abordnen wollen. Das ist doch klar.

Ich will den Gabriel an der Stelle gar nicht bemöhen

(Zuruf von Petra Emmerich-Kopatsch [SPD])

- den ehemaligen Herrn Ministerpräsidenten und damaligen Fraktionsvorsitzenden, Frau Emmerich-Kopatsch -, der damals Folgendes gesagt hat: „Wer die ganze Wahrheit kennt, aber nur die halbe Wahrheit nennt, ist dennoch ein ganzer Lügner.“

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Zurufe von der SPD)

Herr Innenminister, Sie haben gestern Morgen gewusst, dass es um 100 Polizeibeamte geht. Aber dann hat Ihnen in der eigenen Verwaltung, bei den Polizisten, offensichtlich der Wind so stark ins Gesicht geblasen, dass Sie am Nachmittag, wie Sie es gerade beschrieben haben, die Zahl von 100 auf 50 zurückgenommen haben.

Dass das eine wichtige Information war, ist Ihnen spätestens dann selbst klar geworden. Sie hätten gestern Morgen den Niedersächsischen Landtag in dieser Klarheit darüber informieren müssen. Daran kann gar kein Zweifel bestehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Ronald Schminke [SPD]: Da kann
man nur noch Mitleid haben!)

Zweiter Punkt. Die Polizei nimmt im Rahmen der Bewältigung der Flüchtlingskrise doch bereits zusätzliche Aufgaben wahr. Hier wird ja gerade so getan, als ob bei der Polizei „business as usual“ herrscht, sodass man einfach mal ein paar herüberziehen kann, um bei der Registrierung der Flüchtlinge mitzuhelfen. Ich verweise nur auf die Sicherheitssituation in den Landesaufnahmebehörden. Damit ist die Polizei zurzeit doch bereits mit tausenden von Überstunden belastet. Und dann kann es doch nicht angehen, dass man als Allererstes auf die Polizei zurückgreift.

Herr Innenminister, Sie waren gerade erneut nicht in der Lage, dem Haus zu erklären, wie viel die anderen Ressorts beisteuern. Ich bleibe dabei: Neun Ressorts tun zurzeit nichts. Der Sprecher des Finanzministers hat gestern erklärt, er könne noch nicht sagen, wie viele es sind. - Wir wären sehr dankbar, wenn Sie das an dieser Stelle einmal deutlich machen würden.

Nein, meine Damen und Herren, wir brauchen nicht nur kein Wolfsbüro, wir brauchen auch keine Klimaschutzagentur, und wir brauchen keine Landesbeauftragten. Über das LAVES hat Herr Nacke gesprochen. All das brauchen wir in dieser Situation nicht. Wir brauchen jetzt endlich das geschlossene Handeln dieser Landesregierung und nicht ausschließlich das des Innenministers, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Dürr. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Limburg das Wort. Zweieinhalb Minuten.

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dürr, selbstverständlich ist die wahrheitsgemäße und zeitnahe Unterrichtung des Parlaments auch in dieser Situation elementar für unsere Demokratie. Daran besteht doch überhaupt kein Zweifel. Nur, dazu gehört eben auch - darauf hat Herr Tonne zu Recht hingewiesen -, dass diejenigen, die unterrichtet werden, auch zuhören und die Unterrichtung aufnehmen.

Der Herr Innenminister hat gerade wiederholt, was er Ihnen am gestrigen Vormittag gesagt hat. Sie können doch nicht allen Ernstes erwarten, dass das normale Verwaltungshandeln sozusagen minutenaktuell dargestellt wird: Wie viele sind es jetzt? Wie viele haben sich jetzt bereiterklärt? Aus welchem Ressort? Einer aus dem Umweltministerium will vielleicht doch nicht. Stattdessen kommt einer aus dem Finanzministerium.

(Björn Thümler [CDU]: Ganz dünnes
Eis!)

Soll allen Ernstes alle fünf Minuten im Landtag unterrichtet werden? - Das, was Sie, Herr Dürr, gerade eingefordert haben, ist überhaupt nicht realitätsnah.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der
SPD)

Die Maßnahmen sind Ihnen mitgeteilt worden, gestern und heute noch einmal. In der Tat: Ein Dank oder eine Entschuldigung beim Innenminister wäre auch aus meiner Sicht angemessen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der
SPD - Zurufe von der CDU)

Ich möchte auf einen weiteren Aspekt hinweisen, Herr Dürr und Herr Nacke. Wir haben es bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Häuser und bei der Polizei mit Menschen zu tun, die auch in der schwierigsten Situation ein Recht darauf haben, ordentlich informiert und beteiligt zu werden, es direkt von ihrem Dienstherrn zu erfahren und nicht etwa von diesem Rednerpult durch den Innenminister.

(Jens Nacke [CDU]: Ich sage nur: von
10 bis 16 Uhr!)

Sie wären doch - in dem Fall übrigens mit Recht - die Ersten gewesen, die sich beklagt hätten, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung und aus den Häusern eine Information von diesem Rednerpult erhalten hätten, anstatt sie direkt zu erhalten.

(Christian Dürr [FDP]: Wir haben gestern bis 18.30 Uhr getagt, Herr Limburg!)

Nein, der Weg, der gewählt worden ist, ist der richtige. Man muss die Leute natürlich erst intern vorbereiten, und dann werden die Öffentlichkeit und selbstverständlich auch der Landtag informiert, Herr Kollege.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Jens Nacke [CDU]: Die konnten nicht einmal zu Hause fragen!)

Der letzte Punkt, Herr Nacke. Ich möchte fast sagen, es reicht mir langsam.

(Jens Nacke [CDU]: Dann hören Sie auf, wenn es Ihnen reicht!)

Sie sagen, Sie wollen in der Flüchtlingskrise Verantwortung übernehmen. Stattdessen drehen Sie hier zwei, drei Pirouetten, und schon sind Sie wieder bei Ihrem Lieblingsthema: der Kritik an der niedersächsischen Landwirtschaftspolitik. Herr Nacke, solche Konstruktionen entlarven doch, worum es Ihnen in Wahrheit geht. Sie wollen skandalisieren um jeden Preis, und das in dieser schwierigen Situation. Ich finde das unerhört.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Einen Moment, bitte, Herr Limburg! Lassen Sie noch eine Zwischenfrage von Frau von Below-Neufeldt zu?

Helge Limburg (GRÜNE):

Von der FDP-Fraktion, ja.

Almuth von Below-Neufeldt (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Limburg, vielen Dank für die Möglichkeit, eine Frage zu stellen.

Ich frage vor dem Hintergrund, dass die Landesregierung ja immer so sehr um Transparenz bemüht ist. Bei jeder Spendenaktion kann man sozusagen

den Wasserstand ablesen, aber in diesem Fall kann man es nicht. Warum nicht?

(Zurufe von der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Limburg, bitte!

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank für die Frage, Frau von Below-Neufeldt.

Noch einmal: Der Herr Innenminister hat die politischen Maßnahmen gestern und auch heute Morgen erläutert. Dann müssen selbstverständlich Gespräche mit dem Personal geführt werden. Ich denke, Sie werden verstehen, dass der Innenminister das Parlament nicht quasi minütlich über Zwischenergebnisse von Personalgesprächen und Personalmaßnahmen informiert. Das ist der entscheidende Unterschied zu dem von Ihnen genannten Beispiel einer Spendenaktion.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Reinhold Hilbers [CDU] meldet sich)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Limburg. - Herr Hilbers, Ihr Wunsch, wahrscheinlich in Richtung einer Frage, kam nach Beendigung der Rede. Bei Frau von Below-Neufeldt war es ein bisschen anders. Aber vielleicht ist ja noch an anderer Stelle Gelegenheit.

Der Herr Innenminister hat noch einmal ums Wort gebeten. Bitte sehr!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit „Bis zum Platzen aufgeblasen“ ist ein Zeitungsartikel des *Tagesspiegels* aus dem Jahr 2011 überschrieben, der sich mit der inflationären Verwendung des Begriffs „Skandal“ beschäftigt. Herr Nacke, wenn Ihre Argumente nicht stärker sind als das, was Sie hier vorgetragen haben, und sie Sie dazu veranlassen, in fünf Minuten, ich glaube, fünfmal den Begriff „Skandal“ zu verwenden, dann sollten Sie vielleicht einmal überlegen, ob Ihre Empörung nicht eher theatralischer als politischer Natur ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweitens, zur Informationspolitik der Landesregierung. Im Oktober-Plenum hat es eine mündliche Anfrage gegeben, die sich mit der Abordnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Landesverwaltung beschäftigt hat und die wir mit einer Tabelle beantwortet haben.

(Christian Dürr [FDP]: Was passiert denn davon?)

Ich bin gerne bereit, Ihnen diese Antwort noch einmal zu geben, in der Hoffnung, dass Sie sie vielleicht dann zur Kenntnis nehmen.

Uns vorzuwerfen, dass wir nicht informieren, ist schlicht haltlos. Deswegen teile ich Ihnen gern den aktuellen Stand bezüglich der Abordnungen, die gerade erfolgt sind und erfolgen, mit.

Alleine seit September gab es 90 Abordnungen aus den Häusern, weitere 90 sind in Vorbereitung, und weitere 150 erfolgen im Rahmen des 200er Kontingents. Dabei kommen ganze 50 aus der Polizei.

(Christian Dürr [FDP]: Warum sagt der Sprecher des MF, er weiß es nicht?)

Ich möchte von Ihnen wirklich einmal wissen, wie Sie eigentlich mit Ihrer eigenen Glaubwürdigkeit umgehen, wenn Sie einerseits eine Krise beschwören, aber gleichzeitig mit den Instrumenten, die wir anwenden, um an diese Krise heranzugehen, nicht zufrieden sind.

So funktioniert es nicht, meine Damen und Herren. Sie müssen uns schon die Mittel lassen, die wir anwenden. Ich werde Sie jederzeit über alles informieren, was wir tun - gerade mir kann man da keinen Vorwurf machen -, aber doch bitte nicht gewissermaßen synchron! Sie müssen mir schon die Gelegenheit lassen, die Dinge in meinem Haus vorzubereiten, mit den entsprechenden Leuten zu sprechen.

Die Polizeipräsidenten haben am 11. nachmittags, als sie das erste Mal mit einer Anfrage zu dem Thema konfrontiert wurden, erklärt, 50 Leute für einen begrenzten Zeitraum seien gar kein Problem; sie hätten ein großes eigenes Interesse daran. 150 kommen zusätzlich aus den Häusern. Das heißt, wir reden über 150 plus 180, also, wenn ich richtig rechne, über 330 Abordnungen aus den Häusern. Sollte der Bedarf weiter hoch sein, werden wir aufstocken.

Lassen Sie mich aber, auch um die Verhältnismäßigkeit geradezurücken, noch etwas zu dem sagen, worüber wir hier gerade debattieren. Sie kriti-

sieren mich - außer bei den 50 Polizisten - offenbar nicht dafür, dass wir Landespersonal abordnen.

(Christian Dürr [FDP]: Nein, im Gegenteil!)

- Im Gegenteil. Vielen Dank, Herr Dürr. - Worüber reden wir dann eigentlich, angesichts der Problemlage, die wir ansonsten haben?

Ich weiß nicht, ob es schon zu Ihnen vorgedrungen ist. Gestern Abend hat es eine gewisse Unruhe im Camp Fallingbostal gegeben. 150 dort untergebrachte Flüchtlinge haben einen Sitzstreik durchgeführt und einen Hungerstreik angedroht.

(Zuruf von Christian Dürr [FDP])

- Wir schwächen die Polizei gar nicht, Herr Dürr. Sie ist ja vor Ort. Sie müssten sich mehr mit Einsatzlagebildern beschäftigen; dann wüssten sie das auch.

Diese 150 Menschen, die dort sitzen, haben einen Hungerstreik angedroht. Das haben sie aber nicht getan, weil sie mit der Situation im Camp Fallingbostal unzufrieden wären, weil sie keinen Hausausweis von uns bekommen hätten, weil sie nicht in EASY registriert würden oder weil sie sich sonst irgendwie schlecht behandelt fühlen würden, sondern das haben sie aus folgenden zwei Gründen getan: Weil sie dort zwei oder teilweise seit drei Monaten sitzen und immer noch nichts vom BAMF gehört haben und weil sie sauer, empört, enttäuscht und verängstigt darüber sind, dass sie jetzt hören, dass ihre Familien womöglich nicht mehr nachkommen können.

(Detlef Tanke [SPD]: Aha! - Johanne Modder [SPD]: Jetzt fängt es an! - Christian Dürr [FDP]: Dazu machen doch wir Vorschläge!)

Das sind die Probleme, die wir jeden Tag haben, und nicht die Frage, ob Sie einen Tag früher wissen müssten, wie viele Beamte innerhalb der Exekutive für andere Aufgaben eingesetzt werden. Verflixt und zugenäht: Lassen Sie uns unsere Arbeit machen!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Es ist Ihre Bundesregierung! Was soll das denn? - Christian Grascha [FDP] - zur SPD --: Regiert ihr nicht auch in Berlin?)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Minister. - War das vorhin ein Wunsch nach einer Wortmeldung, Herr Nacke? - Der Minister hat 3,5 Minuten gesprochen. Die kriegen sie jetzt ebenfalls. Bitte!

(Johanne Modder [SPD]: Jetzt aber die Entschuldigung! - Christian Dürr [FDP]: Es ist Ihre Bundesregierung, Herr Innenminister! Wir sind daran wirklich nicht beteiligt!)

Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe es hier schon gesagt, und ich wiederhole es sehr gerne, Herr Minister. Sie können sich an mir abarbeiten, soviel Sie wollen - wenn Ihnen das hilft und wenn es Ihnen was bringt!

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das gilt auch für die gesamte Fraktion.

(Anja Piel [GRÜNE]: Es geht doch gar nicht um Sie, Herr Nacke, ausnahmsweise mal nicht! - Johanne Modder [SPD]: Sie überschätzen sich völlig, Herr Nacke! Fragen Sie mal in die Öffentlichkeit, wie Ihr Auftreten ankommt! Fragen Sie mal bei den Unternehmen! - Miriam Staudte [GRÜNE]: Jetzt hat er seine Motivation offengelegt!)

Wenn wir ein Thema, das so überragend ist wie die Bewältigung der Flüchtlingsfrage, ernsthaft bearbeiten wollen,

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]: Dann fangt doch schon mal an!)

dann geht das, Herr Minister - - -

(Johanne Modder [SPD]: Wir bearbeiten das ernsthaft, Herr Nacke! - Renate Geuter [SPD]: Sie sollten die mal arbeiten lassen! - Weitere Zurufe von der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Nacke, einen Moment! - Frau Modder und etliche Damen und Herren der SPD-Fraktion: Ich darf um Ruhe und Aufmerksamkeit bitten.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Starke Unruhe bei Frau Modder!)

- Herr Hilbers, das gilt auch für Sie! - Wir warten einfach ab! Ich stoppe die Redezeit, Herr Nacke, keine Sorge!

(Johanne Modder [SPD] - zur CDU -: Machen Sie erstmal eine Fraktionssitzung und sortieren Sie sich!)

- Jetzt geht es weiter!

Jens Nacke (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident.

Herr Minister, wenn wir eine Frage, die so bedeutend ist wie die Bewältigung der derzeitigen Flüchtlingsströme, wirklich ernsthaft angehen wollen, dann bedeutet das als Erstes, dass Sie als Minister die offene Wahrheit über die Situation im Lande sagen.

(Johanne Modder [SPD]: Die „offene Wahrheit“? - Marco Brunotte [SPD]: Was ist das denn?)

Es ist doch nicht die Wahrheit gewesen, als Sie gestern hier den Eindruck erweckt haben, Sie hätten alles im Griff. Das ist doch der Punkt.

(Petra Tiemann [SPD]: Wenn man nichts zu sagen hat, sollte man sich wieder hinsetzen!)

Aber in Wirklichkeit herrscht - ich wiederhole es gerne - Chaos. Sie sagen, Sie hätten jetzt 150 - - - Sagen Sie doch einmal, aus welchen Häusern Ihnen tatsächlich Unterstützung zugekommen ist.

(Zurufe von der SPD)

Das Gegenteil ist doch der Fall. Sie wissen nicht mehr ein noch aus. Deswegen müssen Sie auf die Polizeibeamten zugreifen.

Sie wissen ganz genau, dass die Information, dass nun ausgerechnet bei den Sicherheitskräften, bei den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, zugegriffen wird - weil Sie als Innenminister auf diese einen unmittelbaren Durchgriff haben und weil Ihnen die anderen Häuser eben nicht helfen -, in der Öffentlichkeit, bei den Journalisten und natürlich auch hier im Hause zu einer ganz anderen Debatte geführt hätte.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Ganz kleines Karo, Herr Nacke! - Grant Hendrik Tonne [SPD]: Ihre Fraktion ist schon rausgegangen, Herr Nacke! Die gucken so betreten zu Boden!)

Und deswegen lassen Sie solche Informationen einfach weg. Sie treten hier ans Mikrofon, werfen Nebelkerzen und erwecken mit Ihrer nonchalanten Art immer den Eindruck: Macht euch keine Sorgen, ich habe das alles im Griff.

Gestern sind Sie bei „Hallo Niedersachsen“ im Studio gewesen. Dort haben Sie auf die Frage, wie viele Flüchtlinge es in Niedersachsen eigentlich gibt, lediglich die 36 000 erwähnt, die derzeit in den Landesaufnahmeeinrichtungen sind. Und hinten drangehängt haben Sie: „Und dann sind da noch welche in den Kommunen.“ - Wieder so eine Nebelkerze, bei der man Ihnen zwar am Ende nicht sagen kann, dass das die Unwahrheit gewesen ist,

(Zuruf bei der SPD: Weil es nicht stimmt!)

aber bei der man Ihnen entgegenhalten darf: Sie sagen den Menschen in diesem Land und auch diesem Parlament nicht die ganze Wahrheit über die Situation.

(Johanne Modder [SPD]: Fangen Sie doch einmal auf Bundesebene an, Herrgott noch mal! Das ja unerträglich!)

Das führt dazu, dass die Menschen am Ende Sorge haben, dass die Menschen Ihnen am Ende nicht vertrauen, dass Sie diese Frage tatsächlich ernsthaft angehen.

(Uwe Schwarz [SPD]: Aber Sie meinen, sie glauben solchen Leuten wie Ihnen? - Johanne Modder [SPD]: Fangt doch mal auf Bundesebene an, Herr Nackel!)

Ich sage Ihnen abschließend auch, warum Sie das alles tun. Weil Sie einen Koalitionspartner haben,

(Uwe Schwarz [SPD]: Immer die gleichen Plattitüden! - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

von dem Sie genau wissen, dass mit ihm die Flüchtlingsfrage nicht zu bewältigen ist.

Die Nebelkerzen, die Sie werfen, sind insbesondere Beruhigungspillen für Ihren grünen Koalitionspartner. Das ist der Grund, warum Sie diesem Haus nicht die Wahrheit sagen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Uwe Schwarz [SPD]: Das ist das neue

Niveau der CDU! - Johanne Modder [SPD]: Kein Wort zur Bundeskanzlerin, kein Wort zum BAMF! „Wir haben damit nichts zu tun“!)

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren, es liegen mir jetzt keine weiteren - - -

(Johanne Modder [SPD]: Die CDU in Niedersachsen hat damit nichts zu tun! - Detlef Tanke [SPD]: Wenn Sie ein bisschen Verantwortung hätten! - Gegenruf von Christian Grascha [FDP]: Wer regiert den noch in Berlin?)

- Frau Modder, Herr Tanke, ich darf um Ruhe bitten! Sie können sich noch zu Wort melden, wenn es etwas zu sagen gibt.

(Johanne Modder [SPD] - zur CDU -: Ihr seid raus aus dem Geschäft! Ich stelle fest: CDU Niedersachsen - null!)

- Erst wenn Ruhe eintritt, geht es weiter!

Ich stelle fest, dass es zu der ergänzenden Unterrichtung von Herrn Minister Pistorius keine weiteren Wortmeldungen gibt. Dann halten wir das auch so fest. Ich darf diesen zusätzlichen Tagesordnungspunkt des heutigen Morgens als beendet betrachten.

Wir treten ein in den

Tagesordnungspunkt 34:

Mündliche Anfragen - Drs. 17/4530

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass die Anfrage 55 von den Fragestellern zurückgezogen wurde.

Die für die Fragestunde geltenden Regelungen unserer Geschäftsordnung setze ich wie immer als bekannt voraus. Um uns nachher im Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich Sie wie immer, dass Sie sich schriftlich zu Wort melden, wenn Sie eine Zusatzfrage stellen möchten.

Ich halte fest, es ist jetzt 9.56 Uhr.

Wir beginnen mit der

Frage 1:

Bilanz des Fachhochschulentwicklungsprogramms (FEP)

Diese Frage wird eingebracht von Frau Dr. Silke Lesemann, SPD-Fraktion. Bitte sehr! Sie haben das Wort und sonst niemand. - Wenn Sie jetzt diskutieren wollen, gehen Sie alle bitte raus. Ansonsten nehmen Sie Ihren Platz ein, und lauschen Sie der Rednerin, die eine Frage stellen will. - Bitte!

Dr. Silke Lesemann (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 31. Juli 2014 hat die Landesregierung ein Fachhochschulentwicklungsprogramm vorgestellt. Demnach ist die Entwicklung der niedersächsischen Fachhochschulen der rot-grünen Landesregierung ein wichtiges Anliegen, weil sie ein wichtiges Element in der niedersächsischen Wissenschaftslandschaft sind.

Es ist mittlerweile allgemein bekannt, dass Fachhochschulen wesentliche Beiträge für die Wirtschaft und die gesellschaftliche Entwicklung in Niedersachsen leisten. Fachhochschulen sind als Brückenbauer zwischen den Aus- und Weiterbildungssystemen der beruflichen und der akademischen Seite weitläufig geschätzt. Ein Großteil der Studierenden hat vor Aufnahme des Studiums eine berufliche Ausbildung absolviert.

Insbesondere Fachhochschulen bieten hier Menschen aus hochschulfernen Elternhäusern Chancen für einen sozialen Aufstieg. Die Förderung von Karrieren jenseits der „klassischen“ Universitätskarriere ist wünschenswert und zur Förderung von Innovationen und zur Bekämpfung des Fachkräftemangels unabdingbar.

Um der großen Nachfrage nach Fachhochschulstudienplätzen Rechnung zu tragen, hat die Landesregierung im Sommer 2014 ein Fachhochschulentwicklungsprogramm gestartet.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie weit ist der Umsetzungsstand des Fachhochschulentwicklungsprogramms?
2. Auf welche Studienangebote setzte die Landesregierung?

3. Welche weiteren Planungen im Rahmen des Fachhochschulentwicklungsprogrammes gibt es, und wann sollen diese umgesetzt werden?

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Landesregierung möchte die Ministerin für Wissenschaft und Kultur antworten. Frau Dr. Heinen-Kljajić, bitte sehr!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung hat die Förderung und Unterstützung der Fachhochschulen in Niedersachsen im Rahmen eines Fachhochschulentwicklungsprogramms als eines der zentralen Vorhaben im Wissenschaftsbereich erfolgreich auf den Weg gebracht.

Die Fachhochschulen sind ein unverzichtbarer Motor der regionalen Entwicklung. Sie bieten vielen studierwilligen jungen Menschen aus Niedersachsen, aber auch überregional schon heute ein sehr attraktives Studienangebot, das hohen wissenschaftlichen Standards ebenso genügt wie den Anforderungen des Arbeitsmarktes.

Dabei sind die Einrichtungen im Sinne ihres Gründungsauftrages zentrale Institutionen für die soziale Öffnung und tragen maßgeblich zur Ausschöpfung aller Bildungspotenziale bei. Durch ihre Praxisnähe verstehen sie es zugleich, auch beruflich Qualifizierten oder Menschen in Familienverantwortung passfähige Angebote im Sinne der Offenen Hochschule zu machen.

Die Fachhochschulen in Niedersachsen haben zudem in den vergangenen Jahren verstärkt forschungsbasierte Schwerpunkte entwickelt, die in der Kooperation mit außeruniversitären Partnern - vor allem den kleineren und mittleren Unternehmen in den jeweiligen Regionen - die wirtschaftliche Dynamik besonders befördern.

Die Landesregierung hat es sich vor diesem Hintergrund zum Ziel gesetzt, den Fachhochschulen in staatlicher Verantwortung mit einem weitreichenden Maßnahmenpaket die erforderliche Unterstützung zukommen zu lassen, damit jede einzelne Einrichtung den Herausforderungen der Zukunft konstruktiv begegnen und den bestmöglichen Bei-

trag zur landesweiten Entwicklung leisten kann. Damit schließt die Landesregierung an die handlungsleitenden Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur „Rolle der Fachhochschulen im Hochschulsystem“ an.

Durch den dauerhaften Ausbau der Anfängerkapazitäten leistet das Fachhochschulentwicklungsprogramm, das regionalökonomische und demografische Spezifika der Regionen in Niedersachsen berücksichtigt, einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung des Fachkräfteangebots und einer qualitativ hochwertigen akademischen Ausbildung in Niedersachsen. Zudem wird es einen Beitrag zur Verbesserung des Wissens- und Technologietransfers in die Regionen, zu einer besseren und frühzeitigen Bindung Hochqualifizierter an Land und Region, zur Verringerung des negativen Wanderungssaldos und zur Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit leisten.

Das Fachhochschulentwicklungsprogramm setzt sich aus verschiedenen Bausteinen zusammen, deren Innovationspotenzial die niedersächsischen Fachhochschulen nutzen werden, um nicht nur der Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Studienangeboten nachzukommen, sondern auch um ihr Profil als Hochschule in der Region mit bedarfsgerechten und auch innovativen Studienangeboten zur Sicherung des Fachkräfteangebots schärfen zu können. Insgesamt hat die Landesregierung mit diesem Programm den Hochschulstandort Niedersachsen deutlich gestärkt, wettbewerbsfähig aufgestellt und für die Zukunft gut platziert.

Ich beantworte die Fragen 1 und 3 zusammen. Sie lauteten: Wie weit ist der Umsetzungsstand des Fachhochschulentwicklungsprogramms? Welche weiteren Planungen im Rahmen des Fachhochschulentwicklungsprogrammes gibt es, und wann sollen diese umgesetzt werden?

Die Umsetzung der einzelnen Bausteine des Fachhochschulentwicklungsprogramms konnte bereits im Rahmen des laufenden Haushaltsjahres 2015 erfolgreich begonnen und mit der Einbringung des Haushaltes 2016 fortgesetzt werden. So wurden im Haushalt 2015 die Haushalte der sechs Fachhochschulen in staatlicher Verantwortung um 44 Millionen Euro dauerhaft aufgestockt. Mit dem Haushalt 2016 sollen weitere 20 Millionen Euro dauerhaft in die Budgets der Fachhochschulen eingestellt werden. Diese dauerhafte zusätzliche Finanzierung der Fachhochschulen in Höhe von 64 Millionen Euro bedeutet eine Steigerung der

Grundhaushalte dieser Fachhochschulen um 26,1 %.

Damit ist die erste und tragende Säule des Fachhochschulentwicklungsprogramms, der Ausbau der Grundkapazitäten, vollständig umgesetzt. Die Haushalte der Fachhochschulen sind ab dem Haushaltsjahr 2016 dauerhaft um insgesamt 64 Millionen Euro angewachsen. Im Gegenzug bieten die Hochschulen insgesamt und dauerhaft etwa 3 400 Studienanfängerplätze an.

Auf der Grundlage dieser Finanzausstattung werden die Hochschulen in die Lage versetzt, bereits in 2016 insgesamt fast 300 zusätzliche Professuren dauerhaft zu besetzen und zudem eine Vielzahl von unbefristeten Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten. Damit leistet das Fachhochschulentwicklungsprogramm einen wesentlichen Beitrag zu guten Beschäftigungsbedingungen an unseren Fachhochschulen.

Die weiteren Bausteine des Fachhochschulentwicklungsprogramms sind ebenfalls in der Phase der Umsetzung. So sind im Rahmen der flankierenden Sofortmaßnahmen, für die in den Jahren 2015 bis 2018 weitere 20 Millionen Euro zur Verfügung stehen, folgende Teilprojekte bereits umgesetzt oder angelaufen:

Zur Qualitätssicherung der Dienstleistungen für Studierende im Verwaltungsbereich ist eine Anschub- bzw. Zwischenfinanzierung für erforderliche qualitätsverbessernde bzw. -sichernde Maßnahmen in diesen Bereichen zur Verfügung gestellt worden. Insgesamt sind in 2015 für diese Zwecke fast 3 Millionen Euro an die Hochschulen geflossen, um hier sofort Abhilfe schaffen zu können.

Der Programmteil zur Stärkung der Qualität in der Hochschullehre ist mit 6 Millionen Euro ausgestattet und wird der Finanzierung von Pilotprojekten dienen, die als gute Praxisbeispiele aus dem „Qualitätspakt Lehre“ abgeleitet und in die Fläche gebracht worden sind. Die Bewilligungen für erfolgreiche Projekte sind im Rahmen eines wettbewerblichen Verfahrens erfolgt.

Zudem wird das Förderprogramm „Wege ins Studium öffnen - Studierende der ersten Generation gewinnen“ mit einem Volumen von insgesamt 3 Millionen Euro mit einem Zuschuss auf die Fachhochschulen fortgesetzt. Auch hier sind die Bewilligungen der erfolgreichen Programme im Rahmen eines wettbewerblichen Verfahrens bereits erfolgt.

Für Verbesserungen im Bereich Lehre, aber auch als flankierende soziale Maßnahmen und um die

Hochschulen als attraktive Arbeitgeber präsentieren zu können, wird zudem ein flächendeckendes Tutorienprogramm aufgelegt, an dem sich alle Fachhochschulen beteiligen.

Die dritte Säule des Fachhochschulentwicklungsprogramms stützt und stärkt die Forschung an den Hochschulen. Fachhochschulen leisten heute mehr denn je bedeutende Beiträge für das regionale Innovationssystem im Flächenland Niedersachsen. Sie geben durch ihre angewandte Forschung wichtige Impulse für Innovationen in der Wirtschaft und fördern die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen. Allerdings beschränken sich die Arbeitsfelder der Fachhochschulen nicht nur auf die technisch-naturwissenschaftlichen Bereiche. Schon jetzt bilden die Fachhochschulen z. B. auch für die Gesundheits- und Sozialwirtschaft aus, die als Wirtschaftszweig in Niedersachsen zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Vor diesem Hintergrund wurde die Fachhochschulforschung in die Ausgestaltung des Programms von Anfang an mit einbezogen. Im Dialog mit den Fachhochschulleitungen wurden die bestehenden Forschungsförderinstrumente evaluiert und Wünsche für Weiterentwicklungen erörtert. Ergebnis dieses Dialoges ist, dass bewährte Instrumente zum Teil beibehalten oder gegebenenfalls modifiziert wurden. Zugleich wurde aber auch deutlich, dass es weitergehende Konzepte brauchte, um der Fachhochschulforschung in Niedersachsen neue Impulse zu geben. Leitlinie für die Landesregierung war dabei von Anfang an, dass die einzelnen Förderinstrumente komplementär zueinander stehen müssen. Damit soll der vielfältigen Ausprägung der Fachhochschulforschung Rechnung getragen werden, seien es kleine Forschungs- und Entwicklungsprojekte, etablierte Forschungsbereiche oder die strategische Profilbildung einer gesamten Hochschule.

Der entscheidende Beitrag des Fachhochschulentwicklungsprogramms für die Fachhochschulforschung in Niedersachsen liegt darin, dass es im offenen und zielorientierten Dialog mit den Fachhochschulen zu einer Gesamtbewertung der Förderinstrumente auch vor dem Hintergrund der Gesamtentwicklung der Fachhochschullandschaft gekommen ist. Dies ermöglicht eine Förderung aus einem Guss.

Im Rahmen des Fachhochschulentwicklungsprogramms erfolgt die Förderung der Fachhochschul-

forschung auf drei aufeinander abgestimmten Ebenen:

Auf der ersten, individuellen Ebene soll es Professorinnen und Professoren ermöglicht werden, in kleineren Einzelprojekten mit Praxispartnern spezielle Fragestellungen zu bearbeiten. Diese Projekte bieten insbesondere Neuberufenen eine Chance, den Grundstein für eigene neue Forschungsgebiete zu legen. Diese anwendungsorientierten Kooperationsprojekte werden aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung finanziert.

Auf der zweiten Ebene, der Verbundebene, sollen mehrere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedener Fächer in Forschungsschwerpunkten transdisziplinär übergreifende Fragestellungen bearbeiten. Kooperationen mit Unternehmen und Forschungseinrichtungen sind ein weiteres Verbundmerkmal. Diese werden je nach Ausrichtung aus dem VW-Vorab - „Forschungsschwerpunkte an Fachhochschulen“ - und aus dem EFRE - „Innovationsverbünde“ - gefördert.

Die dritte Ebene der Förderung richtet sich direkt an die Hochschulleitungen, die durch die Förderung strategischer Forschungskonzepte das Profil ihrer Hochschule als Zentrum der anwendungsorientierten Forschung und des Wissenstransfers weiterentwickeln können. Hierzu wurde die Ausschreibung „Fachhochschulforschung als Motor regionaler Entwicklung“ veröffentlicht. Zu diesem Zweck wurden zusätzlich 10 Millionen Euro aus dem VW-Vorab zur Verfügung gestellt. Damit wird die Forschungsförderung an den Fachhochschulen zusätzlich zu den bestehenden Fördermöglichkeiten massiv ausgebaut.

Ziel des Programms sind die strategische Weiterentwicklung der Fachhochschulen im Forschungs- und Transferbereich und die stärkere Einbindung in ihr regionales Innovationssystem. Die Fachhochschulen sollen als Motoren der regionalen Entwicklung sowohl ihre regionale Vernetzung als auch die Zusammenarbeit mit Unternehmen und anderen Einrichtungen weiter ausbauen.

In einer ersten Runde konnten zwei Konzepte von Hochschulen gefördert werden. Die Fachhochschule Osnabrück konnte mit ihrem Konzept „Das Lernende Gesundheitssystem in der Region Osnabrück-Emsland“ überzeugen. Der Fachhochschule ist es gelungen, eine vielversprechende Kooperation u. a. mit der Universität Osnabrück, der Stadt Osnabrück und den Landkreisen Osnabrück und Emsland sowie regionalen Gesundheitsdienst-

leisten auf dem Feld der Versorgungsforschung zu entwickeln.

Die HAWK setzte sich mit ihrem Projekt „Technische, sozio-ökonomische und ökologische Forschung zur nachhaltigen Entwicklung der Region Südniedersachsen“ durch. Basierend auf ihren drei Forschungsschwerpunkten „Laser- und Plasmatechnologie“, „Ländliche Räume“ sowie „Nachhaltige Produktion und Nutzung biogener Rohstoffe“ hat sie ein überzeugendes Konzept vorgelegt, das vielfältige Anknüpfungspunkte für die Regionalentwicklung bietet - sei es für mittelständische Unternehmen im Bereich der Spitzentechnologie oder mit Blick auf gesellschaftliche Prozesse in ländlichen Räumen.

Für die Fachhochschulen, die in der ersten Runde keinen Zuschlag erhalten haben, wird es eine zweite Wettbewerbsrunde geben. Flankierend zu diesen Instrumenten, die in erster Linie auf die Förderung von wissenschaftlichem Personal abzielen, wird der Ausbau der Forschungsinfrastruktur an Fachhochschulen zusätzlich gefördert. Auch dadurch wird die Leistungsfähigkeit der Fachhochschulen als Forschungs-, Entwicklungs- und Ausbildungsstätten weiter gestärkt.

Darüber hinaus wurden auch schon bestehende Förderinstrumente des MWK stärker auf die Fachhochschulen fokussiert.

Bei den Fördermöglichkeiten im Rahmen des EFRE soll in Verbundprojekten mit Universitäten und Forschungseinrichtungen stets eine Fachhochschule beteiligt sein - Gesamtvolumen: ca. 20 Millionen Euro. Erstmals werden zudem für den Aufbau leistungsfähiger Forschungsinfrastrukturen an Fachhochschulen im Rahmen der EFRE-Förderung ergänzend 41 Millionen Euro bis 2020 bereitgestellt. Insgesamt sind damit im Rahmen des Programms 71 Millionen Euro bis 2020 explizit für die Fachhochschulforschung in Niedersachsen mobilisiert. Darüber hinaus besteht weiterhin die Möglichkeit, sich an Verbundprojekten zu beteiligen.

Schließlich noch die Antwort auf die Frage 2: Auf welche Studienangebote setzt die Landesregierung? - Die Landesregierung hat mit den Fachhochschulen vereinbart, das Fachhochschulentwicklungsprogramm insbesondere zur Schärfung ihrer Profile vor dem Hintergrund der regionalen Wirtschaftsstruktur zu nutzen. In enger Abstimmung mit den Hochschulen bzw. auf der Grundlage der Vorschläge der Hochschulen wurden regionsspezifisch die zusätzlichen Studienangebote

vereinbart, die zudem bedarfsorientiert an den Ausbau der Anfängerplätze in der ersten Phase des Hochschulpaktes angelehnt sind. Zugleich ist mit der landesseitigen Zielsetzung, auch innovative Studienangebote dauerhaft anbieten zu können, ein echter Innovationsschub für die Regionen zu erwarten.

An der Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel erfolgt die Verstetigung der 735 zusätzlichen Studienanfängerplätze entsprechend der wirtschaftlichen Prägung der Region Braunschweig u. a. in den Studiengängen „Wirtschaftsingenieurwesen Elektro- und Informationstechnik“, „Maschinenbau“ und „Fahrzeugtechnik“.

Am Hochschulstandort Suderburg erfolgte die Verstetigung der zusätzlichen Studienanfängerplätze entsprechend der ländlichen Prägung z. B. im Studiengang „Wasser- und Bodenmanagement“. Aber auch im stark nachgefragten Studiengang „Soziale Arbeit“ werden zusätzliche Studienanfängerplätze verstetigt.

Neue und innovative Angebote wird die Hochschule im Bereich der Fahrzeugtechnik realisieren. Diese Angebote werden nun auch online angeboten werden. Zudem werden z. B. der Bereich Medienkommunikation und der Studiengang „Wirtschaftsingenieurwesen Energie/Umwelt“ deutlich gestärkt.

Insgesamt wird der Haushalt der Hochschule dauerhaft um mehr als 13 Millionen Euro aufgestockt. Im Haushalt 2016 sind 61 zusätzliche Professorenstellen ausgebracht. Eine Vielzahl von Beschäftigungsmöglichkeiten kann nunmehr in unbefristete Verträge umgewandelt werden.

An der Hochschule Emden/Leer werden 301 zusätzliche Studienanfängerplätze u. a. in den Studiengängen „Schiffs- und Reedereimanagement“, „Industrial and Business Systems“ und „Maschinenbau und Design“ auf Dauer gestellt. Damit wird der Prägung der Region durch die maritime Wirtschaft, Energie sowie Küste und Meer entsprochen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Im innovativen Bereich setzt die Hochschule auf Studiengänge im Bereich Energieeffizienz. Duale Angebote binden die regionale Wirtschaft stärker als bisher mit ein.

Insgesamt wächst der Haushalt der Hochschule um fast 6 Millionen Euro. 17 Professuren stehen

ab 2016 zur Besetzung an. Unbefristete Beschäftigungsverhältnisse können auch hier eingegangen werden.

Bei den 654 verstetigten zusätzlichen Studienanfängerplätzen an der Hochschule Hannover findet sich mit Blick auf die Bedarfe der Landeshauptstadt ein breites Spektrum von Studiengängen, vom MINT-Bereich über Pflege und Gesundheit bis hin zu Angeboten aus dem Bereich „Medien und Journalistik“.

Im innovativen Bereich bietet die Hochschule neben angewandter Mathematik auch Soziale Arbeit in einer berufs begleitenden Variante an.

Mit einem Aufwuchs von knapp über 12 Millionen Euro können neben unbefristeten Beschäftigungsmöglichkeiten auch 61 zusätzliche Professoren berufen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Der Tatsache, dass der Fachkräftebedarf in der Region Südniedersachsen an den drei Standorten der Hochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen recht unterschiedlich ist, wird im Rahmen der Umsetzung des Fachhochschulentwicklungsprogramms Rechnung getragen. Eine Verstetigung der insgesamt 415 Anfängerplätze erfolgt deshalb z. B. in den gut nachgefragten Studiengängen „Soziale Arbeit“ an den Standorten Holzminden und Hildesheim, aber auch in den Studiengängen „Arboristik“ und „Präzisionsmaschinenbau“.

(Zustimmung von Bernd Lynack [SPD])

Im Rahmen der innovativen Angebote wird die Hochschule gemeinsam mit der Universitätsmedizin Göttingen am dortigen Standort mit den Potenzialen des Fachhochschulentwicklungsprogramms einen Gesundheitscampus gründen. Hier werden für 120 Studienanfänger Studiengänge im Bereich der Gesundheitswissenschaften konzipiert, die unter Berücksichtigung der demografischen Besonderheiten des südniedersächsischen Raums bundesweit Beachtung finden werden.

Insgesamt ist der Etat der Hochschule um über 8 Millionen Euro dauerhaft aufgestockt. 30 zusätzliche Professuren stehen zur Verfügung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Hochschule Osnabrück ist in der Region fest verankert und gut vernetzt. Sie hat in besonderer Weise verstanden, attraktive und auf die Bedürf-

nisse der Akteure in der Region zugeschnittene Studienangebote zu entwickeln. Folglich sind unter den insgesamt 912 verstetigten Studienanfängerplätzen über 150, die in sechs verschiedenen dualen Studiengängen verstetigt werden und die regionale Verankerung und Vernetzung weiter verstärken. Zudem kann die Hochschule entsprechend ihrer breit aufgestellten Angebotspalette und der großen regionalen Nachfrage ein großes Spektrum an Studienangeboten vom MINT-Bereich über Wirtschaftsrecht bis hin zur Musikerziehung dauerhaft anbieten.

Zudem bietet die Hochschule innovative Angebote im Schwerpunkt „Agrar- und Lebensmittelwirtschaft“. Außerdem wird der Bereich der Gesundheitsfachberufe deutlich gestärkt.

Der Haushalt der Hochschule wächst dauerhaft um mehr als 17 Millionen Euro. Es können neben zusätzlichen unbefristeten Beschäftigungsmöglichkeiten auch 90 zusätzliche Professorinnen und Professoren berufen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

In der Region der Hochschule Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth sind nahezu alle Formen der Energieerzeugung und der Energielogistik in bedeutendem Umfang vorzufinden. Mit den niedersächsischen Häfen, den hafennahen und maritimen Dienstleistern und der Deutschen Marine sowie mit der angestrebten Ansiedlung weiterer maritimer Industrien und ihrer Kooperation mit den Häfen und Logistikunternehmen ist die Region Nordwest durch die maritime Wirtschaft und durch maritime Technologien geprägt. Sie ist Service- und Technologiezentrum für maritime On- und Offshoretechnologien und Logistikdrehscheibe.

Die Hochschule wirkt in der Region als wesentlicher Wirtschaftsfaktor und als Wissensknoten mit Innovationseffekten durch Forschung, Entwicklung und Wissenstransfer. Folglich werden u. a. zusätzliche Studienanfängerplätze in den Studiengängen „Seeverkehrs- und Hafenwirtschaft“, „Internationales Logistikmanagement“ und „Tourismuswirtschaft“ verstetigt.

Innovative Angebote im Bereich der regenerativen Energien und im dualen Bereich runden das Angebot ab.

Insgesamt wird die Hochschule um 387 Anfängerplätze dauerhaft ausgebaut. Der Etat steigt um über 7 Millionen Euro. 30 zusätzliche Professuren stehen zur Besetzung zur Verfügung.

Alle Fachhochschulen sind damit hervorragend für die Zukunft aufgestellt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt, als die Ministerin begonnen hat zu antworten, deutete sich ein hoher Bedarf an, Zusatzfragen zu stellen. Es könnte aber sein, dass sich die eine oder andere Frage im Zuge der ausführlichen Antwort erledigt hat. Das möge jeder, der gut zugehört hat, überprüfen.

Ansonsten geht es jetzt mit Frau Dr. Thela Wernstedt, SPD-Fraktion, los. Bitte!

Dr. Thela Wernstedt (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung: Was sind die historischen Wurzeln der Fachhochschulen in Niedersachsen? Was waren damals die Beweggründe, sie zu gründen?

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Danke. - Bitte, Frau Ministerin!

(Christian Dürr [FDP]: Bitte den genauen Tag mit Wochentag und Uhrzeit nennen!)

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Da der Opposition immer an korrekten Antworten gelegen ist, werde ich das auch an dieser Stelle versuchen.

Man darf auf jeden Fall feststellen - da sind wir uns in diesem Hause vermutlich ausnahmsweise einmal einig -, dass Niedersachsen ein Land ist, das den Bereich Fachhochschulen immer gestärkt und stark aufgestellt hat.

(Christian Dürr [FDP]: Absolut, Frau Ministerin!)

Heute kommt im Schnitt jeder dritte Absolvent hier in Niedersachsen von einer Fachhochschule. Wir haben im Moment, glaube ich, knapp 55 000 Studierende an den Fachhochschulen. Wenn es um die Historie geht, sollte man sich anschauen, wie

diese Zahl vor zehn Jahren aussah. Da lag sie bei round about 37 000 Studierenden. Wir können also auch feststellen, dass in den letzten zehn Jahren - sicherlich im Rahmen des Hochschulpaktes - in diesem Bereich enorm aufgestockt wurde.

Zu den konkreten historischen Hintergründen ist vielleicht zu erwähnen, dass die Länder 1968 ein gemeinsam getragenes Abkommen geschlossen haben, das sozusagen die Geburtsstunde der Fachhochschulen war. Darin hatte man sich darauf verständigt, stärker praxisorientiert auszubilden, was sicherlich etwas mit der Bildungsoffensive der späten 60er-Jahre zu tun hatte. Die Landesregierung hier in Niedersachsen hat 1971 beschlossen, Fachhochschulen einzurichten.

In der Regierungserklärung der rot-grünen Landesregierung von 1990 ist schon einmal ein Hochschulausbauprogramm auf den Weg gebracht worden. Sie sehen, es hat sozusagen ein Stück weit rot-grüne Kontinuität, Fachhochschulen stärker in den Fokus zu nehmen. Der einzige Unterschied ist, dass man damals in den 90er-Jahren eher den Aspekt des räumlichen und personellen Ausbaus im Auge hatte. Heute ist der Flächenbedarf gesättigt. Diese Einschätzung teilen alle maßgeblichen Wissenschaftsorganisationen. Heute muss es also darum gehen, die vorhandenen Standorte zu stärken und wettbewerbsfähig zu halten. Genau das haben wir mit diesem Fachhochschulentwicklungsprogramm versucht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Danke, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt Jan-Christoph Oetjen von der FDP-Fraktion.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gerne von der Landesregierung wissen, nach welchem Schlüssel die Mittel im Fachhochschulentwicklungsprogramm verteilt werden.

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Frau Ministerin, bitte sehr!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Oetjen, die Mittel haben wir nach dem Anteil verteilt, mit dem die Fachhochschulen im

Jahr 2010 - also nach Abschluss der ersten Runde des Hochschulpaktes - am Hochschulpakt beteiligt waren.

So sind wir vorgegangen, weil das zum Ersten genau dem Niveau an Studienplätzen - wenn man sich die KMK-Prognosen anschaut - für die nächsten Jahre bis 2020 und darüber hinaus entsprach. Wir alle wissen, dass die Zahl der Studierenden zunimmt. Dann werden wir auf einem gleichbleibend hohen Niveau - jedenfalls nach der derzeitigen Prognose - bleiben. Der Ausbaustand 2010 erreichte genau dieses Niveau. Denn uns war wichtig, dass eine Verstetigung der Zahl der Studienplätze in dem Umfang erfolgt, dass sie langfristig über 2020 hinaus Bestand hat.

Zum Zweiten haben wir mit diesem Programm auch Leistung aufseiten der Fachhochschulen anerkannt, weil auf die bis dahin aufgebauten Kapazitäten aufgebaut wird. Das heißt, Fachhochschulen sollen mit diesem Fachhochschulentwicklungsprogramm durchaus auch das Feedback bekommen, dass sich Leistung lohnt. Wer sich im Hochschulpakt stark eingebracht hat, soll davon profitieren.

Der dritte Aspekt ist ebenfalls sehr wichtig. Die seinerzeitige Landesregierung hat schon bei der damaligen Abfrage, in welchem Maße welche Hochschule zusätzliche Kapazitäten aufbauen kann, unterschiedliche Rückmeldungen bekommen. Ich nenne ein Beispiel: Die HAWK hat sich daran im Vergleich zu anderen Hochschulen, wie z. B. die in Wolfenbüttel oder Osnabrück, eher zurückhaltend beteiligt. Das hat etwas damit zu tun, dass die Hochschule nach eigener Einschätzung für mehr Studienplätze, als sie bereits aufgebaut hatte, keine Kapazitäten für die Akquise von Studierenden sah. Das heißt, damit ist es letzten Endes einer realistischen Einschätzung der Hochschulen geschuldet, welche Kapazitäten sie meinen, langfristig „bespielen“ zu können.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Frau Ministerin. - Es folgt jetzt für die Fraktion der SPD der Kollege Möhle. Bitte!

Matthias Möhle (SPD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, Sie haben schon eine ganze Menge berichtet. Vielen Dank für die vielen Informationen.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta übernimmt den Vorsitz)

Meine Frage an die Landesregierung ist, was sie auch im Hinblick auf die letzten Sozialerhebungen, die im Zeitraum 2008/2009 stattgefunden haben, über das Sozialprofil der Studierenden sagen kann.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Frau Ministerin, bitte!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Sozialprofil der Fachhochschulen bildet die Tatsache ab, dass dort die Studierenden traditioneller Prägung - Abitur am Gymnasium und dann Studium - im geringeren Maße als an Universitäten vertreten sind. Gerade an den Fachschulen befinden sich verstärkt Studierende, die entweder aus der Berufstätigkeit später noch an die Hochschule gegangen sind oder „nur“ mit einer fachgebundenen Hochschulreife an die Hochschule gekommen sind. Dadurch haben wir dort lediglich round about - die ganz genauen Zahlen habe ich nicht parat - 30 % unter den Studierenden, deren Eltern einen akademischen Hintergrund haben. Das sieht an den Universitäten deutlich anders aus.

Das Entscheidende ist, dass man dieses Pfund der Fachhochschulen auch für die zukünftige Gewinnung neuer Studierender nutzen muss. Das heißt, dass wir verstärkt an den Fachhochschulen Programme auflegen müssen, die darauf ausgerichtet sind, die nicht traditionellen Studienberechtigten für ein Studium zu gewinnen, die also aus dem Beruf an die Hochschule wollen, und auch diejenigen, die nicht unbedingt eine große wissenschaftliche Karriere für sich planen, sondern eine solide und wissenschaftsbasierte Berufsausbildung wollen. Das ist ein starkes Pfund unserer Fachhochschulen und war einer der Gründe, weshalb wir unsere Fachhochschulen stärken und die Studienkapazitäten auf dem jetzigen Niveau im großen Maße verstetigen wollen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Nun stellt Herr Kollege Ottmar von Holtz die nächste Frage. Bitte!

Ottmar von Holtz (GRÜNE):

Schönen Dank, Frau Präsidentin. - Frau Ministerin, ich frage die Landesregierung, welche Impulse das Fachhochschulentwicklungsprogramm für die Forschung an den Fachhochschulen geben kann.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bitte, Frau Ministerin!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hierzu muss man verschiedene Facetten und Bereiche betrachten.

Sie haben meiner Antwort eben entnehmen können, dass eines der Programme im Bereich der Forschung Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler - die Person des Forschers also - ganz konkret adressiert. Einer der großen Effekte im Forschungsbereich des Fachhochschulentwicklungsprogramms ist also sicherlich, dass die Fachhochschulen damit auch an Attraktivität für junge Wissenschaftler und somit auch bei der Personalakquise an Attraktivität gewinnen.

Das ganz große Thema bei der Forschung an Fachhochschulen ist der Wissens- und Technologietransfer, weil Fachhochschulen eine sehr viel engere regionale Anbindung als Universitäten haben. Aufgrund ihres Anwendungsbezugs sind Fachhochschulen in ihrer Forschung nicht auf Grundlagenforschung orientiert, sondern auf konkrete Anwendungsforschung. Von daher sind die Effekte für die Regionen maßgeblich, gerade wenn es um die Kooperation mit kleinen und mittleren Unternehmen geht, die sich keine eigene große Forschungs- und Entwicklungsabteilung leisten können.

Wichtig ist bei dem Programm, das wir aufgelegt haben, auch der Baustein „Forschungsinfrastruktur“, der mit round about 41 Millionen Euro belegt ist, weil er ein Stück weit dazu dienen soll, das Gap im Laborbereich und Ähnlichem zwischen Universitäten und Fachhochschulen zu schließen. Das heißt, das Geld, das die Fachhochschulen über dieses Programm akquirieren, wirkt auch in der Langfristperspektive und wird die Attraktivität der Hochschulen sicherlich erhöhen.

Ansonsten ist es auch für Studierende durchaus interessant, zu wissen, dass die Fachhochschule, an der sie studieren, nicht nur in der Lehre, sondern auch in der Forschung sehr stark ist; denn wir alle wissen: Lehre an Hochschulen in Deutschland

bedeutet immer auch an die Forschung angelehnte Lehre. Das kann eine Fachhochschule, die forschungsstark aufgestellt ist, sicherlich in besonderem Maße sicherstellen.

Von daher sehen Sie schon, dass die Effekte im Bereich der Forschung für die Fachhochschulen durchaus sehr vielfältig sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Dr. Siemer. Bitte!

Dr. Stephan Siemer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass das Land und die Hochschulen in der Zielvereinbarung eine gewisse Anzahl von grundständigen Studienanfängerplätzen vereinbart haben, frage ich die Landesregierung, ob diese Zahlen in Anbetracht der ankommenden Flüchtlinge, von denen auch einige studieren wollen, noch aktuell sind.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bitte, Frau Ministerin!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Lieber Herr Siemer, das ist in der Tat eine berechtigte Frage, die wir uns in Niedersachsen, aber auch über Niedersachsen hinaus stellen müssen.

Es gibt im Moment dort, wo sich derzeit Flüchtlinge für ein Studium interessieren, noch keine Engpässe. Wie sich das für die Zukunft gestalten wird, weiß ich nicht. Ich finde aber, dass wir als Land dringend darauf hinweisen sollten - ich hoffe, dass wir auch mit den anderen Ländern und dem Bund eine Verständigung darüber bekommen -, dass wir gegebenenfalls im Rahmen des Hochschulpaktes III, der, was das Volumen und was die Zahlen angeht, bereits abgeschlossen ist, flexibel darauf reagieren können, wenn wir einen Überblick darüber haben, welche Auswirkungen das möglicherweise auf die Nachfrage nach Studienplätzen haben wird.

Ich bin ziemlich zuversichtlich - jedenfalls nach den Gesprächen mit den Hochschulen selbst -, dass dies keine Frage sein wird, die sich schon in diesem oder nächsten Jahr stellen wird. Ich sehe es

eher als eine mittelfristige Geschichte an. Eine der ersten Aufgaben im Zuge der Sprachfördermaßnahmen wird sein, abzufragen, welchen Bildungshintergrund die Flüchtlinge mitbringen. Dazu gibt es keine wirklich valide Datenbasis. Wir müssen auch erfragen, was sich die Flüchtlinge für ihre Zukunft vorstellen. Deshalb haben wir bei den Sprachkursen, die im Moment das Land finanziert, zur Voraussetzung gemacht, dass die jeweiligen Anbieter der Maßnahmen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den Kursen genau nach diesen Punkten befragen, damit wir zumindest so etwas wie eine belastbare Prognose haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Schiesgeries. Bitte!

Horst Schiesgeries (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben zwar schon zahlreiche Zahlen genannt. Mich interessiert aber noch eine Zahl ganz besonders. Wie viel EU-Mittel insgesamt fließen in das Fachhochschulentwicklungsprogramm?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank für die Frage. - Bitte, Frau Ministerin!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

An EU-Mitteln haben wir - - - Sekunde! - Das sind Mittel, die logischerweise bis zum Jahr 2020 abrufbar sind, weil es sich dabei um EFRE-Mittel handelt, die an die Dauer der Förderperiode gebunden sind. Wir haben insgesamt 110,72 Millionen Euro. Diese setzen sich zusammen aus EFRE-Mitteln in Höhe von insgesamt 50,4 Millionen Euro und aus Landesmitteln in Höhe von 40,32 Millionen Euro, wobei jeder, der rechnen kann, weiß, dass das jetzt nicht 110,2 Millionen Euro ergibt. Also fehlt noch irgendwo etwas. - Das kläre ich gleich. Ich muss mir das noch einmal ansehen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Sie können das Ergebnis ja gleich nachtragen. - Die nächste Frage stellt Frau von Below-Neufeldt. Bitte!

Almuth von Below-Neufeldt (FDP):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal finde ich es sehr schön, dass die Grünen-Fraktion bei diesem Thema, das Ihr Haus betrifft, etwas vollständiger vertreten ist. Mehr Aufmerksamkeit für das eigene Haus - wunderbar!

(Zuruf von den GRÜNEN: Was soll das denn?)

Ich komme jetzt zu meiner Frage. Die Finanzierung der Forschungsprojekte erfolgt ja zu großen Teilen durch die Landesregierung, und zwar mit 10 Millionen Euro, wenn ich das richtig verstanden habe. Meine Frage ist: Wird auch aus anderen Quellen finanziert, z. B. durch DFG-Mittel oder andere Drittmittel?

Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Frau Ministerin!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Frage, aus welchen Töpfen die Förderung erfolgt, ist es so, dass wir jenseits von EFRE und VW-Vorab keine weiteren Drittmittel von uns aus einkalkuliert haben. Wir hoffen natürlich - das ist ausdrücklich gewünscht -, dass die Mittel, die wir in die Forschung geben, dazu benutzt werden können, weitere Projekte an Land zu ziehen.

Die Frage von Herrn Schiesgeries kann ich jetzt richtig beantworten. Es sind, wie ich gesagt habe, 50,4 Millionen Euro EFRE-Mittel und 40,32 Millionen Euro Landesmittel. Das ergibt in Summe, wie ich eben per Kopf schnell ausgerechnet hatte, nur 90,72 Millionen Euro.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Nun hat das Wort für eine Zusatzfrage Frau Kollegin Joumaah. Bitte!

Petra Joumaah (CDU):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, anknüpfend an die Frage

von Herrn Schiesgeries, möchte ich gerne von Ihnen die Zahl der reinen Landesmittel erfahren.

(Zustimmung von Ulf Thiele [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Frau Ministerin!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte das eigentlich in der Beantwortung sehr ausführlich dargelegt, will das aber gerne wiederholen, jedoch nicht in epischer Breite.

Es sind 64 Millionen Euro zum Ausbau der Studienplätze. Diese Mittel werden erstmalig zusätzlich und dauerhaft bei den jeweiligen Haushaltsstellen der Hochschulen ausgebracht. Weiterhin haben wir die 20 Millionen Euro VW-Vorab-Mittel, die natürlich Landesmittel sind. Ferner stellen wir, wie ich es gerade schon im Rahmen der Beantwortung der Frage von Herrn Schiesgeries erläutert habe, für Forschungsförderung und Kofinanzierung von EFRE-Mitteln 40,32 Millionen Euro Landesmittel bereit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Dr. Birkner. Bitte!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, ich würde gerne wissen, welche Fachhochschule in Niedersachsen den höchsten Anteil an Studierenden aus anderen Bundesländern hat.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Frau Ministerin!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Birkner, dazu habe ich jetzt keine Zahlen vorliegen. Ich kann Ihnen nur eine „allgemeine Zustandsbeschreibung“ geben.

Bei den Fachhochschulen haben wir im Vergleich zu den Universitäten einen sehr hohen Anteil an Studierenden aus der Region. Ich habe aus der

Vorbereitung auf diese Frage die Zahlen der Studierenden, die tatsächlich aus der Region kommen und in der Region bleiben, aber keine Zahlen darüber, woher die Studierenden tatsächlich kommen. Naturgemäß wäre es jetzt vermutlich so, dass beispielsweise an der Fachhochschule Osnabrück deutlich mehr Studierende aus anderen Bundesländern sind als beispielsweise an der HAWK, die nicht an ein so bevölkerungsstarkes Bundesland angrenzt.

Dem Grunde nach kann man schon sagen, dass die Studierenden an Fachhochschulen - anders als Studierende an Universitäten - sehr stark aus der Region kommen, unabhängig davon, ob es sich diesseits oder jenseits der Landesgrenze abspielt. Das wirklich Gute an Fachhochschulen ist, dass sie eine sehr hohe Bindewirkung haben. Sie haben im Gegensatz zu Universitäten sehr viele Studierende, die nach dem Studium weiterhin in Niedersachsen bzw. in der Region, in der ihre Fachhochschule liegt, bleiben.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Können Sie das nachreichen?)

- Das müssten wir, offen gestanden, bei den Hochschulen abfragen. Ich weiß aber nicht, inwiefern sie diese Daten haben oder wie lange es dauern würde, die entsprechenden Datensätze zu erstellen. Ich will Ihnen jedoch gern zusagen, dass wir alles uns an dieser Stelle Mögliche tun werden und Ihnen diese Zahlen zukommen lassen werden.¹

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Gern!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt nun Frau Kollegin König. Bitte!

Gabriela König (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung: Wie viele niedersächsische Fachhochschulen haben ein bundesweites Alleinstellungsmerkmal, mit dem sie im Prinzip nach vorn treten können?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Bitte, Frau Ministerin!

¹ siehe Unterrichtung durch die Landesregierung - Drs. 17/4664

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, die Strahlkraft oder die Platzierung in einem Ranking zur Attraktivität oder Forschungsstärke von Hochschulen oder im Besonderen auch von Fachhochschulen ist immer am jeweiligen Fachbereich festzumachen, nicht aber unbedingt am ganzen Standort. Wir haben große Fachhochschulen in Osnabrück und Wolfenbüttel, die sicherlich auch bundesweit richtig große Player sind. Das heißt aber nicht, dass an den kleineren Fachhochschulen - denken Sie nur einmal an unsere beiden Fachhochschulen an der Küste, die im Fachbereich Seefahrt ein absolutes Alleinstellungsmerkmal haben - nicht eine ebenso wunderbare und qualitativ hochwertige Ausbildung angeboten wird. Von daher ist es tatsächlich schwierig, das an irgendetwas festzumachen oder eine Platzierung vorzunehmen.

(Björn Thümler [CDU]: Immer Nummer eins!)

Ich kann die Frage von Herrn Dr. Birkner nach dem Anteil der Studierenden aus anderen Bundesländern zumindest insoweit beantworten, als ich die Zahlen für das Wintersemester 2012/2013 nenne. Ich nenne Ihnen jetzt den Anteil der Studierenden, die aus Niedersachsen kommen. Würde ich Ihnen die Anteile der Studierenden aus anderen Bundesländern nennen, würde es etwas länger dauern.

Bei der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel kommen 74,2 % der Studierenden aus Niedersachsen. Bei der Hochschule Hannover sind es 75 %. Bei der Hochschule Osnabrück - da lag ich ganz gut - sind es 53,4 %. Bei der Hochschule Emden/Leer sind es 71,5 %, bei der Hochschule Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth 70 %. Bei der HAWK sind es 67,2 %. Somit beläuft sich der Anteil von Studierenden aus Niedersachsen, über alle Hochschulen gerechnet, auf 67,6 %. Würden wir das jetzt auf die Universitäten übertragen, würde das Ergebnis deutlich anders aussehen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Herr Bode, Sie stellen die nächste Zusatzfrage.

Jörg Bode (FDP):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Frau Ministerin, an welchen Fachhochschulen machen in welcher

Art und Weise kleine und mittlere Unternehmen, Kammern, Verbände, insbesondere aber auch das Handwerk regelmäßig Werbung für Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze in ihren Branchen oder Bereichen?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Frau Ministerin!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bode, ich glaube, das trifft auf alle Fachhochschulen zu. Alle Fachhochschulen kooperieren eng mit den KMU in ihrer Region. Alle Fachhochschulen kooperieren eng auch mit den Kammern. Ich kann Ihnen zwar nicht aus dem Stehgreif alle Beispiele nennen. Aber gerade diese Kooperation ist eine der Stärken der Fachhochschulen. Gerade mit Blick auf die Durchlässigkeit zwischen Berufswelt und Hochschulwelt ist dies ein Angebot, das, glaube ich, besonders schlagkräftig unterwegs ist.

Ich bin immer wieder erfreut, zu sehen - das ist, glaube ich, das Entscheidende -, dass es inzwischen gerade den Fachhochschulen gelungen ist, bei den Kammern - insbesondere auch bei der Handwerkskammer - ein Stück weit diese Dämme zu brechen, die ursprünglich immer wieder dazu geführt haben, dass die Kammern als Vertreter ihrer Mitglieder - sprich: der jeweiligen Handwerksbetriebe - zu Anfang - wenn wir einmal zehn oder vielleicht nur fünf Jahre zurückdenken - immer sehr zurückhaltend waren und gesagt haben: Ich brauche meine Leute, die ich im Betrieb selbst ausgebildet habe, auch weiterhin in meinem Betrieb. Ich möchte nicht, dass die an eine Hochschule gehen, ob sie nun wieder zurückkommen in meinen Betrieb oder nicht. Das kann ich mir nicht leisten.

Hier hat inzwischen ein Stück weit ein Kulturwandel stattgefunden. Das Thema sehen die Kammern und die Handwerksbetriebe inzwischen anders. Ich finde es toll, dass inzwischen selbst hinsichtlich der Übergabe von Handwerksbetrieben, wenn der Eigentümer keinen Sohn oder keine Tochter hat, der bzw. die die Firma übernehmen könnte, eine große Offenheit besteht und gesagt wird: Schauen wir uns doch einmal an, welcher Mitarbeiter oder welche Mitarbeiterin im Betrieb an der Firma Interesse hätte. Wem kann man mit einem betriebswirtschaftlichen oder einem technischen Studium das nötige Rüstzeug an die Hand geben, damit der Betrieb auf dem Markt über den Tag hinaus wettbewerbsfähig gehalten werden kann? - Wie ge-

sagt: In diesem Bereich haben die Fachhochschulen zurzeit keine großen Defizite.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Bajus.

Volker Bajus (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Fachhochschulentwicklungsprogramm ist ein großer Schritt nach vorn und ist somit kräftig Gesprächsstoff für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in unserem Land. Gibt es schon so etwas wie ein Feedback? Wie sind die Reaktionen? Wie ist das von denen bewertet worden?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Frau Ministerin!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Fachhochschulentwicklungsprogramm ist bundesweit das erste Programm, das Kapazitäten aus dem Hochschulpakt verstetigt, etwas, was alle Wissenschaftseinrichtungen inklusive des Wissenschaftsrates immer wieder gefordert haben. Wir wissen nicht zuletzt aus den Hochschulräten bzw. im Fall Osnabrück aus dem Stiftungsrat der Hochschulen, die naturgemäß auch mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus anderen Bundesländern besetzt sind, dass bundesweit mit hoher Anerkennung über dieses Programm gesprochen wird. Geadelt wurde das Ganze sozusagen durch eine Pressemitteilung der HRK von Herrn Hippler, der nicht gerade im Verdacht steht - jeder, der ihn kennt, weiß das -, ein Freund rot-grüner Hochschulpolitik zu sein.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Kann ja noch werden!)

Er hat dieses Programm ausdrücklich gelobt und andere Bundesländer ausdrücklich aufgefordert, dem Beispiel Niedersachsens zu folgen. Von daher: Mit diesem Programm haben wir in der Wissenschaftscommunity eine hohe positive Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Ihre zweite und damit letzte Zusatzfrage stellt jetzt Frau Kollegin von Below-Neufeldt. Bitte!

Almuth von Below-Neufeldt (FDP):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vom Fachhochschulentwicklungskonzept erhofft man sich ja eine Stärkung der Forschung. Ich frage deswegen die Landesregierung: Wie sehen heute die Promovierendenzahlen an den Fachhochschulen aus, und welche Entwicklung erwarten Sie?

Danke.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Bitte, Frau Ministerin!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau von Below-Neufeldt, das ist in der Tat eine spannende und auch wichtige Frage; denn das war in der Vergangenheit sicherlich das große Defizit der Fachhochschulen, jedenfalls aus Sicht derer, die dort ihren akademischen Abschluss gemacht haben. Sie hatten nämlich das Gefühl, dass sie sich in einer Art akademischer Sackgasse dahin gehend befinden, dass ihnen der Weg zu einer Promotion verwehrt wird.

Von daher besteht hier ein enorm hoher Handlungsbedarf, ein höheres Maß an Durchlässigkeit sicherzustellen, zumal nach der Bologna-Reform ein Bachelor ein Bachelor und ein Master ein Master ist. Von daher gibt es überhaupt keine inhaltliche oder fachliche Differenzierung bei der Qualität der Abschlüsse mehr und darf es auch nicht geben.

Deshalb fordern wir die Hochschulen auch auf, hinsichtlich des gesamten Komplexes der kooperativen Promotionen zwischen Fachhochschulen und Universitäten tätig zu werden, und wir unterstützen sie dabei. Es gibt bereits eine Vielzahl von solchen Promotionen. Ich will nicht verhehlen, dass sicherlich noch mehr drin ist. Aber es gibt tolle Beispiele dafür, wie die Kooperationen zwischen der Fachhochschule Osnabrück und der Universität Osnabrück oder zwischen der TU Braunschweig und der Fachhochschule Wolfenbüttel, um einmal ein Beispiel aus unserer Region zu nennen, laufen. Dort greift das tatsächlich in großem Umfang.

Ich glaube - das ist ganz entscheidend -, dass die kooperativen Promotionen, bei denen die Professorinnen oder Professoren aus den Fachhochschulen gleichberechtigt als Prüfer mit in das Promotionsverfahren hineingehen, ein Weg sind, der richtig und zukunftsweisend ist, und dass wir nicht in den großen Fehler verfallen sollten, jetzt das Promotionsrecht für Fachhochschulen zu fordern. Das ist nicht nur etwas, was alle Wissenschaftseinrichtungen einhellig ablehnen, sondern ich glaube, es widerspricht auch zutiefst der Idee oder dem - wie ich finde - richtigen Grundgedanken, dass wir ein Hochschulsystem oder insgesamt ein Bildungssystem brauchen, das eine stärkere Differenzierung und weniger sozusagen eine Gleichmacherei aufweist. Die großen Stärken der Fachhochschulen, nämlich die tolle Ausbildung und die Anwendungsorientierung in der Ausbildung und in der Forschung, sind ein hohes Gut, sind ein absolutes Qualitätsmerkmal akademischer Ausbildung in Deutschland. Das sollten wir nicht dadurch aufgeben oder verwischen, indem wir aus tollen und superstarken Fachhochschulen Hochschulen machen, die in dem Moment, in dem ihnen auch das Promotionsrecht übertragen wird, am Ende neben dem großen Tanker Universität sowieso kaum eine Chance haben.

Deshalb finde ich den Weg der kooperativen Promotion richtig. Den reizen wir über die Frage der Mittelvergabe durchaus an. Das heißt, das rechnet sich für eine Hochschule. Die Universitäten verlieren zunehmend ein Stück weit - ich will das einmal so benennen - den Standesdünkel, der meint, dass die Kolleginnen und Kollegen aus den Fachhochschulen mit einer Ausbildung in Bachelor- und Masterstudiengängen kämen, die den Anforderungen an eine Promotion nicht gerecht würde. Davon kann längst keine Rede mehr sein.

Aber ich glaube, wir haben noch ein Stück weit gemeinsame Überzeugungsarbeit vor uns, um das immer wieder stärker und an die Universitäten zu adressieren. Bei den Fachhochschulen rennt man da offene Türen ein.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt Frau Dr. Lesemann.

Dr. Silke Lesemann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Vor dem Hintergrund der erheblichen finanziellen

Anstrengungen, die das Land Niedersachsen unternimmt, um dieses Fachhochschulprogramm aufzulegen, stelle ich die Frage, ob es ähnliche Programme auch in anderen Bundesländern gibt.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Frau Ministerin!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie eben schon gesagt: Niedersachsen ist das einzige Bundesland, das ein solches Programm auflegt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD - Björn Thümler [CDU]:
Hätte ich auch beantworten können!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Prange. Bitte!

(Zuruf von Heiner Schönecke [CDU]: -
Heiterkeit bei der CDU)

- Herr Kollege Schönecke, auch Sie haben die Möglichkeit, eine Frage zu stellen, wenn Sie den Wortmeldezettel dazu hier abgeben.

Ulf Prange (SPD):

Und wenn das dann auch noch Anlass zur Heiterkeit ist!

Ich möchte von der Landesregierung wissen, Frau Ministerin, welche Rolle das Fachhochschulentwicklungsprogramm hinsichtlich der sozialen Öffnung von Studienzugängen spielt.

(Björn Thümler [CDU]: Herr Prange,
„eine herausragende Rolle“ ist die
Antwort. - Heiterkeit bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Frau Ministerin!

(Ulf Prange [SPD]: Das möchte ich
auch haben, was Sie nehmen!)

- Ich freue mich sehr, dass die Kollegen auf der rechten Seite des Hauses kommentieren und Fragen beantworten. Aber jetzt hat Frau Ministerin Heinen-Kljajić das Wort.

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist tatsächlich so, dass - wie ich eben geschätzt hatte - ca. zwei Drittel der Studierenden an Fachhochschulen aus nicht akademischen Elternhäusern kommen.

Es gibt eine Erhebung des Deutschen Studentenwerkes aus Juni 2013, die besagt, mehr als sechs von zehn Studierenden an Fachhochschulen kommen aus einem nicht akademischen Elternhaus - also 62 % -, davon 50 % mit der Bildungsherkunft „mittel“ und 12 % mit der Bildungsherkunft „niedrig“. „Niedrig“ heißt, dass man maximal einen Hauptschulabschluss hat, aber nie wirklich eine Ausbildung gemacht hat. „Mittel“ ist alles das, was sich im klassischen Berufsbildungssektor abspielt. Der Anteil Studierender aus einer Familie, in der Vater und Mutter, also beide Elternteile, ein Hochschulstudium abgeschlossen haben, ist hier nur halb so groß wie an Universitäten, nämlich 13 % versus 27 %.

Das unterstreicht tatsächlich noch einmal, dass dann, wenn wir eine Antwort auf die Frage nach der sozialen Öffnung von Hochschulen suchen, die Fachhochschulen sicherlich nicht die einzigen Bausteine sind - auch das will ich ausdrücklich sagen -, aber sicherlich ein wichtiger Baustein, um da weiter voranzukommen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Ihnen kurz einen Zwischenstand geben. Es ist jetzt 10.56 Uhr. Uns liegen noch weitere Zusatzfragen vor. Deshalb können wir davon ausgehen, dass die zweite Frage hier nicht mehr gestellt werden wird.

(Zuruf von der CDU: Schade!)

Ich sage dies vor allem für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Häuser.

Wir fahren fort. Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Lynack. Bitte!

(Jens Nacke [CDU]: Die haben Sie doch vorbereitet!)

Bernd Lynack (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung, wie die beruflichen

Perspektiven von Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen aussehen.

Danke.

(Björn Thümler [CDU]: Hervorragend!
- Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Herr Hilbers, Sie haben gleich die Möglichkeit, Ihre Frage zu stellen. Jetzt antwortet die Ministerin auf die Frage des Kollegen Lynack. Bitte!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die beruflichen Perspektiven der Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschulen sehen meist sehr gut aus, weil sie häufig in enger Bindung an die Unternehmen in der Region ausgebildet wurden und die Fachhochschulen häufig am Bedarf der Berufsausbildung in der Region orientiert sind. Die Hochschulen haben aber keine Zahlen darüber, wer am Ende tatsächlich in ein Arbeitsverhältnis geht und wer nicht.

Was aber spannend ist - und das will ich Ihnen nicht vorenthalten; das hatten wir eben schon kurz angerissen -, ist das Thema: Wo bleiben denn die Studierenden nach Abschluss ihres Studiums? - Es sind immerhin mehr als 50 %, die in Niedersachsen bleiben, die meisten tatsächlich in ihrer Region.

Die Hochschulen fragen das zum Teil in sehr unterschiedlichen Formen und in einer sehr unterschiedlichen Detailtiefe ab. Aber Hochschulen wie die in Hannover oder in Emden/Leer machen so etwas wie eine Absolventenverbleibabfrage. Danach liegen wir immer bei 50 % bzw. über 50 %. Das bestätigt das, was ich eben gesagt habe: Die Fachhochschulen sind sicherlich im ganz besonderen Maße Motoren der regionalen Entwicklung, weil sie Fachkräfte für die Regionen ausbilden.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt nun Herr Kollege Jasper. Bitte!

(Unruhe)

- Und ich darf Sie alle bitten, dass Gemurmel einzustellen!

Burkhard Jasper (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Damit das Fachhochschulentwicklungsprogramm wirklich erfolgreich ist, werden auch Baumaßnahmen benötigt, weil es mehr Studierende und Professoren an den Hochschulen gibt. Deshalb frage ich: Welche Investitionen sind am Standort Osnabrück für die kommende Zeit geplant?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bitte, Frau Ministerin!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum einen will ich deutlich darauf hinweisen, dass der Aufwuchs an verstetigten Studienplätzen, aber auch der deutliche Aufwuchs an Professuren - am Ende, im Jahre 2017, werden es wenigstens 344 sein - nicht zu einem höheren Flächenbedarf führen werden. Ich habe eingangs bereits gesagt, dass es jetzt nicht darum geht, neue Standorte einzurichten oder Standorte auszubauen, sondern es geht darum, die bestehenden Standorte zu stärken.

Nichtsdestotrotz haben natürlich Fachhochschulen wie Universitäten eine Bugwelle an Sanierungsstau vor sich, die abzuarbeiten ist.

Zum Standort Osnabrück: Es gab in den letzten Jahren eine Vielzahl an Investitionen in den Standort Osnabrück. Wir beide, Herr Jasper, haben unlängst erst die schöne neue Bibliothek eingeweiht. Auch in Zukunft wird es an den Fachhochschulstandorten Baumaßnahmen geben, aber es werden keine Baumaßnahmen aufgrund des Fachhochschulentwicklungsprogramms notwendig werden. Das eine hat mit dem anderen also erst einmal nichts zu tun.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Schönecke. Bitte!

Heiner Schönecke (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Ich frage die Landesregierung: Das in Rede stehende Fachhochschulentwicklungsprogramm muss ja auch finanziell hinterlegt werden. Frau Ministerin, werden Sie sich in den Haushaltszahlen, die dem

Parlament jetzt vorgelegt wurden, wiederfinden, wenn sozusagen die letzte Runde im Kabinett stattgefunden hat, oder werden wir es mit anderen Zahlen zu tun haben?

Vielleicht schließe ich meine zweite Frage gleich an: Das Gleiche gilt für das VW-Vorab. Werden die Zahlen noch Gültigkeit haben?

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bitte, Frau Ministerin!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Schönecke, über das VW-Vorab werden zwei Programme im Bereich Forschung à 10 Millionen Euro finanziert. Das erste Paket ist bereits im Verwendungsvorschlag 2014 enthalten gewesen und damit abgesichert. Das zweite Paket wird in 2016 starten. Es ist bisher in keinem Verwendungsvorschlag enthalten gewesen; das wird in 2016 erfolgen.

Die Entwicklung des VW-Vorab - ich glaube, das ist hinlänglich bekannt - wird im nächsten Jahr im Vergleich zu den heutigen Zahlen sicherlich sehr enttäuschend sein. Niemand von uns weiß, wie sich das Ganze langfristig entwickeln wird. Ich gehe allerdings fest davon aus, dass das VW-Vorab nicht auf null fahren wird.

Selbstverständlich wird es bei einer solchen Entwicklung notwendig sein, Prioritäten zu setzen bzw. zu schauen, welche Programme man für besonders wichtig hält, welche Programme also abzusichern sind und welche nicht. Da ein Paket des Fachhochschulentwicklungsprogramms bereits beschlossen ist, können Sie davon ausgehen, dass diese Priorität auch in 2016 entsprechend hoch sein wird.

Die zweite Frage bezog sich auf die Mittel für die Studienplätze. Auch hier gilt: Die Entscheidung für den Start des Fachhochschulentwicklungsprogramms auch mit Blick auf den Haushalt wurde bereits für den Haushalt 2015 getroffen; die erste Tranche in Höhe von 44 Millionen Euro wurde bereits auf die Hochschuletats verteilt. In 2016 werden die restlichen 20 Millionen Euro in die jeweiligen Hochschuletats verschoben. Dabei wird es unverrückbar bleiben.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt Frau Kollegin Kohlenberg. Bitte!

Gabriela Kohlenberg (CDU):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, ich möchte ganz genau wissen, bis wann die Bereitstellung der Hochschulpaktmittel für das Fachhochschulentwicklungsprogramm und andere Maßnahmen gesichert ist. Gilt das bis zu einem bestimmten Jahr, oder sind die Mittel unendlich gesichert? Wir wollen ganz genau wissen, bis wann sie wirklich gesichert sind.

Eine weitere Frage kann ich gleich anschließen: Sie haben gerade etwas zu den VW-Vorab-Mitteln gesagt. Sie haben gesagt, Sie wüssten nicht, wie sich das VW-Vorab in Zukunft entwickeln wird. Sie haben auch schon gewisse Andeutungen gemacht, dass, wenn es sich nicht so entwickelt, wie wir es uns vielleicht wünschen würden, dann gewisse Programme priorisiert werden und nicht versucht wird, mit anderen Mitteln auszuhelfen. Kann man davon ausgehen, dass dann gewisse Projekte bzw. Programme einfach nicht mehr stattfinden werden, wenn die Mittel aus dem VW-Vorab nicht mehr fließen? Oder haben Sie Vorstellungen, andere Mittel aufzuwenden, damit alles, was Sie geplant haben, stattfinden kann?

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Danke, Frau Kollegin. Sie sind damit einverstanden, dass ich das als zwei Fragen werte?

(Gabriela Kohlenberg [CDU]: Ja!)

Alles klar. - Bitte, Frau Ministerin!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Frau Kohlenberg, Pläne habe ich viele. Aber ich habe recht früh im Amt als Ministerin die bittere Erfahrung machen müssen, dass sich nur einige davon werden realisieren lassen. Ich glaube, das geht jedem von uns - auch Ihnen als Abgeordneten - in diesem Geschäft so. Von daher ist Ihre Frage wie folgt zu beantworten: Es wird nicht passieren, dass Dinge, die schon beschlossen wurden, oder Projekte, die schon gestartet sind, nicht stattfinden können. Denn die Entscheidungen mit Blick auf das

VW-Vorab sind jedenfalls in den letzten drei Jahren so gelaufen, dass wir schlicht und ergreifend die Dinge, die im Verwendungsvorschlag stehen, so ausfinanzieren, wie sie im Verwendungsvorschlag sozusagen auf die Schiene gesetzt worden sind.

Zu der Frage, für wie lange die Aufwüchse in den jeweiligen Hochschulbudgets gesichert sind, kann ich nur sagen: Frau Kohlenberg, Sie sind der Souverän, Sie sind diejenigen, die den Haushalt mit verabschieden. Dass das eine langfristige angelegte Angelegenheit ist, mögen Sie daran erkennen, dass wir die Hochschulen ausdrücklich aufgefordert haben - wir haben es geradezu zur Bedingung gemacht -, dieses Geld in unbefristete Stellen - sprich: Professorenstellen - zu investieren. Wenn sie heute einen jungen Professor einstellen, dann wissen sie, wie lange sie ihn im System haben bzw. dass sie Tarifpersonal - im Moment Personen mit befristeten Verträgen - unbefristet einstellen. Das heißt, das ist sozusagen aus unserer Wunschperspektive ein auf lange Sicht zu verstetigender Vorgang. Ich kann Ihnen vergewissern, dass Rot-Grün daran nichts ändern wird.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Wir fahren fort. Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Dr. Pantazis. Bitte!

Dr. Christos Pantazis (SPD):

Sehr geehrte Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung: Wie bewerten die Präsidentinnen und Präsidenten der niedersächsischen Fachhochschulen das Fachhochschulentwicklungsprogramm?

(Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Ich darf noch einmal um etwas Ruhe bitten, bevor ich Frau Ministerin das Wort gebe. - Bitte!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! - Jetzt habe ich die Frage vergessen. Können Sie noch mal ein Stichwort geben? - Ich weiß sie wieder.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das war die Hochschulpräsidenten-Bejubelungsfrage!)

- Ja, genau.

Die Hochschulen sind naturgemäß absolut zufrieden mit diesem Projekt und loben es auch ausdrücklich. Ich will diese Gelegenheit aber nutzen, um umgekehrt auch die Hochschulleitungen bzw. die Hochschulen einmal zu loben.

Dieses Programm ist für Fachhochschulen sicherlich eine Riesenchance. Es war aber auch - das will ich nicht verhehlen - eine ziemliche Herausforderung, innerhalb dieser doch recht kurzen Frist zu entscheiden, welche Studienplätze aus diesen insgesamt 64 Millionen Euro tatsächlich verstetigt werden. Denn wir haben natürlich nicht einfach stumpf die Studienplätze verstetigt, die über den Hochschulpakt aufgebaut wurden, sondern wir haben mit allen Hochschulen dazu lange und intensive Gespräche geführt.

Darin ging es darum, dass die Hochschulen zum einen nachweisen, dass die regionalen Belange und Bedarfe bei der Entscheidung zur Verstetigung berücksichtigt sind. Zum anderen sollten sie nachweisen, dass die Studiengänge, in denen die Studienplätze verstetigt werden sollten, die Hochschulen tatsächlich insgesamt ein Stück weit nach vorne bringen.

Wir haben, um nur das Beispiel der Hochschule in Göttingen zu betrachten, dort den Gesundheitscampus auf den Weg gebracht. Dort starten wir mit einem ganz neuen Programm. Das ist ein tolles Projekt, das zusammen mit der UMG gestartet wird, in dem also Universität und Fachhochschule zusammenarbeiten. Dieses Beispiel wird sicherlich bundesweit Schule machen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

All das war für Hochschulen - in der kurzen Zeit planen und sich damit uns gegenüber, also dem Land gegenüber, verpflichten und damit auch kurzfristig starten - nicht einfach mal so zu machen.

Von daher von dieser Stelle aus mein ganz dickes Dankeschön an die Hochschulleitungen, aber auch an alle, die in den Hochschulen selber mit dazu beigetragen haben, dieses Fachhochschulentwicklungsprogramm so schnell auf die Schiene zu setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt nun Frau Kollegin Joumaah. Das ist Ihre zweite Zusatzfrage, Frau Kollegin.

Petra Joumaah (CDU):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, ich habe folgende Frage an Sie: Gibt es an den Fachhochschulen Studienplätze, die durch Mittel des Hochschulpaktes geschaffen wurden, aber im Rahmen des Fachhochschulentwicklungsprogramms nicht verstetigt werden können?

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Bitte, Frau Ministerin!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch hierauf hatte ich in meinen anfänglichen Ausführungen ausführlich hingewiesen.

Was wir jetzt verstetigen, ist der Aufwuchs im Rahmen der ersten Runde des Hochschulpaktes, der bis 2010 gelaufen ist. Ich hatte in einer Antwort eben auch schon einmal darauf hingewiesen, dass das eine insofern durchaus relevante Bezugsgröße ist, als das die Zahlen sind, die wir auch über 2020 hinaus als KMK-Prognosen haben. Von daher ist es, denke ich, sinnvoll, das tatsächlich so zu begrenzen. Das war übrigens ausdrücklicher Wunsch der Hochschulen. Alle Hochschulen haben uns signalisiert, dass das, was wir jetzt verstetigt haben, womit im großen Stil knapp 350 Professuren bewältigt werden müssen und wofür neue Lehrstühle gebraucht werden, das obere Limit dessen ist, was unsere Hochschulen im Moment schaffen.

Das heißt aber natürlich auch, um Ihre Frage zu beantworten, dass die zusätzlichen Aufwüchse, die im Rahmen der zweiten Runde an die Fachhochschulen gegangen sind, nach jetzigem Stand tatsächlich zeitlich begrenzte Aufwüchse sein werden.

Wie Sie wissen, sind wir im Moment dabei, den Hochschulpakt III zu starten. Genauer gesagt: Er startet ab 2017 und wird 2023 auslaufen. Das sind, jedenfalls nach jetziger Planung, die Kapazitäten, die wir - davon gehen wir aus - schon allein demografisch bedingt auf lange Sicht nicht brauchen werden. Deshalb, so fanden wir, macht es keinen

Sinn, sie zu verstetigen, allemal nicht, wenn wir damit Professorenstellen oder unbefristetes Personal binden, das dann ja auch die Hochschulen auf lange Sicht binden würde.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Freitag, der 13., kann auch ein Glückstag sein: Brille und Handy sind wiedergefunden worden. Sie können Ihre Suche also einstellen.

Wir fahren jetzt fort. Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Hilbers.

Reinhold Hilbers (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, vor dem Hintergrund, dass Sie hier die 64 Millionen Euro, die Sie verstetigen wollen, erwähnt haben und Sie diese zurzeit überwiegend aus dem Hochschulpakt finanzieren, will ich die Frage stellen: Wie ist die Anschlussfinanzierung für diese verstetigten 64 Millionen Euro geplant, wenn der Hochschulpakt ausläuft?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Hilbers. - Bitte, Frau Ministerin!

(Unruhe)

- Ich darf Sie noch einmal um Ruhe bitten.

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Lieber Herr Hilbers, sie werden selbstverständlich aus Landesmitteln finanziert. Das ist ja der Clou. Denn sonst würden wir die Entfristung der Stellen nicht hinbekommen,

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das haben Sie auch nicht getan!)

und wir könnten keine knapp 350 Professorenstellen, also Lehrstühle, neu schaffen. Genau das werden wir 2016 mit knapp 300 Professorenstellen und, ich glaube, 44 im Jahr 2017 tun. In einem etwas geringeren Finanzvolumen wird dann im Moment noch befristet angestelltes Tarifpersonal unbefristet eingestellt werden. Das heißt, bevor wir dieses Fachhochschulentwicklungsprogramm aufgelegt haben, war es dringend erforderlich, mit den Kollegen vom Finanzministerium klarzustellen, dass das nur dann aufgeht, wenn es jetzt auch die klare Zusage gibt, dies aus Landesmitteln zu finanzieren.

Sie als alter Haushaltsfuchs wissen ja, dass es jetzt ohnehin längst in der Etatisierung, also dort, wo es an den Haushaltsstellen ist, bei den Hochschulen gelandet ist, um genau da auch keinerlei Zweifel zu lassen. Hätten wir das nicht getan, hätten sich die Hochschulen auf dieses Fachhochschulentwicklungsprogramm vermutlich nicht eingelassen, weil es ihnen - das ist sicherlich nachvollziehbar - viel zu unsicher gewesen wäre. Also die ganz klare Zusage: Das ist ein Programm, das ausdrücklich - das ist ja Sinn und Zweck dieses Fachhochschulentwicklungsprogramms - über den Hochschulpakt hinaus umgesetzt und finanziert werden soll, muss und wird.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Oesterhelweg.

(Unruhe)

- Ich darf Sie alle bitten, das Gemurmel wieder etwas einzustellen.

Frank Oesterhelweg (CDU):

Herzlichen Dank. - Frau Präsidentin! Frau Ministerin, wie hoch sind die für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 vorgesehenen Investitionen im Hochschulbau an der Ostfalia an den Standorten Wolfenbüttel und Salzgitter?

(Zustimmung von Björn Thümler [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Oesterhelweg. - Frau Ministerin antwortet Ihnen gleich. Bitte, Frau Ministerin!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Ich habe eben schon gesagt, dass das Fachhochschulentwicklungsprogramm nicht zwangsläufig zusätzliche oder neue Baumaßnahmen auslöst. Im Moment kann ich Ihnen jenseits der klassischen Baumittel, die der Hochschule zugewiesen werden, aus dem Stegreif nicht sagen, was dort für die nächsten Jahre möglicherweise ansteht. Ad hoc jedenfalls ist mir keine größere Maßnahme - etwa ein neues Institut oder ein neues Bibliotheksgebäude - erinnerlich.

Wir haben aber natürlich den Hochschulen mit dem sogenannten HP-INVEST, dem Hochschulpakt Invest, 115 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt, um Investitionen vorzunehmen. Es gibt bereits eine Klärung mit den Hochschulen, für

welche Maßnahmen diese Mittel eingesetzt werden. Das sind für die Hochschule Wolfenbüttel 11 Millionen Euro.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: In Wolfenbüttel oder in Salzgitter? Oder gilt das insgesamt?)

- Für Salzgitter weiß ich es jetzt nicht so genau. Für Wolfenbüttel kann ich es Ihnen auch nicht genau sagen. Ich weiß auf jeden Fall, dass große Teile dieser Mittel nach Wolfsburg gehen sollen, wo die Fachhochschule eine Art Gesundheitscampus eröffnen will. Dahin wird das Gros der Mittel fließen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Thümler. Bitte!

Björn Thümler (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, in Ergänzung der Frage von Herrn Oesterhelweg würde mich interessieren, wie hoch die Investitionsmittel für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 im Hochschulbau für den Bereich der Jadehochschule mit den Standorten Elsfleth, Wilhelmshaven und Oldenburg sind.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Frau Ministerin!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Eine Vorbemerkung spare ich mir. Ich weise jetzt nur auf das hin, was diese Hochschule im Rahmen des Hochschulpaktes Invest bekommt. Das sind 10 Millionen Euro. Die werden im Wesentlichen in eine Mensa in Wilhelmshaven fließen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Hillmer.

(Christian Dürr [FDP]: Also nichts in Oldenburg, Frau Ministerin? - Gegenruf von Ministerin Dr. Gabriele Heinen-Kljajić: Überall!)

- Herr Kollege Dürr, Sie haben auch die Möglichkeit, die Frage von hier aus zu stellen.

Jörg Hillmer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, wie erklären Sie, dass Sie auf der einen Seite mit dem Hochschulpakt vorübergehend geschaffene Studienplätze jetzt langfristig im Umfang von ungefähr einem Drittel Überkapazitäten in den vorhandenen Gebäuden versteigen und Sie auf der anderen Seite in Ihren Haushaltsplanungen die Investitionen für die Fachhochschulen um 80 % reduzieren?

(Zustimmung bei der CDU - Björn Thümler [CDU]: Eine sehr gute Frage!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bitte, Frau Ministerin!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Hillmer, das ist mitnichten der Fall. Ich habe gerade vorgelesen, dass wir 100 Millionen Euro aus dem Hochschulpakt Invest in die Hochschulen geben.

(Jörg Hillmer [CDU]: Sie kennen ja Ihre eigenen Zahlen nicht!)

- Ich kenne meine Zahlen sehr wohl. Aber ich erkläre Ihnen gerne einmal, wie das an dieser Stelle mit der Haushaltssystematik funktioniert.

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Der versteht das nur nicht! Das ist das Problem!)

In den Haushaltstiteln Bau sind natürlich immer nur die Maßnahmen veranschlagt, die im Moment laufen. Wenn Sie sich die Mühe machen würden, einmal in die Haushaltspläne der vergangenen Jahre zu gucken, dann würden Sie feststellen, dass da ständig - egal ob bei Fachhochschulen, Universitäten oder wo auch immer - laufende Schwankungen sind, was einfach damit zu tun hat - - -

(Jörg Hillmer [CDU]: Nachhaltig um 80 % gekürzt!)

- Nein, das ist einfach falsch. Sie können es 100-mal sagen, aber es ist falsch.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Frau Ministerin! - Herr Kollege Hillmer, Sie sollten jetzt der Ministerin die Möglichkeit geben, auf Ihre Frage zu antworten. Sie können dann sehr gerne eine zweite Zusatzfrage

stellen, wenn Ihnen die Antwort nicht ausreicht. Aber jetzt hat erst einmal die Frau Ministerin das Wort.

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Das ist einfach immer die Frage: Welche Maßnahmen sind gerade veranschlagt, und welche sind nicht veranschlagt? Dies hat mit Kürzungen nichts zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Jasper. Das wäre dann Ihre zweite Zusatzfrage, Herr Kollege.

Burkhard Jasper (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zur Finanzierung des Fachhochschulentwicklungsprogramms habe ich noch eine Frage. Ich habe aufgepasst, und mir ist auch klar: Die 64 Millionen Euro sind Landesmittel. - Sie haben aber gerade auch auf EU-Mittel hingewiesen. Mir ist noch nicht klar: Wie ist das Verhältnis von Bundes-, Landes- und EU-Mitteln bei diesem Programm? - Vielleicht können Sie mir da weiterhelfen.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bitte, Frau Ministerin!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! EU-Mittel sind im Forschungsbereich. Die Zahlen hatte ich bereits genannt. Im Bereich EFRE haben wir 50,4 Millionen Euro, die klassisch von der EU kommen, gegenfinanziert mit 40,32 Millionen Euro.

Was die Bundesmittel angeht, so haben wir - solange wir die Studienplätze im Rahmen des Hochschulpakts zur Anrechnung anmelden können, was wir mit vielen Maßnahmen und Studienplätzen machen können und was auch alle anderen Bundesländer machen; so ist das System nun einmal angelegt - an dieser Stelle auch mittelfristig eine anteilige Finanzierung des Bundes, so wie die Verteilungsschlüssel im Hochschulpakt sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die nächste Zusatzfrage stellt nun Herr Kollege Thiele. Bitte!

Ulf Thiele (CDU):

Frau Präsidentin! Frau Ministerin, zu den Investitionen in Leer haben Sie schon ein bisschen etwas angedeutet. Könnten Sie dem Parlament und mir persönlich bitte Auskunft darüber geben, welche konkreten Baumaßnahmen an den beiden Fachhochschulstandorten der Fachhochschule Emden/Leer geplant sind, also auch die für Emden und im Detail die für Leer?

Vielen Dank.

(Zustimmung von Björn Thümler [CDU]
- Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Macht eine Sammelfrage! Das wird dann einfacher! - Gegenruf von Ulf Thiele [CDU]: Das ist *eine* Hochschule!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Frau Ministerin!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

7 Millionen Euro stehen zur Verfügung. Ein Teil davon - jedenfalls nach dem, was wir bisher mit der Hochschule verabredet haben - wird in das Technikum in Leer fließen. Wie die dann noch verbleibenden Mittel aufgeteilt werden, ist zurzeit noch nicht geklärt.

(Zuruf von Ulf Thiele [CDU] - Gegenruf von Johanne Modder [SPD]: Ist das eine Nachfrage?)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Thiele, es wäre einfacher, wenn Sie sich noch mal zu Wort melden würden. Sie haben die Möglichkeit, eine zweite Frage zu stellen.

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Ich versuche, es einmal zu erklären. Also: 7 Millionen Euro stehen der Hochschule Emden/Leer zu. Die Hochschule macht uns Vorschläge, was sie damit machen kann. Das ist ein Stück weit insofern reglementiert, als es nur sogenannte kleine Maßnahmen sein dürfen bzw., wenn es große Maßnahmen sind, nur bis zu einem bestimmten Umfang.

Anschließend führen wir mit den Hochschulen Gespräche darüber, welche Maßnahmen sinnvoll sind und welche nicht. Da dies Mittel aus dem HP-Invest sind, also Hochschulpaktmittel, müssen sie den Kriterien gerecht werden, die der Bund als anrechnungsfähig betrachtet. Nach diesen Kriterien wird entschieden, welche Maßnahmen hineinkommen und welche nicht. Das ist, wie gesagt, bisher das Technikum in Leer, wobei ich jetzt, offen gestanden, nicht parat habe, wie viel das von den 7 Millionen Euro ausmacht. Das ist nach meiner Erinnerung nicht alles. Aber das ist eine große Maßnahme, die wir bisher mit der Hochschule vereinbart haben.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Hillmer. Das ist Ihre zweite Zusatzfrage.

Jörg Hillmer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, in Anbetracht der Tatsache, dass Sie das Fachhochschulentwicklungsprogramm zum großen Teil auch aus Hochschulpaktmitteln finanzieren, die ja 50 : 50 zwischen Bund und Land finanziert sind, frage ich Sie: Wie erklären Sie, dass in Ihrer Regierungszeit der Anteil des Landes weit hinter die eigentlich erforderlichen 50 % zurückfällt und Sie es dann der Nachfolgeregierung überlassen, dies wieder aufzufüllen?

(Zustimmung bei der CDU - Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Herr Hillmer, ich glaube, Sie verstehen das nicht! - Gegenruf von Jens Nacke [CDU]: Sie haben nur noch zwei Jahre! Vergessen Sie das nicht!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte Frau Ministerin!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Qualität der Frage will ich jetzt gar nicht groß kommentieren. Aber ich bitte Sie, lieber Herr Kollege: Jede Entscheidung, die wir treffen, die entweder eine Aufstockung, eine Kürzung oder eine Verstetigung des Haushalts zur Folge hat, ist selbstverständlich auch in den Folgejahren wirksam. Der Landtag ist der Souverän, der diese Frage zu beantworten hat.

(Jörg Hillmer [CDU]: Geben Sie jetzt dem Landtag die Schuld?)

- Ich gebe überhaupt niemandem die Schuld, Herr Hillmer.

Wo ist denn der Kollege Hilbers? - Er ist gerade nicht hier. Aber er würde mir mit Sicherheit zustimmen, dass es doch verrückt wäre, wenn wir jetzt sagen würden: „Wir machen ein Maßnahmenpaket von 64 Millionen Euro“, wir also Geld in die Fachhochschulen geben, während wir nach den gegebenen Regularien des Hochschulpakts die Möglichkeit haben, auch andere Maßnahmen in dem Hochschulpakt zur Anrechnung zu bringen.

Es ist ja nicht so, dass wir vom Bund die Hälfte des Geldes dafür bekommen, weil irgendjemand kommt und uns die Hälfte dieser Mittel aus Bundesmitteln gibt. Vielmehr funktioniert es umgekehrt: Der Bund gibt seine Mittel hinein, und wir - - -

(Jörg Hillmer [CDU]: Sie Ihre nicht!)

- Herr Hillmer, hören Sie mir doch zu! Ich erkläre Ihnen gerne, wie das funktioniert.

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Ich sage doch, der versteht das nicht!)

Wir bringen diese Studienplätze in Anrechnung. Die bringen wir deshalb in Anrechnung, lieber Herr Hillmer - - - Ich bin erstaunt. Ich glaube, Sie sind schon ziemlich lange im Wissenschaftsausschuss und müssten es eigentlich wissen.

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Der muss einen anderen Ausschuss nehmen! Der versteht das nicht!)

Aber ich erkläre es gerne noch einmal: Alle Studienplatzkapazitäten, die wir nach 2005 aufgebaut haben - egal an welcher Stelle -, können wir im Hochschulpakt zur Anrechnung bringen. Das machen wir auch mit all den anderen Studienplätzen, die wir in der - - -

(Jörg Hillmer [CDU]: Das ist nicht die Frage!)

- Doch, natürlich ist das die Frage.

Das gilt auch für alle anderen Studienplätze. Genauso wie wir EU-Mittel aus EFRE für die Forschung nutzen, nutzen wir selbstverständlich auch Mittel des Bundes im Rahmen des Hochschulpakts. Wir fordern den Bund immer wieder auf, hier Verantwortung für den Hochschulbereich zu zei-

gen. Der Hochschulpakt ist ein Bereich, in dem das gelungen ist.

Ich bitte Sie: Sie wollen mir doch jetzt nicht allen Ernstes sagen, dass es nicht klug sei, diese Mittel auch im Hochschulpakt anzurechnen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Das hat er aber nicht gefragt, Frau Präsidentin!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Fragestunde für diesen Tagungsabschnitt beendet.

Die Antworten der Landesregierung zu den Anfragen, die jetzt nicht mehr aufgerufen werden konnten, werden nach § 47 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung zu Protokoll gegeben. Sie stehen Ihnen in Kürze im Intranet und im Internet als unkorrigierte Drucksache elektronisch zur Verfügung.¹

Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 35 und 36 auf, die wir vereinbarungsgemäß zusammen behandeln

Tagesordnungspunkt 35:

Erste Beratung:

Die Landesregierung muss regelmäßig und transparent aktuelle Zahlen zur Flüchtlingskrise zur Verfügung stellen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/4516

Tagesordnungspunkt 36:

Erste Beratung:

Menschen in Not helfen, Zuwanderung ordnen und steuern, Integration sichern! - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/4517 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/4594

Sofern der ursprüngliche Antrag in der Drucksache 17/4517 in den Ausschuss überwiesen wird, gilt dies auch für den Änderungsantrag in der Drucksache 17/4594.

Zur Einbringung erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Thümler das Wort. Bitte!

¹Die Antworten zu den Anfragen 2 bis 54 und 56 bis 57, die nicht in der 80. Sitzung des Landtages am 13. November 2015 behandelt und daher zu Protokoll gegeben wurden, sind in der Drucksache 17/4595 abgedruckt.

Björn Thümler (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Asyl- und Flüchtlingspolitik steht einmal mehr im Zentrum der aktuellen Debatte, nicht nur hier im Niedersächsischen Landtag, sondern in der gesamten Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus, so denke ich, auch in der gesamten Europäischen Union.

Die anhaltend hohen Flüchtlingszahlen belegen, dass es einen unverändert hohen Handlungsdruck gibt, was die Politik in Berlin, aber auch die Politik hier in Hannover und letztlich auch die Politik in den Kommunen angeht.

Es geht einerseits darum, den Menschen, die in Not sind, wirksam zu helfen und sie menschenwürdig unterzubringen. Andererseits geht es darum, wieder mehr Ordnung und Steuerung in das Asylverfahren zu bringen, mit dem Ziel, mittelfristig zu deutlich sinkenden Flüchtlingszahlen zu kommen.

Mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz - dem die rot-grüne Landesregierung aus Koalitionsrason ihre Zustimmung verweigert hat - hat der Bund erste dringend notwendige Maßnahmen zur Bewältigung der derzeitigen Flüchtlingssituation eingeleitet. Das Gesetz hilft den Kommunen und den Ländern dadurch, dass sich der Bund nun dauerhaft an den Kosten beteiligt. Das Gesetz hilft auch, die Verfahren für Asylsuchende aus sicheren Herkunftsstaaten zu beschleunigen. Es hilft ebenso, die Zahl an Wirtschaftsflüchtlingen deutlich zu reduzieren und durch den Grundsatz des Wegfalls der Geldleistungen und den Vorzug der Sachleistungen dies auch deutlich zu unterstreichen.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, eine ganz kurze Unterbrechung, Herr Thümler! - Es scheint hier einen hohen Gesprächsbedarf zu geben. Ich bitte die Kollegen und Kolleginnen, die nicht der Debatte folgen wollen, sich aus dem Plenarsaal zu begeben. - Bitte, Herr Thümler!

Björn Thümler (CDU):

Das allein reicht jedoch bei Weitem nicht aus. Deshalb sind auch die Beschlüsse des jüngsten Koalitionsgipfels von CDU, SPD und CSU ein weiterer wichtiger Meilenstein auf dem Weg, wieder zu geordneten Verhältnissen zu kommen und in der derzeitigen Flüchtlingssituation mit Maßnahmen

gegenzusteuern, die unserer Rechtsordnung entsprechen.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir begrüßen ausdrücklich die Schaffung von besonderen Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern mit Wiedereinreisesperre bei Folgeanträgen ohne Mitwirkungsbereitschaft. Wichtig ist, dass dort in Anlehnung an das Flughafenverfahren beschleunigte Asylverfahren durchgeführt werden und dabei auch eine verschärfte Residenzpflicht gelten wird.

Ich freue mich, dass diese besonderen Einrichtungen inzwischen auch bei der SPD begrüßt werden.

(Zuruf von Minister Boris Pistorius)

- Sie begrüßen das natürlich nicht, lieber Herr Innenminister; denn inhaltlich waren Sie ja immer ganz anderer Auffassung darüber, was da passieren soll. Das, was jetzt semantisch verbrämt als „besondere Aufnahmeeinrichtungen“ bezeichnet wird, sind nämlich nichts anderes als Transitzonen, nur dass sie sich nicht an der Außengrenze, sondern im Inland befinden.

(Zurufe von der SPD)

Zu lange hat sich die linke Sphäre der deutschen Politik diesem Problem nicht wirklich gestellt und aktiv daran mitgearbeitet, dass es zu vernünftigen Lösungen kommt. Das gilt insbesondere für sehr schlaue Politikerinnen und Politiker, die jeden Tag neu erzählen, was man alles machen könnte, aber keinen wirklich konkreten Lösungsvorschlag auf den Tisch legen. Das muss jetzt abgestellt werden, damit wir zu geordneten Verhältnissen kommen.

Ob Sie es hören wollen oder nicht: Angela Merkel hat diesbezüglich einen klaren Kompass.

(Johanne Modder [SPD] und Anja Piel [GRÜNE]: Nein!)

Das mag uns und insbesondere Ihnen nicht gefallen.

(Johanne Modder [SPD]: Der eigenen Partei nicht! Das ist eine schöne Geschichte!)

Aber Ihr Bundesvorsitzender hat gerade heute wieder eine ganz schlaue Feststellung getroffen. Wissen Sie, wie sie lautet? - Sie lautet: „Der Zustrom der Flüchtlinge muss begrenzt werden.“ - Großartig, der Mann! Er sagt aber nicht, wie.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

So etwas kann ich auch. Ich kann auch sagen, der Zustrom muss begrenzt werden. Prima, dann bekomme ich Applaus von allen Seiten. Aber die Antwort darauf, wie das gehen soll, bleibt Herr Gabriel schuldig.

Ich sage Ihnen: Frau Merkel weiß genau, wie es zu machen ist. Seien Sie sicher, dass sie die Situation im Griff hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN - Helge Limburg [GRÜNE]: Sagen Sie das Herrn de Maizière und Herrn Schäuble! Ihre eigene Partei ist es, die die Bundeskanzlerin angreift!)

- Sie brauchen sich hier nicht aufzuregen. Die entscheidende Frage ist, ob es gelingt, die Dinge innenpolitisch, europapolitisch und außenpolitisch so miteinander zu verknüpfen, dass sie genau die Wirkung entfalten, die sich entfalten muss. Insofern sind auch die Maßnahmen, die Thomas de Maizière ergriffen hat und ergreifen will, vollkommen richtig. Darüber gibt es in der Bundesregierung auch keinen Dissens, zumindest nicht, was die Unionsseite angeht.

Meine Damen und Herren, ich halte es für wichtig, dass wir uns gelegentlich einmal vergegenwärtigen, wie es denn in der Vergangenheit gewesen ist. Aus der Vergangenheit kann man schließlich für die Gegenwart und für die Zukunft lernen. Wir sollten häufiger schauen, was kluge Köpfe bereits vor mehreren hundert Jahren gesagt haben.

Ich habe einmal in den Unterlagen nachgeschaut, die ich noch aus meinem Studium habe, was z. B. Immanuel Kant zu einer solchen Debatte, wie wir sie heute über den Umgang mit Flüchtlingen führen, gesagt hat. Immanuel Kant hat - und das ist schon bestechend - im dritten Definitivartikel seiner wegweisenden Schrift „Zum ewigen Frieden“ gesagt, dass Flüchtlinge ein Besuchsrecht haben, dass Flüchtlinge aber auch abgewiesen werden können, wenn es ohne ihren Untergang, so schreibt er dort, möglich ist.

Im „Ewigen Frieden“ sucht Kant nach den Bedingungen für stabile und friedliche Verhältnisse. Dazu zählt er auch das Recht der Hospitalität: Staaten dürfen Besucher durchaus ablehnen, aber eben nicht gewaltsam und nicht, wenn es zu deren Leid wäre. Das gilt für alle Menschen, ob Flüchtlinge, Touristen, Geschäftsreisende oder Philosophen: Solange sie sich freundlich verhalten, muss

sich auch der Staat mit ihrem Aufenthalt freundlich auseinandersetzen und sie freundlich behandeln. Es bleibt also ein Besuchsrecht und kein Gastrecht. - Das hat der große Philosoph Kant bereits vor über 200 Jahren aufgeschrieben.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Reden Sie doch einmal über unsere Verfassung, Herr Thümler!)

Das ist der Geist der europäischen Aufklärung, und genau dieser Geist spricht auch aus dem Antrag, den wir vorgelegt haben, nicht mehr und nicht weniger. Das sollten Sie sich gelegentlich einmal anschauen.

Und wenn Sie wieder dazwischenschreien, Frau Polat, kann ich Ihnen sagen:

(Helge Limburg [GRÜNE]: Der Zwischenruf gehört dazu, Herr Thümler!)

Die Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland und die Genfer Flüchtlingskonvention basieren genau auf diesem Geist der Aufklärung. Das, meine liebe Frau Polat, sollten Sie sich endlich einmal hinter die Ohren schreiben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Helge Limburg [GRÜNE]: Gerade Frau Polat braucht keine Belehrungen, und schon gar nicht von Ihnen!)

Im Übrigen bildet gerade dieser Geist der europäischen Aufklärung das Grundfundament aller demokratischen Parteien in Deutschland. In dieser Frage gibt es keinen Dissens, sondern einen breiten Konsens. Auf dieser Basis sollten wir auch miteinander diskutieren. Er sollte sogar Basis unseres politischen Handelns sein.

Die SPD hat sich in der aktuellen Asyldebatte inzwischen der Realität angenähert, übrigens ganz im Sinne der Kant'schen Lehre. Mancher Amtskollege von Herrn Weil konnte sich mit dieser Auffassung bei seinem jeweiligen Koalitionspartner inzwischen auch durchsetzen. Das, was Frau Kraft, Frau Dreyer und Herrn Albig gelungen ist, nämlich sich von ihrem Koalitionspartner so weit zu emanzipieren, dass am Ende nicht der Schwanz mit dem Hund wackelt, sollte auch dieser Landesregierung noch gelingen - weil es staatspolitisch notwendig ist, jetzt das Richtige zu tun und den Kurs der Bundesregierung zu unterstützen.

Meine Damen und Herren von SPD und Grünen, Ihre Verweigerung, dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz im Bundesrat die notwendige Zustimmung zu geben, hat Sie nicht nur in der Bun-

desrepublik Deutschland und in Niedersachsen der Lächerlichkeit preisgegeben - auch international wird so etwas durchaus beobachtet. Es schwächt die Position von Niedersachsen bei Verhandlungen.

In dieser Situation ist es überaus wichtig, dass wir eine handlungsfähige Landesregierung haben. Dass unsere Landesregierung handlungsfähig ist, können wir aber gerade nicht erkennen. Ich wiederhole es: Hier wedelt der Schwanz mit dem Hund, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Statt die vom Bundesgesetzgeber geschaffenen Möglichkeiten zur Erleichterung der Rückführung ausreisepflichtiger Asylbewerber zu torpedieren, sollten Sie, ähnlich wie Baden-Württemberg es jetzt vorhat, die organisatorischen Grundlagen für die, ich betone, rechtsstaatlich gebotene Rückführung schaffen. Um nichts anderes geht es. Das wird von Ihnen verlangt, und das müssen Sie liefern.

(Beifall bei der CDU)

Wer es versäumt, die rechtskräftig abgelehnten und damit ausreisepflichtigen Asylbewerber zeitnah zurückzuführen, untergräbt nicht nur das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat, nein, er trägt auch unweigerlich dazu bei, dass die Akzeptanz der Bevölkerung auch bei der Aufnahme von wirklich Schutzbedürftigen zusehends schwindet. Auch das müssen Sie sich immer vergegenwärtigen, meine Damen und Herren. Der Ruf „Alle herein!“ kann nicht funktionieren, wenn nicht auch wieder welche herausgehen, nämlich die, die nach unserer rechtsstaatlichen Ordnung nicht hierbleiben dürfen. Alles andere untergräbt die gemeinsame Basis und schadet der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und dem freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat die Beschlüsse des jüngsten Koalitionsgipfels zur Asylpolitik wieder einmal uneingeschränkt begrüßt. Herr Ministerpräsident, wir werden Sie an Ihrem Wort messen. Wir erwarten, dass die Landesregierung die Gesetzesänderungen im Bundesrat unterstützt. Wir erwarten, dass Sie alle weiteren notwendigen Maßnahmen des Bundes ebenfalls konstruktiv begleiten und dass alle Hemmnisse einer Zusammenarbeit von landes- und bundes- und kommunalpolitischen Behörden, angefangen bei der Schnittstellenproblematik, über die wir ges-

tern schon etwas gehört haben, die aber nicht unbekannt ist, bis hin zu Datenschutzfragen, die ein gemeinsames Miteinander dieser Ebenen verhindern, unverzüglich behoben werden. Daran kann nicht nur der Bund allein arbeiten, da ist auch die Mitwirkung der Länder und der Kommunen gefordert, meine Damen und Herren. Das müssen Sie liefern und dürfen sich dem nicht verweigern.

(Beifall bei der CDU)

Schließlich haben Sie, Herr Weil, unmittelbar nach der Bundesratssitzung im Oktober in der HAZ das Versprechen abgegeben, dass die Enthaltung Niedersachsens ein Einzelfall bleiben wird. Ich zitiere aus der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 17. Oktober 2015:

„Entscheidend ist aber, ob es sich um einen einmaligen Vorgang handelt oder ob das jetzt häufiger zu befürchten ist. Letzteres hielte ich für außerordentlich negativ.“

Das war schon eine starke Ansage an Ihren Koalitionspartner. Allerdings lässt mich der Verlauf des Landesparteitages der Grünen vom vergangenen Wochenende daran zweifeln, dass Ihre ernste Ermahnung bei Ihrem Koalitionspartner in irgendeiner Form auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Die Grünen haben ja die Eigenschaft, nicht einmal auf ihre eigenen Kommunalpolitikerinnen und -politiker zu hören. So skandierte man „Aufhören, aufhören!“, als Herr Jordan die Lebenswirklichkeit aus der kommunalen Praxis vorgetragen hat.

(Widerspruch bei den GRÜNEN - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich glaube nicht, dass das so geht. Das geht deswegen nicht, weil Sie sich der Realität, die die Kommunen derzeit erleben, nicht verweigern dürfen, sondern trotz weltbildlich anderer Voraussetzungen endlich einmal zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Situation angespannt ist. Deswegen: Ändern Sie endlich Ihren Kurs in dieser verfehlten Politik, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Entscheidend ist - wir haben das heute Morgen bei der kurzen Unterrichtung durch den Innenminister wieder gehört -, dass auch die Abgeordneten dieses Hauses nicht nur regelmäßig und ausführlich über die relevanten Zahlen hinsichtlich der Asylbewerber, die hier sind, unterrichtet werden - wer ist registriert, wer ist nicht registriert? -, sondern auch über die Lage insgesamt. Denn die Lageberichte bekommen wir eben nicht, Herr Minister.

Deswegen ist es schwierig, ein genaues Bild von dem zu haben, was Sie hier gerade zum Camp Fallingbommel vorgetragen haben. Sie haben es aber in der Hand, das zu ändern.

In diese Richtung geht unser Antrag. Nur mit Transparenz und Überblick wird es gelingen, dass alle Ebenen - von der Kommune über das Land bis zum Bund - genau wissen, was zu tun ist, um die richtigen Entscheidungen zu treffen. Deswegen: Geben Sie sich einen Ruck! Geben Sie diese Daten heraus! Unterrichten Sie den Niedersächsischen Landtag regelmäßig, nicht monatlich, sondern wöchentlich, damit wir auch hier eine gemeinsame Basis haben.

(Beifall bei der CDU)

Das ist auch deshalb entscheidend, weil die Kolleginnen und Kollegen häufig vor Ort gefragt werden. Und Sie wissen selbst: Für einen Politiker ist nichts schwieriger, als keine richtige Antwort geben zu können, sondern um ein Thema herumreden zu müssen.

Herr Innenminister, Sie haben gesagt, dass die Aufnahmemöglichkeiten endlich sind. Aber das bedeutet doch, dass abgelehnte Asylbewerber konsequent zurückgeführt werden müssen. Das ist auch keine Bösartigkeit, wie es der Union immer unterstellt wird, sondern das ist im Sinne einer wirkungsvollen Unterstützung Hilfesuchender notwendig. Abgelehnte Asylbewerber zurückzuführen heißt, das geltende Recht in Deutschland umzusetzen. Und wenn man geltendes Recht zur Anwendung bringen will, dann ist man noch lange kein Rechtsradikaler oder Ähnliches, sondern dann achtet man darauf, dass die Ordnung in diesem Lande aufrechterhalten bleibt. Das ist die Entscheidung, meine Damen und Herren, darauf haben die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land einen Anspruch.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich sage Ihnen zum Schluss: Die Zeit ideologischer Träumereien ist vorbei. Je eher Sie sich der Wirklichkeit stellen, umso schneller werden wir auch hier im Niedersächsischen Landtag in der Flüchtlingsfrage zu einem parteiübergreifenden Konsens kommen. Sie müssen sich nur von Ihren zum Teil weltfremden Ideologien verabschieden, dann werden wir diesen Weg gemeinsam gehen können.

Damit wiederhole ich zum dritten Mal unser Angebot, in dieser Frage gemeinsam vorzugehen. Wenn Sie auf uns zukommen, werden wir mit Ihnen ordentlich darüber sprechen. Nutzen Sie

diese Gelegenheit! Sie haben im Moment nicht einmal Ihre Einstimmenmehrheit. Deswegen verbaseln Sie diese Chance nicht!

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Thümler. - Für die SPD-Fraktion hat nun das Wort Herr Kollege Lynack. Bitte!

(Reinhold Hilbers [CDU]: Nicht Herr Watermann?)

- Das bedarf nicht Ihrer Kommentierung, Herr Hilbers!

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das weiß ich! Trotzdem habe ich es gemacht!)

- Ich darf Sie um Ruhe bitten! - Bitte, Herr Lynack!

Bernd Lynack (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Thümler, machen Sie sich um unsere Einstimmenmehrheit mal keine Sorge. Dass sie stehen könnte, scheint für Sie ja ein echter Albtraum zu sein.

(Björn Thümler [CDU]: Sie haben keine! Das ist das Problem!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, ich habe mich, als ich die Anträge und den Änderungsantrag gelesen habe, gefragt, ob sie nach dem 5. November - Sie sind auf die Ergebnisse des Koalitionsgipfels ja eingegangen, Herr Thümler - noch ernstgemeint sind oder ob Sie nur darauf warten, dass die Kanzlerin auch Ihnen ihr uneingeschränktes Vertrauen ausspricht. Wenn nicht, dann könnte das aber schon bald der Fall sein; denn die Anträge sind auf dem besten Wege, in der Gemengelage zwischen Innenministerium und Kanzleramt auf Bundesebene einen prominenten Platz zu belegen.

Wer dachte, dass nach dem Treffen der Koalitionäre vom 5. November Einigkeit in der Flüchtlingsfrage besteht, wurde schon tags darauf bitter enttäuscht. Der Bundesinnenminister, der noch vor rund einem Jahr den Schutz für syrische Flüchtlinge großzügig erweitern wollte, hat seine Meinung mal wieder über Nacht geändert.

(Widerspruch bei der CDU)

Aber eigentlich ist das ja auch nichts Neues. Wir mussten hier schon im letzten Monat erleben, wie schnell Herr de Maiziere seine Meinung ändern kann.

(Zustimmung von Filiz Polat [GRÜNE])

Ach ja, und die Dublin-Verordnung hat er auch wieder in Kraft gesetzt - und das ohne Kenntnis der Kanzlerin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Egal. Der Minister hat das uneingeschränkte Vertrauen der Kanzlerin, die ihr „Wir schaffen das!“ jedenfalls noch nicht zurückgenommen hat. Donnerwetter! Das nenne ich mal eine freie Interpretation der Richtlinienkompetenz à la CDU.

(Beifall bei der SPD)

Aber wie dem auch sei: Parallelen zu den Anträgen der Union sind eindeutig gegeben. Erst letzte Woche haben wir die Spitzen Ihrer Partei endlich davon überzeugen können, auf Transitzonen zu verzichten - und schon heute müssen wir hier im Niedersächsischen Landtag doch wieder über Dinge debattieren, die Sie, in abgemilderter Form, als Erfolg verkaufen wollen. Aber das lassen wir Ihnen nicht durchgehen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Ist die niedersächsische CDU jetzt eigentlich das gallische Dorf der Union, oder haben Sie in der internen Kommunikation schlichtweg noch Luft nach oben, wie es Ihr Innenminister beschrieben hat? - Die Anträge wirken auf mich jedenfalls wie der erneute hilflose Versuch, irgendwo zwischen Herrn Seehofer, Frau Petry, Herrn Höcke und der Kanzlerin endlich den eigenen roten Faden wiederzufinden.

Schade. Ich hatte gehofft, dass es den meisten von Ihnen tatsächlich um eine sachliche Auseinandersetzung geht. Aber das scheint, wie der gestrige Tag gezeigt hat, dann leider doch nicht der Fall zu sein.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Ja!)

Und wenn Sie hier jetzt auch noch fordern, dass die Landesregierung regelmäßig unterrichten soll, kann ich nur sagen: Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung stellt seit eh und je regelmäßige Zahlen, Daten und Fakten rund um das Thema Asyl und Flüchtlinge zur Verfügung. Der Innenminister hat das heute Morgen übrigens auch noch einmal gesagt. Und auch die Anfragen der Opposition in den Fachausschüssen werden regelmäßig in epischer Breite beantwortet.

Dieses Anliegen in Antragsform mit zwei Beratungen hier ins Plenum und anschließend auch noch in die Beratungen in den Fachausschüssen zu schicken, heißt, gelinde gesagt, doch ein bisschen viel Zeit dafür aufzuwenden - Zeit, die wir für andere Dinge besser nutzen könnten. Aber das sei jedem unbenommen. Die meisten Forderungen haben sich durch den Kompromiss der Koalitionäre vom 5. November sowieso überholt. Ich habe deshalb die Hoffnung, dass wir bei den Antragsberatungen wieder etwas Zeit gutmachen können.

Die Einführung besonderer Aufnahmeeinrichtungen in Anlehnung an das Flughafenverfahren haben die Berliner Koalitionäre bereits vereinbart, und das soll auch umgesetzt werden. Das hat der Innenminister hier vor dem Plenum erklärt. Einheitliche Flüchtlingsausweise und Datenerfassungen sind bereits auf Bundesebene vereinbart, ebenso wie die Residenzpflicht, veränderte Rahmenbedingungen für die Leistungsgewährung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und die Rückführung abgelehnter Asylbewerberinnen und Asylbewerber.

Genauer erklären müssen Sie mir jetzt aber noch, wie eine Strafverfolgung wegen illegalen Grenzübertritts aussehen soll, solange Frau Merkel weiterhin dazu steht - was sie hoffentlich tut -, unsere Grenzen für Flüchtlinge nicht zu schließen. Aber bitte: Die Ausschussberatungen bieten dafür sicherlich noch ausreichend Gelegenheit.

Meine Damen, meine Herren, für die gesamte öffentliche Debatte wäre es hilfreich, wenn der Verweise auf sichere Herkunftsstaaten als Allheilmittel zur Lösung der Flüchtlingsproblematik etwas weniger inflationär eingesetzt werden könnte. Sie wissen genauso gut wie wir, dass diese Gruppe lediglich einen Bruchteil der aktuellen Zahlen ausmacht.

Wiederholen Sie lieber, wie wichtig es ist, die Kapazitäten des BAMF zu erhöhen! Denn nur wenn diese Behörde endlich rundläuft, wird sich auch die Lage vor Ort in den Kommunen entspannen, meine Damen und Herren. Herr de Maizière sollte seine Energie lieber dafür einsetzen, anstatt für die eigenen Wünsche ständig die Berliner Koalition zu strapazieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ein guter Ansatz ist Ihre Forderung zur schnellen Nachregistrierung. Ich bin da ganz bei Ihnen, dass hier jede Hilfe willkommen und notwendig ist. Das Innenministerium hat den Kommunen bereits vor Wochen angeboten, die Notunterkünfte vor Ort selbst zu betreiben und bei der Registrierung mit zu unterstützen. Trotz der zugesagten vollen Kostenerstattung wurde von den Kommunen hiervon bisher leider nur wenig Gebrauch gemacht. Ich denke aber, wir alle können bei unseren Kolleginnen und Kollegen in den Kommunen dafür werben, hiervon doch stärkeren Gebrauch zu machen. Der Hamelner Landrat Tjark Bartels hat, wie ich finde, in vorbildlicher Weise gezeigt, wie gut es funktionieren kann, wenn alle staatlichen Ebenen ihre Kräfte bündeln.

(Björn Thümler [CDU]: Er hat bis heute keinen Vertrag! - Weitere Zurufe von der CDU - Glocke der Präsidentin)

Apropos Kräfte bündeln: Im Hamelner Kreistag ist es übrigens so, dass alle politischen Kräfte an einem Strang ziehen. Daran sollten Sie sich mal ein Beispiel nehmen, meine Damen und Herren.

Ich kann nicht auf alle Punkte Ihrer Anträge eingehen. Deswegen beschränke ich mich zum Schluss auf einen Satz aus der Begründung in der Drucksache 17/4517: „Weiterhin ist sie“ - also die Landesregierung - „aufgefordert, das geltende Recht anzuwenden und durchzusetzen“. - Meine Damen und Herren, ich halte das, gelinde gesagt, für unverschämte. Ist das der plumpe Versuch, zu suggerieren, dass die Landesregierung vorsätzlich gegen geltendes Recht verstößt? - Ich denke, man sollte da doch lieber auf die Bundesebene schauen. Herr Focke hat ja auch schon der Kanzlerin geschrieben, dass er da noch erhebliche Defizite sieht. Ich denke, solche Aussagen sind nicht dazu geeignet, zusätzliche Wählerstimmen zu bekommen. Leider werden davon sicherlich nur andere profitieren.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Anträge machen eines deutlich: Bei der Union sitzt der Stachel noch ziemlich tief, dass sie sich bei der Einrichtung von Transitzone nicht durchsetzen konnte. Aber vielleicht waren die Rufe aus der gallischen - Entschuldigung: aus der niedersächsischen - CDU ja auch noch nicht laut genug, dass Ihnen die Kanzlerin ihr uneingeschränktes Vertrauen ausspricht. Aber seien Sie bitte nicht zu

enttäuscht: Am fehlenden Populismus kann das nicht gelegen haben.

Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Lynack. - Wir fahren in der Beratung fort. Nun hat das Wort für die FDP Herr Kollege Dr. Birkner. Bitte! - Alle anderen darf ich noch einmal um Aufmerksamkeit bitten!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ohne Zweifel stellt der anhaltende Zustrom von Flüchtlingen eine große Herausforderung für Staat und Gesellschaft dar.

Dabei geht es zum einen um die Frage, ob die Rahmenbedingungen stimmen und in welcher Höhe der Zuzug, der hier erfolgt, gesellschaftlich bewältigt werden kann, also um die weiterhin ausstehende Begründung für die Behauptung, dass man das so schaffen werde. Dafür muss man materielle Voraussetzungen definieren - unter welchen Voraussetzungen wollen wir die Zuwanderung denn aus unserem eigenen Interesse heraus? -, und man muss auch darüber nachdenken und diskutieren, wem wir wie lange bei uns Schutz gewähren können.

Ein zweiter Punkt, den man beachten muss - auch wenn sich das nicht ganz scharf voneinander trennen lässt -, ist die Frage nach der Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit der staatlichen Institutionen und auch der Politik.

Wir müssen doch feststellen, dass ungeachtet der politischen Präferenzen - das wird in der SPD genauso sein wie in der CDU; für die FDP kann ich es definitiv sagen; bei den Grünen bin ich mir nicht immer ganz sicher, aber das ist kein Vorwurf, sondern einfach nur eine Feststellung - in der Bevölkerung ein aus meiner Sicht dramatischer Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit der staatlichen Institutionen stattgefunden hat. Davon sind übrigens auch die damit natürlich intensiv befassten kommunalen Verwaltungen nicht ausgenommen. Dieser Vertrauensverlust richtet sich somit insgesamt gegen die demokratisch legitimierten Institutionen.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Die FDP hat gar kein Vertrauen mehr bei ihren Wählerinnen und Wählern!)

Diese anhaltende Überforderung und anhaltende Notstandssituation birgt eine Gefahr in sich, die meines Erachtens nicht unterschätzt werden darf, weil sie am Ende eine Gefahr für die freie Gesellschaft - nämlich für ihre Institutionen - und für die Demokratie in sich trägt und den Nährboden für Extremismus bildet.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen kleinen Moment, bitte, Herr Kollege! - Herr Bode, die Beratungen in der letzten Reihe der FDP-Fraktion stören wirklich. Es spricht Ihr Kollege.

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Vor diesem Hintergrund ist es also notwendig, die Handlungsfähigkeit des Staates wiederherzustellen. Dafür, meine Damen und Herren, ist aber eine entscheidende Voraussetzung, dass die Politik in diesem entscheidenden Punkt beweist, dass sie handlungsfähig ist.

Das gilt natürlich in besonderem Maße für diejenigen, die Verantwortung tragen. Auf Bundesebene ist das eine Große Koalition aus SPD und CDU, die, wie man leider feststellen muss, in dieser entscheidenden Frage jedes Mindestmaß an Einigkeit vermissen lässt. Das gilt aber auch für die Landesregierung, die - das ist vom Kollegen Thümler völlig zutreffend dargestellt worden - nur vorgibt, einig zu sein, und bei der bei den zentralen Punkten - gerade dann, wenn es um die Umsetzung von wichtigen Entscheidungen geht - diese Einigkeit eben tatsächlich nicht gegeben ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das Schauspiel, das wir derzeit in Berlin erleben, wird den Herausforderungen ganz gewiss in keiner Weise gerecht. Das gilt für die SPD genauso wie für die CDU auf Bundesebene. Wenn man diesen Streit über Transit- oder auch Registrierzonen - wie immer man sie auch nennen mag -, über den subsidiären Schutz, den Familiennachzug und die Wiederverwendung der Dublin-Regeln nach außen trägt, dann ist das ganz sicher nicht geeignet, das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik und damit auch der staatlichen Institutionen wiederherzustellen. Im Gegenteil: Es verstärkt den Vertrauensverlust und nährt die Zweifel.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, dabei geht es ausdrücklich nicht darum, dass man sich nicht öffentlich auseinandersetzen und politisch streiten sollte. Das ist notwendig, und das ist gut. Es geht meines Erachtens um die Form, wie das getan wird.

(Vizepräsident Karl-Heinz Klare übernimmt den Vorsitz)

Wenn Herr Stegner Transitzonen als „Internierungslager mit kurzem Prozess“ diffamiert, wenn Herr Schäuble von einer Flüchtlings-Lawine spricht und wenn, mit Verlaub, Sie, Herr Watermann, in der Diskussion der Union ohne irgendeinen erkennbaren Anlass unterstellen, auf kommunaler Ebene die Situation der Flüchtlinge für politische Zwecke zu missbrauchen, dann wird es den Ansprüchen, den Notwendigkeiten und der Ernsthaftigkeit dieser Debatte in keiner Weise gerecht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es schadet auch, wenn die Grünen im Landtag den Ministerpräsidenten bei wichtigen Entscheidungen am Ende im Stich lassen und ins offene Messer laufen lassen. Denn wie man hört, Herr Ministerpräsident, waren die Entscheidungen bei den Grünen längst gegen Sie gefallen. Man hat Sie und den Innenminister aber munter weiterverhandeln lassen. Wenn das der Stil ist, in dem dieses Land regiert wird und mit dem man dieser Krise Herr werden will, dann wird das leider nichts werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss vor diesem Hintergrund zu den Anträgen der Union sagen: Die Beratung wird sicherlich in den Ausschüssen vertieft werden.

Ich glaube sogar, dass Sie, Herr Innenminister, ein eigenes Interesse daran haben, dem Parlament so transparent und so intensiv wie möglich Informationen über die Entwicklung zu geben - von mir aus auch wöchentlich, wenn es die Dynamik der Entwicklung nahelegt. Ich verstehe eigentlich gar nicht, warum es notwendig ist, darüber eine parlamentarische Debatte zu führen. Denn von sich aus sollte das Innenministerium heute hier zusagen, diese Information ab nächster Woche wöchentlich zur Verfügung zu stellen. Dann wäre diese gesamte Debatte überflüssig. Denn es liegt in Ihrem eigenen Interesse, dieses Parlament gut zu informieren, damit dann vor Ort Antworten gegeben werden können. Deshalb finde ich die ablehnende Haltung der SPD hier bedenklich.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Zu dem anderen Antrag ist zu sagen: Der Antrag enthält viele einzelne Punkte. Meine Bitte ist, dass wir über diese Punkte eine sachliche Debatte führen. Der Ministerpräsident hat ausweislich der Presse gestern auch viele andere Dinge noch einmal thematisiert. In Diktion und Richtung unterscheiden sie sich in keiner Weise von dem, was z. B. die CDU jetzt hier vorschlägt. Deshalb, glaube ich, muss man darüber eine sachliche Diskussion führen können.

Wir haben einen eigenen Entwurf zum sogenannten vorläufigen humanitären Schutz eingebracht, der einen Ansatz dazu bietet, viele der Probleme, die wir haben, kurzfristig zu lösen oder zumindest Entlastung zu schaffen. Wir werden diesen Antrag heute noch einbringen und über ihn beraten.

Insoweit danke ich Ihnen zunächst einmal für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Dr. Birkner. - Jetzt hat sich Filiz Polat, Bündnis 90/Die Grünen, zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Filiz Polat (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde mich im Wesentlichen auf den Entschließungsantrag „Menschen in Not helfen, Zuwanderung ordnen und steuern, Integration sichern!“ konzentrieren, den die CDU-Fraktion vorgelegt und heute Morgen mit einem Änderungsantrag überarbeitet hat. Denn über den Gegenstand des anderen Antrages, die Information durch das Innenministerium über Zahlen und Fakten, haben wir schon in der Debatte zur Geschäftsordnung gesprochen.

Meine Damen und Herren, Sie greifen in Ihrem Entschließungsantrag den Beschluss auf, der letzte Woche zwischen den Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD gefallen ist. Interessant ist, welche Punkte dieses Beschlusses Sie in Ihrem Antrag aufgegriffen haben und welche Sie weggelassen haben. Dabei handelt es sich um Punkte, die im Moment zu einer hitzigen Debatte in dieser Gesellschaft führen.

Das Thema Familiennachzug sprechen Sie in Ihrem Entschließungsantrag und in Ihrem Änderungsantrag nicht an. Was hierzu auf Bundesebene vorgeschlagen wurde, sehen wir sehr kritisch und können wir nicht mittragen. Bei uns hat die Familie einen verfassungsrechtlichen Rang. In Bezug auf den Familiennachzug zu Personen, die unter subsidiärem Schutz stehen, ist das Gesetz gerade erst, am 1. August 2015, aufgrund der Qualifikationsrichtlinie der Europäischen Union angepasst worden. Mich würde im weiteren Verlauf der Debatte im Ausschuss interessieren, warum Sie ausgerechnet diesen Punkt weggelassen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

In dieser Debatte - das hat der Kollege Lynack angesprochen - und auch in der gestrigen Debatte zeigt sich, dass die Union im Moment ein wenig chaotisch und handlungsunfähig daherschippert. Die Parteivorsitzenden beschließen eine eng gefasste Änderung beim Familiennachzug - die wir kritisieren -, und am nächsten Tag kommt der Innenminister mit einer weitreichenden Einschränkung des Grundrechts heraus: Syrerinnen und Syrer sollen sozusagen auf subsidiären Schutz heruntergestuft werden, damit sie ihre Familien möglichst nicht mehr nachholen können.

Diesen Punkt hat zu Recht auch Ministerpräsident Weil kritisiert. Und nicht nur wir kritisieren die Wankelmütigkeit und Unkalkulierbarkeit des Bundesinnenministers an dieser Stelle, sondern auch breit aufgestellte gesellschaftliche Akteure wie Kirchen, Wohlfahrtsverbände - hier ist die Arbeiterwohlfahrt zu nennen - und Gewerkschaften.

Meine Damen und Herren, in der *FAZ* wurde eine interessante philosophische Debatte geführt. Herr Thümler, Sie haben in diesem Zusammenhang Immanuel Kant zitiert. Es ist ungewöhnlich, dass Sie Immanuel Kant zitieren.

Aber ich möchte gerne aus einem offenen Brief zitieren, den alle Ordensoberinnen und Ordensoberen des Freistaates Bayern am 11. November an den Ministerpräsidenten Horst Seehofer geschrieben haben. Dieser offene Brief greift den Beschluss vom 5. November auf und enthält folgenden einmütigen Appell der Ordensoberinnen und -oberen:

„Wir stellen auch beschämt fest, wie sehr unser Reichtum auf dem Rücken der Men-

schen in Afrika, Asien und dem Vorderen Orient erwirtschaftet wurde.

Weil wir wissen, dass Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Seehofer, die Meinung der Bevölkerung wichtig ist, richten wir heute das Wort an Sie - wissend, dass viele Menschen alle Kräfte einsetzen, um den Geflüchteten beizustehen.

- Wir appellieren an Sie, dringend von einer Rhetorik Abstand zu nehmen, die Geflüchtete in ein zwielichtiges Licht stellt. Wir plädieren vielmehr dafür, in den politischen Debatten und Entscheidungen die Geflüchteten zuerst als Mitmenschen zu sehen, die als Schwestern und Brüder zu uns kommen und unsere Solidarität brauchen.
- Wir appellieren an Sie, unbedingt von der Maßnahme Abstand zu nehmen, Transitzone und Auffanglager einzurichten. Wir plädieren vielmehr dafür, auch die Asylansprüche von Geflüchteten aus sog. ‚sicheren Herkunftsstaaten‘ individuell und mit einem wohlwollenden Blick auf die Schicksale dieser Menschen zu prüfen. Denn nur die Einzelfallprüfung entspricht dem Grundgedanken unseres deutschen Asylrechts. ...

Als Menschen ist es unsere Pflicht, anderen zu helfen. Als Christinnen und Christen treten wir ein für eine Kultur des Teilens. Als Ordensleute solidarisieren wir uns mit den Geflüchteten in vielfältigen Engagements, Hilfsaktionen und konkreten Initiativen. Damit stehen wir an der Seite aller Menschen guten Willens, die sich in unserem Land so überwältigend für die Geflüchteten einsetzen. Diese Hilfsbereitschaft, dieser oftmals ehrenamtliche Einsatz, der auch ungewöhnliche Anstrengungen nicht scheut, ist unseres Erachtens ein Schatz, mit dem es zu wuchern und Gesellschaft zu gestalten gilt. ...

Abschottung, Grenzen und Begrenzungen sind für uns keine Lösung. Kreativität, guter Wille und eine Mentalität, die dem Teilen mehr zutraut als der Sorge nur für das eigene Wohlergehen, sind für uns zukunftsweisende Wege, für die wir uns einsetzen.“

Meine Damen und Herren, ich zitiere deshalb so ausführlich, weil die Ordensoberinnen und -oberen wirklich auf den Punkt gebracht haben, was wir Ihnen in vielen Debatten zu sagen versuchen:

Wir brauchen eine sachliche Auseinandersetzung. Wir brauchen Maßnahmen nicht zur Begrenzung, sondern zur Steuerung der Migration. Wir dürfen unsere Auseinandersetzung nicht auf dem Rücken bestimmter Flüchtlinge führen. Wir dürfen mit unserer Rhetorik nicht den Eindruck erwecken, dass 1 Million Menschen - welche 1 % der Bevölkerung ausmachen - unser reiches Land überfordern.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Der letzte Punkt, den ich sagen möchte: Wir haben immer gesagt, dass wir eine Entschleunigung brauchen. Denn im Katastrophenmodus, wenn die Menschen innerhalb weniger Monate kommen, können wir das nicht durchstehen.

(Björn Thümler [CDU]: Ach was!)

Den hat aber die Kanzlerin ausgelöst, indem sie die Grenzen geöffnet und Dublin ausgesetzt hat.

(Björn Thümler [CDU]: Das ist falsch! Erzählen Sie doch keine Märchen!)

Dem tragen wir jetzt Rechnung, alle gemeinsam, vor Ort in den Kommunen.

(Björn Thümler [CDU]: Das ist doch ein Märchen, was Sie da erzählen! Sie wissen, warum sie das getan hat!)

Wir müssen jetzt über Maßnahmen sprechen. Wir dürfen aber nicht einfach wieder auf Abschottung setzen, sondern müssen sinnvolle Maßnahmen einführen.

(Björn Thümler [CDU]: Wollten Sie, dass die Flüchtlinge in Ungarn umgebracht werden? Sagen Sie einmal etwas dazu!)

Wir müssen für schnelle Verfahren beim BAMF sorgen und dürfen das BAMF nicht dadurch überfordern, dass wir den Familiennachzug einschränken und Dublin-Rückführungen wieder einführen. Denn das würde nicht helfen, sondern nur zu weiterem Chaos führen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Unerhört ist das!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Polat. - Jetzt hat sich der Innenminister zu Wort gemeldet. Herr Minister Pistorius, bitte schön!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Damen und Herren von der CDU, der Antrag, den Sie hier stellen, verwundert mich, ehrlich gesagt, ein wenig. Sie fordern, die Landesregierung möge den Mitgliedern des Landtags und der Öffentlichkeit mindestens einmal monatlich die relevanten Zahlen zur Flüchtlingssituation zur Verfügung stellen.

Das kann man so interpretieren - so tue ich es einmal -, dass Sie weniger Informationen haben möchten als bisher. Denn faktisch informieren wir in praktisch jeder Innenausschusssitzung; so wurde es mir jedenfalls gesagt.

(Björn Thümler [CDU]: Eben! So wurde es Ihnen gesagt!)

Von daher weiß ich jetzt nicht, warum Sie nur noch monatlich informiert werden wollen.

Tatsache ist: Wir informieren bereits! Wir machen das intensiv. Wir berichten regelmäßig im Plenum, insbesondere im Innenausschuss, und zwar immer wieder über die aktuelle Flüchtlingssituation.

Ich rufe exemplarisch - nur exemplarisch! - ein paar Beispiele in Erinnerung: In der 56. Ausschusssitzung am 28. Mai hat mein Haus über das Flüchtlingskonzept der Landesregierung unterrichtet, darunter auch über die Zahl der Anträge, über die Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtungen, über die aktuellen Belegungszahlen und über vieles mehr. Die diesbezügliche Aussprache wurde in der 58. Sitzung des Innenausschusses am 25. Juni fortgesetzt. Nach der Sommerpause wurde der Innenausschuss in seiner 64. Sitzung am 1. Oktober erneut unterrichtet, außerdem zuletzt am 22. Oktober im Rahmen seiner dann 68. Sitzung.

Ich selbst habe Ihnen zudem zuletzt in der Plenarsitzung am 15. Oktober und in der 70. Ausschusssitzung am 5. November umfangreich die Situation geschildert, einschließlich der Angaben zur Zahl der neu ankommenden Flüchtlinge, zur Anzahl der Plätze in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes und zur Zahl der Förderanträge auf Unterstützung bei freiwilligen Ausreisen.

Auch in dieser Plenarwoche stand das Thema Flüchtlinge an jedem Sitzungstag auf der Tagesordnung.

Wenn es dann noch ein Defizit an Informationen gibt, dann liegt es vielleicht auch daran, dass die Informationspflicht zwar erbracht, aber - wie soll ich es ausdrücken? - die Notwendigkeit, aus Informationen auch Erkenntnisse zu gewinnen, nicht bei jedem entsprechend stark ausgeprägt ist.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, Frau Pieper möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Nein, jetzt nicht.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Nein. - Bitte schön!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Dass wir alle diese Informationen geben, ist kein Zufall. Denn ich halte es - um es sehr deutlich zu sagen - für absolut selbstverständlich und notwendig, das Hohe Haus selbst, aber auch alle Ausschüsse, die das wünschen, über die Entwicklung der Flüchtlingssituation regelmäßig und umfassend zu unterrichten und die notwendigen Informationen zu geben. Das ist mir als Landesinnenminister wichtig. Denn nur dann können wir über die gleichen Dinge reden und uns besser über das streiten, was den einen oder anderen Weg angeht.

(Jens Nacke [CDU]: Warum haben Sie gestern die Hälfte weggelassen?)

Daneben wird auch die Öffentlichkeit regelmäßig und umfassend informiert. Die Mitarbeiter meines Hauses beantworten regelmäßig und umfassend alle Anfragen der Presse und der Medien. Auch hieran ist mir persönlich keine Kritik bekannt, dass dies nicht im ausreichenden Maße erfolge.

Wir informieren auch die Anwohnerinnen und Anwohner der Liegenschaften, die wir zu Notunterkünften umfunktionieren, im Rahmen von Versammlungen. Das ist es, was die Bürgerinnen und Bürger interessiert und was sie zu Recht erwarten.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, ich frage jetzt ganz allgemein. Es liegen zwei Bitten auf Zwischenfragen vor, von

Herrn Dr. Birkner und Frau Pieper. Gestatten Sie diese? - Vielleicht können Sie das generell sagen.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Ich möchte es abkürzen: keine Zwischenfragen.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Keine Fragen, okay.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Im Übrigen informieren wir bei der Einrichtung einer Notunterkunft auch die innenpolitischen Sprecher und die örtlichen Abgeordneten über den Bearbeitungsstand und die Kapazität der Einrichtung.

(Widerspruch bei der CDU)

Von daher sage ich: Wir informieren bereits umfassend, und wir werden das weiterhin aus Überzeugung tun. Natürlich bin ich auch gerne bereit, Ihnen das an dieser Stelle noch einmal darzulegen. Mir liegen die Zahlen vor. Auf jede einzelne Frage können wir Ihnen tagesaktuell antworten. Aber dann müsste ich meine Redezeit überschreiten.

Meine Damen und Herren, wenn Sie den dringenden Wunsch haben, noch mehr informiert zu werden, dann sagen Sie das bitte! Herr Ahlers als Innenausschussvorsitzender tut das. Er hat gesagt, er hätte gerne regelmäßig Informationen über die Flüchtlingszahlen und die Sicherheitslage. Wir haben ihm zugesagt, dass wir das herstellen. Wozu es dann eines Plenarantrags bedarf, meine Damen und Herren, wird auf ewig Ihr Geheimnis bleiben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir informieren, und wir werden keine Informationen schuldig bleiben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister. - Jetzt hat sich Ulf Thiele von der CDU-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Ulf Thiele (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank. Zunächst einmal, Herr Innenminister der Hinweis - Frau Pieper durfte ja leider keine

Zwischenfrage stellen -: Die örtlichen Abgeordneten sind aus dem Verteiler herausgenommen worden. Wenn Sie diese Informationspflicht wieder aufbauen wollen, sind wir Ihnen natürlich sehr dankbar. Es hat durchaus einen Grund, dass wir hier Anträge dazu stellen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben heute nicht auf den Antrag der CDU-Fraktion Bezug genommen. Dafür haben Sie gestern wieder sehr ausschweifend - so wie Frau Polat heute - vor allem Vorwürfe gegenüber dem Bund erhoben, anstatt konstruktiv mitzuarbeiten.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Ich habe Ordensschwestern zitiert!)

An der Stelle möchte ich Ihnen von dieser Stelle aus eines sagen, Herr Innenminister: Jeder kehre vor seiner Tür!

(Zustimmung bei der CDU)

Denn seit Wochen, meine Damen und Herren, haben wir in Niedersachsen die Situation, dass das Land nicht mehr in der Lage ist, ankommende Flüchtlinge in landeseigenen Erstaufnahmeeinrichtungen unterzubringen. Von menschenwürdiger Unterbringung, Herr Innenminister, reden wir hier schon seit Monaten nicht mehr.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

In der Konsequenz zwingt der Innenminister die Kommunen seit mehreren Wochen dazu, die Flüchtlinge anstelle des Landes unregistriert aufzunehmen. Der Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, Marco Trips, hat heute in der *Nordwest-Zeitung* die Dinge dazu auf den Punkt gebracht:

„Ja, das Land hat kapituliert, ausreichend Notunterkünfte zur Verfügung zu stellen. Die Ministerialverwaltung ist der Aufgabe nicht gewachsen. Die machen ordentliche Arbeit, aber die Menge überflutet sie.“

Das ist der Eindruck, den Sie mit Ihrem Ministerium inzwischen in den Kommunen hinterlassen: Das Land hat kapituliert!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von Minister Boris Pistorius)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, es ist klar: Keine Zwischenrufe! Denn Sie können ja jederzeit das Wort ergreifen. - Bitte schön!

Ulf Thiele (CDU):

Und dann lassen Sie die Kommunen am Ende mit der Belastung alleine. Wir haben hier gestern kurz über die finanzielle Belastung meines Landkreises, aber auch vieler anderer gesprochen. Ihre Antwort war ein Schulterzucken - ein Schulterzucken! - unter dem Hinweis, das sei eben eine gesamtgesellschaftlichen Aufgabe und der Teil, den die Kommunen übernehmen müssten. - Das ist ein Schlag ins Gesicht der Kommunen! Denn das Land Niedersachsen - der Ministerpräsident ist leider bei einer solchen Debatte mal wieder nicht hier - ist in Wahrheit dafür verantwortlich, dass diese Kosten übernommen werden. Aber Sie tun es einfach nicht, sondern Sie sagen, die Kommunen sollen für Sie Millionendefizite machen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Städte- und Gemeindebund hat konsequenterweise heute angekündigt, mit Ihnen nachzuverhandeln, weil die bislang ausgehandelten Pauschalen offensichtlich nicht ausreichen. Insbesondere - da bin ich mir sicher - wird es ein Thema sein, dass die nachgeordnete Auszahlung - nämlich zwei Jahre verspätet - die Kommunen völlig überlastet und so nicht bleiben kann. Das sollte Ihnen inzwischen aber auch klar sein.

Meine Damen, meine Herren, es gibt eine ganze Reihe von Beispielen, an denen man deutlich machen kann, wie überfordert alle Beteiligten auch auf der Landesebene sind. Deshalb bitte ich Sie, endlich Ihren Job zu machen, Herr Innenminister, bei der Situation, in der wir inzwischen sind. Die Wahrheit ist doch, dass das Innenministerium für einen Bus, der am Nachmittag in der Kommune mit Flüchtlingen ankommen soll, noch nicht einmal am Vormittag in der Lage ist zu sagen, wer darin sitzt. Da werden syrische Familien angekündigt - die Türen gehen auf, und es sind afghanische Junggesellen im Bus! Genau so hat sich das in meinem Wahlkreis abgespielt und in vielen anderen übrigen auch, Herr Innenminister. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist Ihre Aufgabe. Ich mache Ihren Mitarbeitern keinen Vorwurf! Das ist Ihre Aufgabe. Sorgen Sie endlich dafür, dass Ihr Ministerium dieser Aufgabe in ordentlicher Weise gerecht wird und vernünftig koordiniert, wenn Sie schon die Kommunen mit dieser Aufgabe mehr oder weniger völlig alleine lassen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Frau Polat, wenn der Sozialdezernent der Region Hannover, Ihr Parteifreund, auf Ihrem Parteitag - bemerkenswerterweise unter dem Skandieren von „Aufhören!“-Rufen von Parteifreunden -

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht! - Helge Limburg [GRÜNE]: Das war überhaupt nicht so! Sie waren doch nicht da! - Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Was wissen Sie denn, was bei uns war?)

- Sie waren ja so freundlich, einen Livestream zu schalten. Ein Livestream hat für Sie den Vorteil, dass Sie damit Öffentlichkeitsarbeit machen können,

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Skandieren? Das war ein Zuruf!)

aber auch den Nachteil, dass die gesamte Öffentlichkeit - mich eingeschlossen - miterleben kann, wie gespalten diese Koalition in Wahrheit inzwischen ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Helge Limburg [GRÜNE]: Das liegt an Ihrem selektiven Zuschauen, Herr Thiele!)

An dieser Stelle hat der Sozialdezernent der Region Hannover sehr deutlich gemacht, wie er die Situation einschätzt. Er hat nämlich zwei Dinge gesagt: Erstens hat er gesagt, dass außer der kommunalen Ebene - damit waren auch Sie, Herr Pistorius, und die Landesebene gemeint - inzwischen offensichtlich alle Strukturen unter der Flüchtlingskrise zusammengebrochen sind. Das war ein deutlicher Hinweis an die Ebene, die für die Kommunen zuständig ist. Herr Innenminister, Sie waren bei diesem Parteitag anwesend. Dafür übrigens meinen Respekt! Das war nicht vergnü- gungssteuerepflichtig; das ist mir klar.

(Zustimmung bei der CDU - Anja Piel [GRÜNE]: Der sah nicht so strapaziert aus!)

Zweitens hat Herr Jordan Ihnen, den Grünen, ins Stammbuch geschrieben, dass Sie längst vor den Wohnungen, die er inzwischen gezwungen ist anzumieten, weil er nicht mehr weiß, wohin er mit den Flüchtlingen soll, demonstrieren würden, wenn Sie nicht gerade an der Regierung wären, meine Damen und Herren von den Grünen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Anja Piel [GRÜNE]: Erzählen wir uns jetzt gegenseitig unsere Parteitagsre-

den? Das ist ein merkwürdiger Stil!
Das wird immer wunderlicher!)

Das Versagen hat Konsequenzen. Es hat Konsequenzen für die Flüchtlinge. Das wird genau an diesem Beispiel von Herrn Jordan deutlich, nämlich an der Situation der Unterbringung, mit der wir es inzwischen zu tun haben. Das hat natürlich Gründe. Es hat insbesondere auch Gründe darin, dass das Land jetzt eigentlich selbst eine weitere Aufgabe übernehmen müsste - diese Aufgabe ist essentiell - bei der Frage, ob das, was die Koalitionspartner in der Großen Koalition an Vereinbarungen getroffen, am Ende umsetzbar wird.

(Bernd Lynack [SPD]: Fragen Sie doch mal Herrn de Maizière!)

Ich sage Ihnen mal etwas: Der Innenminister Pistorius hat Ihnen ja auf Ihrem Parteitag ein paar Dinge um die Ohren gehauen. Er hat gesagt - ich zitiere -: Wir schaffen das nicht, wenn das System nicht für die dableibt und ausgebaut wird, die wirklich Hilfe brauchen. - Gemeint waren damit die Asylbewerber, die von vornherein völlig klar keinen Anspruch haben können und deswegen schnell zurückgeführt werden müssen.

(Zuruf von Helge Limburg [GRÜNE])

Dann hat er gesagt: Wer sich der Registrierung entzieht, muss mit Leistungskürzungen und mit Nachteilen im Asyl rechnen.

(Zuruf von Helge Limburg [GRÜNE])

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Entschuldigen Sie bitte, einen kleinen Moment! - Zwischenrufe jederzeit, aber ganze Gegenreden nicht! Denn dann wird der Redner in besonderer Weise gestört. Herr Kollege, einfach eine Kurzintervention anmelden, dann können wir das regeln. - Herr Thiele, Sie haben das Wort.

Ulf Thiele (CDU):

Herr Limburg leidet ein bisschen darunter, dass der Parteitag nicht den gewünschten Verlauf hatte, weil der Innenminister den Positionen der Grünen dort widersprochen hat, was erst einmal sehr loblich ist.

(Zustimmung bei der CDU - Helge Limburg [GRÜNE]: Wir haben den Innenminister eingeladen!)

Denn er hat auch noch gesagt: Es wird kurzfristig schneller auch zu Abschiebungen kommen. Ab-

schiebungen gehören zum System, ohne Abschiebungen geht es nicht.

(Zustimmung bei der CDU)

Dann kam die Rede der Fraktionsvorsitzenden der Grünen. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Frau Piel, hat dem Innenminister in den beiden wesentlichen Punkten, nämlich in genau diesen beiden Punkten, im Klartext widersprochen. Sie hat auch gesagt, dass sie ihm widerspricht. Sie hat gesagt, sie widerspricht ihm bei der Frage härterer Maßnahmen gegen Flüchtlinge, die vom Balkan kommen, und sie hat ihm bei der Frage der Abschiebungen widersprochen. Das heißt im Klartext: Frau Piel, Sie haben ihm in den beiden wesentlichen Punkten widersprochen,

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Es gibt nur eine Kraft, die widersprüchlich ist, und das ist die CDU!)

bei denen der Innenminister und dieses Land jetzt möglicherweise nicht - entsprechend Ihren Parteitagsbeschlüssen, die Sie dort getroffen haben - einen Beitrag dazu leisten kann, dass wir eine Entlastung auf der kommunalen Ebene bekommen, damit sich die Helfer und die Kommunen auf diejenigen konzentrieren können, die unsere Hilfe brauchen. Bei den wesentlichen beiden Punkten sind Sie dem Innenminister auf Ihrem Parteitag schwer in den Rücken gefallen.

Hans Brinkmann von der *Neuen Osnabrücker Zeitung* hat das in seinem Kommentar wie folgt zusammengefasst - ich zitiere -:

„Am liebsten würden Niedersachsens Grüne wohl beides: die Segnungen der Regierung genießen - und bei brenzigen Entscheidungen in die Oppositionsrolle flüchten.“

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Sie glauben auch alles, was in der Zeitung steht!)

„Die Debatte über Asylpolitik auf dem Parteitag in Osnabrück offenbarte jedenfalls, dass beim Koalitionspartner der SPD nur beschränkte Bereitschaft besteht, geänderte Realitäten anzuerkennen und mit Kompromissen den immensen Druck zu mildern.“

Herr Brinkmann hat recht - eindeutig!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen, meine Herren, was zeigt das? - Es zeigt im Kern eines: Die Grünen blockieren die Landesregierung in der Frage der Abschiebung

seit Monaten, und die Kommunen und die Helfer werden mit dem zusätzlich aufgebauten Druck alleingelassen und müssen die Situation ausbaden.

Herr Ministerpräsident Weil ist leider momentan nicht da. Die Frage ist, wie lange er diesem Treiben noch zusehen will. Die Frage ist, wie lange er noch akzeptieren will, dass die Grünen ihm die Richtlinienkompetenz in dieser gesellschaftspolitisch entscheidenden Frage aus der Hand genommen haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen, meine Herren, im Moment hat die Richtlinienkompetenz in der Jahrhundertaufgabe der Flüchtlingspolitik nicht der Ministerpräsident, sondern die grüne Landtagsfraktion. Die Flüchtlingspolitik ist in Niedersachsen eben nicht Chefsache. Das heißt im Klartext: Weder die Staatskanzlei noch der Innenminister, noch die Landesregierung in Gänze können ihrer Aufgabe gerecht werden. Das geht zulasten der Kommunen, zulasten der Flüchtlinge und zulasten der Helfer in diesem Land. Wir als Christdemokraten werden das nicht akzeptieren.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Kollege Thiele. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir sind am Ende der Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung des Antrages der Fraktion der CDU in der Drucksache 17/4516, den wir unter Tagesordnungspunkt 35 behandelt haben. Es geht um die Überweisung des Antrages an den Ausschuss für Inneres und Sport. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall.

Jetzt kommen wir zur Ausschussüberweisung des Antrages der Fraktion der CDU, Drucksache 17/4517, einschließlich des dazu vorgelegten Änderungsantrags, Drucksache 17/4594, unter Tagesordnungspunkt 36. Beide Anträge sollen ebenfalls an den Ausschuss für Inneres und Sport überwiesen werden. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Dann ist das auch so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf den

Tagesordnungspunkt 37:

Erste Beratung:

„Demokratie braucht politische Bildung“ - Niedersachsen braucht wieder eine Landeszentrale für politische Bildung! - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/4526

Zur Einbringung dieses Antrages hat sich für die SPD-Fraktion Herr Marco Brunotte zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Brunotte!

Marco Brunotte (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Niedersachsen braucht wieder eine Landeszentrale für politische Bildung!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Miriam Staudte [GRÜNE]: Nicht nur für Herrn Thiele!)

Wir freuen uns sehr - das macht für beide Regierungsfractionen auch die Stimmung deutlich -, dass wir es geschafft haben, dieses Thema auf die heutige Tagesordnung zu bringen.

Das Jahr 2004 war ein harter Bruch mit dem bisherigen politischen und gesellschaftlichen Konsens in diesem Land. Nach den bitteren Erfahrungen aus Krieg und Faschismus waren sich 1945 nach Befreiung und Wiederaufbau die Demokraten einig: Wir brauchen Instrumente, die uns mit verpflichten, demokratische Persönlichkeiten herauszubilden, die uns in die Lage versetzen, eine stabile Demokratie für dieses Land aufzubauen und zu erhalten, und die auch unter dem Ausspruch von Friedrich Ebert, dem ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik, unter dem Motto „Demokratie braucht Demokraten“ deutlich machen, wo die gesellschaftlichen Aufgaben liegen. Das ist auch im Münchener Manifest aller Landeszentralen bekräftigt worden: Demokratie braucht politische Bildung!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Niedersachsen hat am 1. September 1954 die Landeszentrale für Heimatdienst ins Leben gerufen, die sich dann zur Landeszentrale für politische Bildung weiterentwickelt hat und die über Jahrzehnte wertvolle und wichtige Arbeit geleistet hat, die wahrscheinlich für viele, die heute hier im

Raum sind, ein wichtiger Ansprechpartner war, die dort entweder als Schülerin bzw. Schüler, als Kommunalpolitiker oder in anderen Funktionen Kunde waren, die Seminare belegt und Angebote genutzt haben. Es waren sich eigentlich alle einig: Diese Landeszentrale für politische Bildung ist eine wichtige Institution für das Land Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Auflösung im Jahre 2004 war eine Zäsur für Niedersachsen und auch eine bundesweite Zäsur. 15 Bundesländer hatten eine Landeszentrale für politische Bildung - nur ein Bundesland meinte, verzichten zu können.

Die Auflösung hat der Landeszentrale für politische Bildung die Chance genommen, sich zu reformieren. Diese Reform wäre sicherlich auch notwendig gewesen und hätte ihr gut getan. Diese Auflösung hat dem Landeshaushalt 1,6 Millionen Euro gespart - auf Kosten unserer Demokratie!

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das ist ja Quatsch! Das stimmt überhaupt nicht!)

Diese Auflösung war im Jahr 2004 ein schwerwiegender politischer Fehler.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Auch das ist falsch!)

Sie hat dem Land eine Handlungsebene genommen, die wir sehr vermissen. Ich möchte Helmut Schmidt zitieren: Die Dummheit von Regierungen sollte niemals unterschätzt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer auf die Seite www.nlpb.de geht, der sieht das traurige Ende dieser Einrichtung.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das ist ja eine Trauerrede!)

Wenn wir uns in die aktuelle politische Situation hineinversetzen, wenn wir sehen, was in unserer Gesellschaft in Bewegung geraten ist: Wir haben eine sinkende Wahlbeteiligung. Wir haben die Bewegung Pegida auf den Straßen und Islamophobie. Wir haben eine abnehmende Beteiligung an politischen Prozessen. Wir haben viele Themen, für die in diesem Land eine Institution, eine Einrichtung fehlt, die analytische Aussagen treffen kann, die Austauschforen bietet und die für die politische Bildung Unterstützung, Koordinierung und Impulse geben kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Verfassungsschutz verrichtet als Nachrichtendienst eine gute Arbeit, Herr Dr. Birkner, aber er ist nun wahrlich die Handlungsebene für politische Bildung in diesem Land.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die *Braunschweiger Zeitung* hat am 5. November in einem Artikel zur Wiedereinrichtung der Zentrale für politische Bildung den Politikwissenschaftler Professor Bandelow von der TU Braunschweig mit einem Kommentar zu Wort kommen lassen, in dem es heißt:

„Es gibt einen Bedarf, gerade in Zeit aufkommender Fremdenfeindlichkeit junge Menschen für politische Aussagen zu sensibilisieren. Bildung kann ein Schlüssel sein, Toleranz zu erlernen“

Er hat in diesem Zusammenhang dafür geworben, die Zentrale für politische Bildung mit genau diesem Anspruch wiederzubeleben.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege Brunotte, Herr Grascha würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

Marco Brunotte (SPD):

Gern.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Bitte schön!

Christian Grascha (FDP):

Herr Kollege Brunotte, herzlichen Dank dafür, dass Sie meine Zwischenfrage zugelassen haben.

Sie haben gerade die Entstehung der Pegida-Bewegung mit der Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung in einen Zusammenhang gestellt. Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie - weil die Pegida-Bewegung ja vor allem in Dresden zu Hause ist - gern fragen, ob der Freistaat Sachsen eigentlich eine Landeszentrale für politische Bildung hat.

Marco Brunotte (SPD):

Ich habe es zu Beginn ja gesagt: 15 Bundesländer haben eine Landeszentrale.

(Jörg Bode [FDP]: Wie konnte Pegida dann dort entstehen? Die müssten doch hier sein! - Gegenruf von Petra Tiemann [SPD]: Geht es noch flacher?)

Wenn wir uns Niedersachsen ansehen, dann können wir feststellen, dass wir es auch hier mit einem aufkommenden Rechtspopulismus zu tun haben. Der findet nicht nur in Dresden statt.

(Christian Grascha [FDP]: Ist es schlimmer als in anderen Bundesländern?)

Wenn wir uns ansehen, was in Braunschweig auf den Straßen stattfindet, was in Hannover auf den Straßen stattfindet: Wir brauchen genau aus diesem Grund eine Landeszentrale für politische Bildung, die zivilgesellschaftliche Kräfte stärkt. - Es geht doch gar nicht darum, was wo schlimmer ist, sondern darum, dass in Niedersachsen genau diese Ebene fehlt.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Grascha [FDP]: Dann müsste es hier schlimmer sein als in anderen Bundesländern! Ist es aber nicht! Im Gegenteil! Gehen Sie mal nach Dresden!)

- Herr Kollege Grascha, ich dachte eigentlich auch, dass wir unter Demokraten in dieser Debatte weiter wären.

Zwischen 2004 und 2015 hatten wir viele Institutionen, die im Bereich der politischen Bildung in die Lücke gesprungen sind und Verantwortung übernommen haben. Dafür wollen wir uns sehr bedanken. Wir wissen aber auch, dass all dies nicht die Lücke kompensieren konnte, die aufgrund des Wegfalls der Landeszentrale für politische Bildung entstanden ist.

(Christian Grascha [FDP]: Sie glauben, dass Sie ein paar Beauftragte einstellen können, und dann gibt es keinen Rechtsextremismus mehr! Das ist doch ein Witz!)

Uns geht es hierbei nicht um eine Institution, sondern um den Inhalt, der in dieser Institution, in dieser Landeszentrale stattfinden wird. Uns geht es um eine eigenständige, unabhängige und überparteiliche Einrichtung, die sich mit einem Kuratorium auch einer wissenschaftlichen gesellschaftlichen Debatte stellt, die sich in einem Netzwerk aus Gewerkschaften, Volkshochschulen, Heimvolks-

hochschulen, Universitäten, Schulen und der Zivilgesellschaft bewegt, die in Kooperation Angebote unterbreiten kann, die sich mit der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten und der Dokumentationsstelle sowie der Agentur für Erwachsenenbildung und vielen anderen gemeinsam auf den Weg macht, die sich mit deutscher und niedersächsischer Geschichte auseinandersetzen kann - wir haben das am Mittwochabend hier behandelt -, die sich mit der deutschen Vergangenheit befasst, die die Wiedervereinigung mit abbildet und die sich mit Europa und mit Medienkompetenz auseinandersetzt.

Wir wollen eine neue Landeszentrale, eine Landeszentrale, die eine dynamische Einrichtung ist, die neue Methoden, neue Medien mit aufnimmt, die dezentral arbeitet und die eine andere politische Didaktik widerspiegelt, eine Institution, die sich weiterentwickeln kann und wird, die integriert und die einen vertrauensvollen Rahmen bekommt.

Wir sind hier nicht alleine, sondern wissen viele an unserer Seite - den DGB, die GdP, den VDE, den Volksbund Kriegsgräberfürsorge, die Europa-Union, den Geschichtslehrerverband, die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung und viele mehr -, die uns an dieser Stelle mit unterstützt haben: Macht euch auf den Weg!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen Lust auf Demokratie machen. Wir wollen Lust darauf machen, sich kritisch in dieser Gesellschaft zu bewegen, Teilhabe zu leben, und dafür mit einer Landeszentrale für politische Bildung genau das Angebot zu unterbreiten, das aktuell fehlt.

Wir freuen uns auf eine Anhörung im Fachausschuss, auf eine kritische Diskussion und auf einen Beginn. Wir wollen uns bei all denen bedanken, die mit uns für diese Landeszentrale gekämpft haben, die an diese Landeszentrale geglaubt haben, die mit am Antrag gearbeitet und die sich gemeinsam mit uns darüber gefreut haben, dass wir diesen Antrag hier heute im Parlament einbringen können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nun geht es an die nächsten Schritte. Wir freuen uns darauf, all die, die sich in Niedersachsen mit politischer Bildung befassen, in die Anhörung einzubeziehen, Meinungen zu hören, kritisch zu reflektieren, wie man das in der politischen Bildung macht, und hier im nächsten Jahr in zweiter Lesung einen guten Beschluss herbeizuführen und

endlich wieder sagen zu können: Niedersachsen hat eine Landeszentrale für politische Bildung.

Vielen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Brunotte. - Jetzt hat sich Jörg Hillmer, CDU-Fraktion, zu Wort gemeldet.

Jörg Hillmer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Thema kommt ja nicht überraschend. Wir haben schon viel früher damit gerechnet und nicht erst jetzt nach drei Jahren; denn immerhin war dieses Thema auch in Ihrem Koalitionsvertrag an prominenter Stelle genannt.

(Johanne Modder [SPD]: Warum haben Sie denn aufgelöst, Herr Hillmer?)

Die spannende Frage ist doch: Warum kommt es gerade jetzt? - Meine Damen und Herren, die Antwort lautet wie beim Mediengesetz: Sie haben Torschlusspanik.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie spüren die Regierungsdämmerung, seit Sie in der zentralen Flüchtlingsfrage immer weiter auseinanderlaufen. Jetzt sollen noch schnell die letzten verbliebenen Gemeinsamkeiten in trockene Tücher gebracht werden. Das ist Ihre Intention.

Meine Damen und Herren, wo und mit welchem Mitteleinsatz findet heute politische Bildungsarbeit in Niedersachsen statt? - Ich habe eine Aufzählung erstellt.

Mit 150 000 Euro wird aktuell die Erwachsenenbildung in der Zentralstelle für politische Bildungsarbeit gefördert.

Das Kultusministerium hat 132 000 Euro für Maßnahmen der politischen Bildung im Rahmen des Projektes „Demokratiebewusstsein an Schulen stärken - Rechtsextremismus entschieden entgegenzutreten“, für Veranstaltungen, Kampagnen, Materialien und die Beratung interessierter Multiplikatoren reserviert.

Das Sozialministerium veranschlagt 100 000 Euro für Maßnahmen im Bereich Demokratie und Toleranz. Außerdem sind dort 500 000 Euro für Maßnahmen zur Prävention vor salafistischen Radikali-

sierungen vorgesehen, u. a. für eine Beratungsstelle.

Im Haushalt des Innenministeriums stehen 300 000 Euro für besondere Präventionsmaßnahmen bereit. Dort findet sich auch Ihr Landesprogramm gegen Rechtsextremismus.

Auch der Verfassungsschutz, meine Damen und Herren, verfügt über 107 000 Euro für Präventionen sowie für Geheimschutzaufklärung und Erziehung.

Das Europäische Informationszentrum - EIZ, angesiedelt in der Staatskanzlei - wird jährlich mit 125 000 Euro an Landesmitteln finanziert. Das sind in der Summe 1,407 Millionen Euro, die für den gesamten Bereich zur Verfügung stehen. Damit werden Projekte gefördert, Veranstaltungen organisiert, Materialien zur Verfügung gestellt.

Außerdem möchte ich die wichtige Arbeit der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten hinzuzählen, für die allein die Finanzhilfe in 2015 mit 2,7 Millionen Euro zu Buche schlägt.

Ich möchte den Landespräventionsrat nennen, der beim Justizministerium angesiedelt ist und 2015 359 000 Euro erhält. Dort gibt es einen Arbeitsschwerpunkt Prävention von Rechtsextremismus und Radikalisierung, der darauf abzielt, ziviles Engagement, demokratisches Verhalten und den Einsatz für Vielfalt und Toleranz in Niedersachsen zu fördern.

Darüber hinaus fördert das Land nicht zuletzt die politischen Stiftungen mit jährlich 428 000 Euro, die sich ja auch in diesem Bereich engagieren.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in Niedersachsen auf der Landesebene politische Bildungsarbeit im großen Umfang stattfindet.

Ich frage Sie jetzt: Welche der genannten vielfältigen Aktivitäten wollen Sie aufgeben, um jetzt eine neue Einrichtung zu schaffen, der Sie das Türschild „Landeszentrale“ anheften wollen?

Die vielfältigen Aktivitäten, die ich dargestellt habe, mögen Sie Flickenteppich nennen. Aber das ist Ausdruck von Vielfalt, und Vielfalt erzeugt Staatsferne. Sie wollen jetzt darüber eine zentrale Steuereinheit legen. Warum tun Sie das?

Sie wollen die inhaltliche Auslegungshoheit über die politische Bildung erlangen. Ihr Antrag, meine Damen und Herren, strotzt so vor Ideologie, dass man befürchten muss, dass Sie in Wirklichkeit ein

Zentralkomitee für politische Bildung installieren wollen.

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Um es ganz klar zu sagen: Die CDU setzt sich heute ebenso wie in der Vergangenheit für eine Stärkung der politischen Arbeit in unserem Bundesland ein.

(Lachen bei der SPD)

Wir unterstützen eine Stärkung der politischen Arbeit in Niedersachsen, wenn das, was Sie vorhaben, auch wirklich eine Stärkung der politischen Bildung ist.

SPD und Grüne schlagen jetzt eine Neuordnung vor. Wenn man einmal die ganze Parteitagsrhetorik in Ihrem Antrag beiseitelegt, bleibt ein Katalog an Anforderungen, die eine Landeszentralstelle erfüllen soll. Meine Damen und Herren, auch das kostet Geld.

Daher ist bei der Beurteilung Ihres Vorschlags besonders wichtig zu wissen, welche finanziellen Mittel Sie zusätzlich bereitstellen möchten. Im Haushaltsplanentwurf 2016 kann ich keine adäquate Gegenfinanzierung für eine Koordinierungsstelle oder gar eine Landeszentrale erkennen. Soll das etwa heißen, dass Sie erst 2017 in die Finanzierung einsteigen wollen?

Meine Damen und Herren, wir als CDU-Fraktion werden diese Diskussion konstruktiv begleiten.

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Das hat man mitgekriegt!)

Für uns muss politische Bildung aus der Mitte der Gesellschaft erfolgen. Eine politische Bildung, die auf dem linken Auge blind ist und einseitig die Bedrohung durch Linksextremismus

(Lachen bei den GRÜNEN)

und von linksradikalen Bewegungen ausblendet, halten wir nicht für geeignet.

(Zustimmung bei der CDU und von Jörg Bode [FDP])

Für uns war stets auch die Antisemitismusprävention besonders wichtig. Dazu verlieren Sie in Ihrem Antrag kein Wort.

Ein reines Versorgungswerk für grüne und rote Parteifreunde lehnen wir ab. Es liegt also an Ihnen. Wie nachhaltig eine neue Landeszentrale aufgestellt wird, darüber werden wir im Fachausschuss

reden, und wir werden auch ganz sicher den Kultusausschuss um Mitberatung bitten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Hillmer. - Es liegt eine Wortmeldung des Kollegen Brunotte zu einer Kurzintervention vor. Bitte schön!

Marco Brunotte (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Hillmer, es lässt in diesen politischen Debatten immer tief blicken, welches Staatsverständnis Sie mitbringen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wenn man bei allem, was ansteht, unterstellt, dass das Ganze nur parteipolitisch genutzt wird, dass es instrumentalisiert wird,

(Christian Grascha [FDP]: Das sind die Erfahrungen!)

dann entspricht das vielleicht der Erfahrung, die Sie von 2003 bis 2013 in eigener Regierungsverantwortung gemacht haben.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig! So ist es! - Zuruf von Christian Grascha [FDP])

Aber es widerspricht diametral dem, wofür diese beiden Fraktionen hier stehen. Ich glaube, das haben wir an vielen Stellen deutlich gemacht.

(Zuruf von der CDU: Wenn man den Antrag liest, sieht das anders aus!)

Das gilt genauso für die Frage, wie wir uns bezüglich der Extremismusbereiche aufstellen werden. Wenn Sie den Antrag gelesen haben, werden Sie sicherlich den Link zur Dokumentationsstelle gesehen haben. Die wird sich mit allen Extremismusbereichen auseinandersetzen. Dass irgendjemand auf irgendeinem Auge blind ist, müssen wir hier uns, glaube ich, nicht unterstellen.

Sie können auch ganz sicher sein, dass wir dafür sorgen werden - auch das findet sich nämlich im Antrag wieder -, dass eine solche Institution natürlich eine fähige, schlagkräftige Einheit sein wird und dass an der Stelle die Voraussetzungen, die

gegeben sein müssen, auch mit dem Haushalt geschaffen werden.

Aber ich hätte eigentlich gedacht, dass Sie nach Ihrem Parteitag, der in Osnabrück stattgefunden hat, ein bisschen weiter wären. Wenn man sich das Antragsbuch zu diesem Parteitag anguckt, dann sieht man, dass ja die „wilde Gruppe“ bei Ihnen, die Junge Union Niedersachsen, einen Antrag gestellt hat, den ich einmal vorlesen möchte. Darin steht:

„Darüber hinaus ist die Neueinrichtung einer Landeszentrale für politische Bildung, die Politik überparteilich, praktisch und lebensnah vermittelt, anzustreben.“

(Zuruf von der SPD: Ach!)

Da ist die Junge Union aber schon ein bisschen weiter als Sie, Herr Hillmer.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Hillmer möchte antworten. Bitte schön!

Jörg Hillmer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Brunotte, ich hatte gehofft, Sie wollten jetzt die Fragen, die ich gestellt habe, beantworten, nämlich wie viel Geld Sie für die politische Arbeit in Zukunft in den Haushalt einstellen werden und welche laufenden Projekte Sie dafür beerdigen wollen.

(Renate Geuter [SPD]: Gar keine!)

Das alles haben Sie nicht getan.

Ich habe Ihnen in meinem Redebeitrag sehr deutlich gesagt, dass wir diesen Prozess und diese Diskussion sehr konstruktiv begleiten wollen. Das können Sie jetzt aufnehmen, oder das brauchen Sie nicht zu tun. Auf jeden Fall werden wir auf das achten, was ich Ihnen eben gesagt habe: dass eine Landeszentrale für politische Bildung aus der Mitte heraus agieren kann. Alle Tendenzen, die Sie in Ihrem Antrag formuliert haben und die auf eine einseitige Betrachtung hinauslaufen, werden wir dort zu verhindern wissen.

Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Hillmer. - Jetzt hat sich Almuth von Below-Neufeldt, FDP-Fraktion, zu Wort gemeldet. Sie haben das Wort.

Almuth von Below-Neufeldt (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, natürlich, politische Bildung ist wichtig. Aber wie teuer soll sie mit diesem Antrag denn nun werden? - Dazu bis jetzt kein Wort.

Herr Brunotte, Sie tun so, als fände keinerlei politische Bildung statt, als wäre Niedersachsen durch die Abschaffung dieser Landeszentrale im Jahr 2004 jetzt eine weiße Fläche. Das ist überhaupt nicht wahr. Denn mehr als 53 Millionen Euro gehen allein in die Erwachsenenbildung. Kirchen, Verbände, Parteien und Stiftungen machen mit sehr hohem Einsatz politische Bildung. So zu tun, Herr Bosse - er ist gerade leider nicht im Saal; ich spreche nämlich seine Pressemitteilung an -, dass kein Hinschauen nach rechts stattgefunden hätte, ist schlicht und ergreifend falsch.

(Zustimmung bei der FDP)

Die Friedrich-Naumann-Stiftung hat dazu Veranstaltungen durchgeführt und ist dafür bedroht worden. Persönliche Bedrohungen hat es gegeben.

Von daher: Gucken Sie auch mal auf die Bedrohung von links! Das blenden Sie in dem Antrag nämlich total aus.

(Zustimmung bei der FPD)

Es ist - wie Herr Minister Schneider sagen würde - ein Antrag aus Friedenszeiten. Wir Liberalen sagen: Es ist ein Antrag aus Schönwetterzeiten. - Viele Baustellen machen Sie auf, von vielem ein bisschen, aber von vielem auch nur wenig.

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Es ist an der Zeit, Schwerpunkte zu setzen. Eine starke Regierung entscheidet über Schwerpunkte. Genau das tun Sie überhaupt nicht.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Starke Politik, meine Damen und Herren, das überzeugt den Bürger. Glauben Sie wirklich, mit einer Landeszentrale würde eine höhere Wahlbeteiligung erfolgen? - Gucken Sie sich doch einmal die Zahlen an! In 15 Bundesländern - darauf stellen Sie ab - gibt es noch Landeszentralen für politische Bildung. Die Wahlbeteiligung geht überall herunter. Sie geht nur in den Momenten hoch, in

denen besondere politische Ereignisse stattfinden. Das war z. B. 1974 hier in Niedersachsen so, als wir Liberalen wieder in den Landtag eingezogen sind.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU - Anja Piel [GRÜNE] lacht)

- Jawohl!

Seien Sie mutig, meine Damen und Herren, seien Sie Trendsetter! Die sogenannten Randgruppen erreichen Sie nicht mit Unterricht. Sie erreichen sie mit ganz anderen Programmen.

Ihr Antrag ist breit und lang, von allem - wie gesagt - ein bisschen. Staatsfeindlichkeit stellen Sie mit so einem Antrag bestimmt nicht ab. Oder denken Sie, Sie wirken so auf Salafisten ein? - Machen Sie die Menschen stark, die angeworben werden könnten! Das aber nicht mit Schule im weiten Sinne, sondern mit Beschäftigung, mit guter Lebensperspektive und - vielleicht bei Asylanten - auch mit schnellen Asylverfahren. Ihr Antrag ist nicht wirklich so neutral, wie Sie es glauben machen. Wer soll denn da eigentlich mit Pöstchen versorgt werden?

(Beifall bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: So ist es! Darum geht es!)

Eine Landeszentrale für politische Bildung, so wie Sie sie konzipieren wollen, wäre, ehrlich gesagt, ein bisschen aus der Mottenkiste. 1954 gab es die Zeitung, das Radio und die gute alte Litfaßsäule zur Information der Bürger. Was gibt es heute? - Es gibt Apps, es gibt das Internet, es gibt die Parteien, es gibt Twitter, es gibt die Erwachsenenbildung, es gibt viele Möglichkeiten - - -

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Kollegin, ich darf Sie kurz unterbrechen! - Der Kollege Mohr möchte eine Zwischenfrage stellen. Erlauben Sie das? - Bitte schön, Herr Kollege Mohr!

Adrian Mohr (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Frau Kollegin, bei aller Wertschätzung für die Landtagswahl 1974: Ist Ihnen bekannt, dass zur letzten Landtagswahl im Lande Niedersachsen - ohne Landeszentrale - die Wahlbeteiligung im Vergleich zur Landtagswahl davor um 2,3 Prozentpunkte gestiegen ist?

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Helge Limburg [GRÜNE]: Ja,

weil alle Leute Stephan Weil ins Amt wählen wollten!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Mohr. - Bitte schön!

Almuth von Below-Neufeldt (FDP):

Ja, das ist richtig. Aber der Sprung 1974 war bedeutend höher.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP sowie Zustimmung bei der CDU)

Ich bin auf die weiteren Diskussionen im Ausschuss jedenfalls sehr gespannt. Ich sehe ihnen mit Freude entgegen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank auch an Sie. - Jetzt hat sich Julia Willie Hamburg, Bündnis 90/Die Grünen, zu Wort gemeldet.

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass Sie hier ein Stück weit Klamauk verursachen, verwundert nicht; denn Sie können im Bereich politische Bildung tatsächlich auf eine schlechte Bilanz der letzten zehn Jahre zurückblicken.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zurufe von der CDU: Oh!)

Sehr verehrte Damen und Herren, Niedersachsen wird endlich wieder eine Landeszentrale für politische Bildung haben. Endlich wird die Rolle, die die politische Bildung in unserer Gesellschaft spielt, anerkannt, und die politische Bildung in Niedersachsen wird wieder gestärkt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Als wir diese Meldung in der letzten Woche in einer Pressekonferenz bekannt gegeben haben, erteilten uns sehr viele Zuschriften - Freuden- und Interessenbekundungen. Dieser Umstand macht deutlich: Niedersachsens Bürgerinnen und Bürger freuen sich, dass wir unser Wahlversprechen einlösen und Ihren Fehler der Zerschlagung der politischen Bildung in Niedersachsen rückgängig machen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die damalige schwarz-gelbe Landesregierung hat im Jahr 2004 die Landeszentrale für politische Bildung kaputt gemacht, ersatzlos rasiert. Dieser Vorgang war einmalig, liebe Kolleginnen und Kollegen, und zwar einmalig falsch. Es ist auch kein Wunder, dass andere Bundesländer Ihrem Trend nicht gefolgt sind.

Nach der Zerschlagung der Landeszentrale versuchten die verschiedensten Träger, den Wegfall der Erfüllung der Aufgaben der politischen Bildung zu kompensieren. An dieser Stelle ist es mir ein besonderes Bedürfnis, der breit gefächerten Trägerlandschaft, die in diesem Land unter erschwerten Bedingungen politische Bildung weiter organisiert hat, ganz herzlich zu danken. Stellvertretend nehmen hier heute viele Verbandsvertreter teil. Ich begrüße sie ganz herzlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Aufgaben konnten nach dem Wegfall der Landeszentrale aber nicht vollständig aufgefangen werden. Unter schwierigen Bedingungen haben verschiedene Akteure draußen im Land versucht, politischer Bildung auch außerhalb der Schulen einen wichtigen Stellenwert in diesem Land zu geben. Manches ist dabei allerdings auf der Strecke geblieben. Und Ihre Schwerpunktsetzung, werte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, war auch schlicht falsch. Sie haben zugelassen und befördert, dass ausgerechnet der Verfassungsschutz in entstandene Lücken hineingegangen ist und den Wegfall kompensiert hat. Was, bitte, haben Sie sich dabei gedacht? - Politische Bildung soll Menschen zur Mündigkeit befähigen und für Demokratie begeistern. Deshalb muss auch ihre Struktur kritisch und unabhängig sein. Der Verfassungsschutz - Sie wollen wohl nicht das Gegenteil behaupten - ist sicherlich nicht die geeignete Behörde, um dies zu leisten.

Deshalb ist es unglaublich richtig und wichtig, dass wir diese Fehlentscheidung mit diesem Entschließungsantrag rückgängig machen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Mein Kollege Marco Brunotte hat schon viel zu den Bewegungen in dieser Gesellschaft ausgeführt, zum Rechtsruck oder den Entwicklungen des Salafismus und auch zu der Frage, dass wir in diesem Land eine zunehmende Demokratiemüdigkeit

erleben. Das ist eine gefährliche und traurige Entwicklung, auch wenn die Beteiligung bei der letzten Landtagswahl vielleicht gestiegen ist. Wir müssen Menschen wieder für Demokratie begeistern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer, wenn nicht wir, weiß, wie zentral und bedeutsam es ist, sich für Politik einzubringen und für die eigenen Interessen einzustehen. Deshalb sollten wir gerade Entwicklungen, wie sie heute von vielen Jugendverbänden in Niedersachsen befördert werden, nämlich die Forderung der Senkung des Wahlalters auf 16, doch nur begrüßen und Menschen bei solchen Anliegen unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Politik ist im Zeitalter der neuen Medien - das haben Sie ausgeführt, Frau von Below-Neufeldt; deshalb ist es praktisch, dass ich nach Ihnen rede; dann kann ich einiges richtigstellen - schnelllebiger und unübersichtlicher geworden. Wir alle wissen, dass die Meldungen vielfältig widersprüchlich und ungefiltert durch die Öffentlichkeit schweben. Selbst wir als Politiker sollen oftmals zu Themen Stellung beziehen, zu denen wir bis dahin lediglich eine Twitter-Meldung zur Kenntnis genommen haben.

Gerade die riesige Masse an Informationen, die heute zur Verfügung steht, macht deutlich, wie zentral es ist, bei der politischen Bildung auch einen Schwerpunkt auf die Vermittlung von Medienkompetenz zu legen.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Hamburg, eine Sekunde, bitte! - Frau von Below-Neufeldt möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Ja, klar, gerne.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Bitte schön!

Almuth von Below-Neufeldt (FDP):

Vielen Dank, Frau Hamburg, dass Sie meine Zwischenfrage zulassen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gerade die Bundeszentrale für politische Bildung hat eine ganze Reihe von Apps erstellt. Sie werden doch nicht sagen, dass das überflüssig ist, und das als Medienschwungel bezeichnen, sondern das ist

doch eine wichtige Aufgabe der Bundeszentrale. Oder wie bewerten Sie das?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Bitte schön!

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Wenn ich hier falsch verstanden wurde, kann ich gleich die Gelegenheit nutzen, um das richtigzustellen.

Ich rede davon, dass über Facebook, über Twitter, über diverse Blogs, über diverse Menschen, die meinen, sich zu Politik äußern zu müssen, über die verschiedensten Zeitungen und Interessengruppen Informationen zur Politik in unsere Gesellschaft gesendet werden und es deshalb wichtig ist, Jugendliche fit zu machen, damit sie filtern und einschätzen können, wer ihnen eigentlich gerade welche Information gibt. Auch die derzeitige Debatte über rassistische Äußerungen und Hetze auf Facebook macht doch deutlich, dass diese Notwendigkeit besteht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Diese Schnelllebigkeit bei der Entwicklung unserer Gesellschaft und bei politischen Debatten zeigt aber auch die Notwendigkeit, politische Bildung und ihre Vermittlung neu zu entwickeln. Deshalb wollen wir eben nicht mit der Landeszentrale für politische Bildung zurück in die romantische Vergangenheit, wie Sie es uns eben vorgeworfen haben; denn ein Aufguss der alten Landeszentrale von vor elf Jahren würde sicherlich den Herausforderungen und Ansprüchen unserer heutigen Gesellschaft nicht gerecht.

Mit dem Drucken von Broschüren oder aber auch dem Angebot frontaler Bildungsmaßnahmen - da gebe ich Ihnen recht - werden wir heutzutage kaum einen Menschen hinter dem Ofen hervorholen. Der Neuanfang der Landeszentrale ist für uns eine große Chance - eine Chance für die Entwicklung neuer Formate, eine Chance für neue Impulse in der politischen Bildung und eine Chance, die Angebote der politischen Bildung in Niedersachsen zu bündeln und zu koordinieren.

Herr Hillmer, es war so, dass die Träger an uns herangetreten sind und gesagt haben: Wir wollen wahrnehmbarer sein. Wir wollen in die Fläche gehen, wo es noch nichts gibt. Wir wollen zentral beworben werden. Wir wollen, dass unsere gute

Arbeit auch bekannt wird. - Das haben Sie mit dem Flickenteppich nun einmal nicht geleistet.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Die Träger der politischen Bildung sollen von uns gestärkt und vernetzt werden, und sie sollen endlich wieder Anerkennung für ihre Arbeit erhalten. Wir wollen eine moderne Landeszentrale, eine frische und flexible Landeszentrale, die den gesellschaftlichen Anforderungen und Bedürfnissen gerecht wird und sich mit der Gesellschaft gemeinsam entwickelt. Wir wollen eine Landeszentrale, die Bedarfe aufspürt, Angebote koordiniert, weiße Flecken in Niedersachsen behebt und politische Bildung stärkt. Und wir wollen eine Landeszentrale, die als Ideenschmiede fungiert, die sich als Impulsgeber und Servicestelle versteht.

Kurz: Wir wollen eine Landeszentrale für politische Bildung, die Politik und Demokratie in Niedersachsen wieder so richtig attraktiv macht.

Ich freue mich auf die Ausschussberatungen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Hamburg. - Jetzt hat sich die Ministerin zu Wort gemeldet. Frau Dr. Heinen-Kljajić, bitte schön!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Schließung der Landeszentrale für politische Bildung in 2004 - meine Vorredner haben bereits darauf hingewiesen - war ein Fehler. Sie war vor allem deshalb ein Fehler, weil sie ersatzlos vorgenommen wurde. Ich glaube, eine koordinierende und bündelnde Infrastruktur für diesen Bereich anzubieten, ist heute dringender erforderlich denn je. Die Stichworte sind schon gefallen: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, steigender Zulauf für Pegida, AFD und Co., Islamismus und zunehmende Terrorgefahr, Politikverdrossenheit und geringe Wahlbeteiligung.

All das sind, glaube ich, Themen, zu denen wir eine reflektierte gesellschaftliche Auseinandersetzung brauchen, und zwar mit allen Bürgerinnen und Bürgern. Denn wir müssen auf diese Entwicklungen reagieren.

Hinzu kommt: In Zeiten, in denen die Bürger mehr Transparenz, aber auch mehr Mitsprache einfordern, gilt mehr denn je, dass Demokratie mündige Bürger und eine breite gesellschaftliche Beteiligung braucht. Es gab in den 1950er-Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Umfeld des damaligen Aufbaus des Themas politische Bildung in Deutschland ein sehr schönes Schlagwort, das lautete: Demokratie ist eine Lebensform und nicht nur eine Staatsform. - Ich finde, dieses Bild gilt eigentlich auch noch heute.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Fraktionen haben mit diesem Antrag auch ein Stück weit auf die Realität in der politischen Bildung im Jahr 2015 reagiert. Denn wir müssen feststellen, dass bei allen Anstrengungen, die dort von den Kolleginnen und Kollegen aus der Erwachsenenbildung, aus den Gewerkschaften und aus den zivilgesellschaftlichen Gruppen unternommen werden, die Teilnehmerzahlen rückläufig sind und dass wir mit den althergebrachten Formaten häufig gerade jüngere Teilnehmer nicht mehr wirklich abholen.

Deshalb kann ich nur sagen: Ich bin den Fraktionen der SPD und der Grünen äußerst dankbar für diesen Antrag. Denn ich finde ihn klug und richtig, und ich finde auch, er kommt zur richtigen Zeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die neue Landeszentrale für politische Bildung im neuen und zeitgemäßen Gewand gibt Antworten auf die gerade beschriebenen Defizite. Sie ist also problem- und sachgerecht. Sie ist auch effizient, weil sie alle Potenziale, die wir im Land haben, mit nutzt und die bereits vorhandenen Strukturen und Angebote stärkt, koordiniert und vernetzt. Das reicht von den Einrichtungen der Erwachsenenbildung, die nach NEBG anerkannt sind, über Verbände, Kirchen und Gewerkschaften, einschlägige Landesinitiativen - hier verweise ich auf die kollegiale Zusammenarbeit des Kollegen Hillmer, der eben sehr umfassend dargestellt hat, welche Landesinitiativen es hierzu noch gibt - bis hin zu zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich auf der Basis bürgerschaftlichen Engagements für politische Bildung engagieren. Mit einer solchen Einrichtung wird auch der Pluralität der Gesellschaft Rechnung getragen.

(Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann übernimmt den Vorsitz)

Von daher kann ich Ihre Einlassung, Herr Hillmer, da werde etwas geplant wie das Zentralkomitee für politische Bildung, wirklich nicht verstehen. Es geht nicht darum, politische blinde Flecken abzudecken, sondern es geht darum, unter parteipolitischer Ausgewogenheit, auch in den Gremien, im Kuratorium einer solchen Landeszentrale, keine politischen Vorgaben zu machen, sondern alle Akteure der Demokratie, seien es parteipolitische oder zivilgesellschaftliche Akteure, mit ins Boot zu nehmen und mit in die Verantwortung zu nehmen, wenn es um die Aktivitäten einer solchen Landeszentrale geht.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD - Jörg Hillmer [CDU]: Wir nehmen Sie beim Wort!)

Von daher kann ich nur sagen: Wir nutzen die Potenziale. Wir setzen ausdrücklich auf die Potenziale auf, die wir bereits haben. Wir müssen, wollen aber auch die Reichweite und die Wirkung dieser Potenziale deutlich ausbauen, indem wir eine Landeszentrale ganz neuen Typs mit ganz neuer Aufgabenstellung auf den Weg bringen, die Impulse setzt, wenn es darum geht, über einen Expertenpool neue zielgerechte Veranstaltungsformate zu entwickeln, neue Vermittlungskonzepte zu unterstützen, neue Zielgruppen zu erreichen, neue Medien als Plattform für politische Bildung zu finden und landesweite Programme zu koordinieren. Sprich: Diese Landeszentrale versteht sich als Service- und Kompetenzstelle für die politische Bildung in Niedersachsen und für alle, die auf diesem Feld unterwegs sind.

Das heißt, es geht überhaupt nicht darum, eine alte Landeszentrale wieder aufleben zu lassen. Ich denke, dass das, was damals an Formaten und auch an Lektüre und gedrucktem Material angeboten wurde, zu der Zeit, als ich jung war und Maßnahmen der politischen Bildung wahrgenommen habe, das richtige Angebot war. Aber heute - die Kollegin von Below-Neufeldt hat es aufgezählt - sind andere Formate, ist die Nutzung neuer sozialer Medien und Ähnliches gefragt. Genau das soll diese Landeszentrale mit bespielen.

Ich finde es übrigens ausdrücklich sehr begrüßenswert, dass diese Landeszentrale auch das Thema Medienkompetenz mit aufgreift. Dabei geht es nicht nur darum, Wissen über Medien zu haben oder Medien nutzen zu können, sondern es geht auch darum, ein Hintergrundwissen zu haben, das Menschen zum einen in die Lage versetzt, Medienentwicklungen nicht einfach kritiklos hinzuneh-

men, und ihnen zum anderen vielleicht auch die Kompetenz an die Hand gibt, zu durchschauen, wer eigentlich hinter dem jeweiligen Blog und der App oder was auch immer steckt, die im Bereich Politik unterwegs sind.

Diese neue Landeszentrale wird also ein modernes, zeitgemäßes, ein schnittiges und flexibles Instrument, das zivilgesellschaftliches bürgerschaftliches Engagement unterstützt, das der Vielfalt der Akteure im Feld politischer Bildung gerecht wird und das versucht, Demokratie letztendlich auch ein Stück weit wehrhafter zu machen. Ich denke, das ist in unser aller Sinne. Von daher hoffe ich auf eine konstruktive Begleitung im Ausschuss und darüber hinaus.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Ich stelle fest, dass zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Wir kommen daher zur Ausschussüberweisung.

Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen, federführend den Ausschuss für Wissenschaft und Kultur und mitberatend den Ausschuss für Haushalt und Finanzen mit dem Entschließungsantrag zu befassen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank, das ist nach der Geschäftsordnung ausreichend unterstützt und so beschlossen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 38:

Erste Beratung:

Finger weg von den nationalen Bankeneinlagensicherungssystemen - keine Vergemeinschaftung von Bankenrisiken zulasten der funktionierenden Einlagensicherungssysteme von Volksbanken und Sparkassen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/4520

Zur Einbringung erhält für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Adrian Mohr das Wort. Bitte schön, Herr Kollege!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Adrian Mohr (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Peer Steinbrück und Angela Merkel erklärten inmitten der Banken- und Finanzkrise am 5. Oktober 2008: Die deutschen Spareinlagen sind sicher! - Diese Staatsgarantie umfasste eine Summe von 568 Milliarden Euro. Diese Garantie wurde mit null Euro in Anspruch genommen. Das war auch Sinn und Zweck der Übung. Deutschland ist in diesem Bereich wie auch in vielen anderen letztlich stärker aus der Krise herausgekommen, auch dank der klugen Politik der damaligen großen Koalition, als wir hineingeraten sind.

Jene Einlagengarantie des Bundes sollte damals Sparer und Märkte beruhigen. Das hat funktioniert. Nur aus diesem Grunde war die Garantie, die der damalige Bundesminister Steinbrück und die Bundeskanzlerin ausgesprochen haben, nötig, richtig und vertretbar. Inhaltlich war sie weitgehend unnötig. Denn sowohl die Geschäftsbanken, die Privatbanken, als auch Volksbanken und Sparkassen in Deutschland haben seit vielen Jahren eigene, systematisch voneinander unabhängige funktionierende Sicherungssysteme für Kundeneinlagen. Dabei wurden die Maximalbeträge der gegen Bankenpleiten geschützten Einlagen in den letzten Jahren und Jahrzehnten mehrfach angehoben.

Sehr geehrte Damen und Herren, seitdem beispielsweise das Sicherungssystem der Sparkasengruppe in Deutschland vor vier Jahrzehnten gegründet wurde, hat noch nie ein Sparkassenkunde einen Verlust seiner Spar- oder Sichteinlagen erlitten.

Im Jahr 2014 ist eine EU-Richtlinie in Kraft getreten, mit der die Vorschriften zu den nationalen Einlagensicherungssystemen in großem Umfang europaweit angeglichen wurden. Leider müssen immer noch 15 Mitgliedsstaaten der EU diese Richtlinie in nationales Recht umsetzen, obwohl die Frist für die Umsetzung bereits abgelaufen ist. Deutschland hat diese Richtlinie umgesetzt. Es war für uns auch nicht so schwer.

Einheitliche Standards für die Einlagen von Bankkunden sind richtig und wichtig. Zuständig für die Umsetzung sind die Nationalstaaten. Die CDU-Fraktion ist und bleibt der Auffassung, dass das vernünftig ist und auch so bleiben muss. Deshalb stellen wir jetzt diesen Antrag.

Wir sind für gemeinsame Standards, für Transparenz und Verlässlichkeit der Einlagensicherung in

Europa. Das ist übrigens nach Auffassung der Jungen Gruppe der CDU-Fraktion auch der Auftrag der EU: den Rahmen regeln und nicht die Details.

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Und was ist mit der alten Gruppe? Sieht sie das auch so?)

- Die alte Gruppe sieht das mit Sicherheit auch so, Herr Kollege. Ich weiß nicht, wen ich da ansprechen soll, aber da gibt es Potenziale.

(Zustimmung von Sebastian Lechner [CDU])

Unsere bewährten Einlagensicherungsstandards, unsere funktionierenden Eigensysteme stehen dabei nicht zur Disposition. Das ist übrigens auch konkreter gelebter praktischer Verbraucherschutz.

Natürlich ist angesichts der Erfahrungen aus der Zeit der Staatsschuldenkrise insbesondere in Griechenland nachvollziehbar, dass die EU Verfahren etablieren und implementieren will, um weitere Verwerfungen zu vermeiden. Die Überlegung der EU-Kommission, jetzt in Punkto Einlagensicherung den dritten Schritt einzuleiten, während viele EU-Staaten noch nicht einmal ihrer Verpflichtung zum zweiten Schritt nachgekommen sind, lehnen wir aber ab. Deshalb legen wir jetzt diesen Antrag vor.

(Zustimmung von Sebastian Lechner [CDU] und von Christian Grascha [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf den Punkt gebracht: Eine Vergemeinschaftung nationaler Bankrisiken lehnen wir ab. Wenn die klaren Standards der EU-Richtlinie von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden, dann ist ein EU-weites Rückversicherungssystem überhaupt nicht erforderlich.

Wir fordern die Landesregierung auf, sich auf allen ihr zur Verfügung stehenden Ebenen dafür einzusetzen, dass eine gemeinsame europäische Einlagensicherung oder Einlagenrückversicherung nicht eintritt. Dafür wünschen wir uns ein breites Votum des Niedersächsischen Landtags. Meiner Auffassung nach ist das kein Thema, das sich für übermäßige parteipolitische Positionierungen und Profilierungen eignet, sondern es erfordert einen gemeinsamen Einsatz, insbesondere auch für unsere niedersächsischen Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Gerade die in unseren Städten und Kreisen verorteten und regional ausgerichteten Sparkassen und Volksbanken sind ohne Zweifel durch zahlreiche aufsichtsrechtliche Vorgaben und durch ein anhaltend niedriges Zinsniveau zusehends betroffen und stehen in einem schwierigen Marktumfeld.

Die Teilnehmer des Parlamentarischen Abends kürzlich beim Sparkassenverband Niedersachsen erinnern sich gewiss an die Auflistung regulatorischer Maßnahmen durch Sparkassenpräsident Mang, ob nun das Meldewesen, das Geldwäschegesetz, Anlegerschutz und Dokumentationspflichten, das Bankaufsichtsrecht oder auch die gestiegenen Eigenkapitalanforderungen, die sicherlich auch mit ins Feld zu führen sind.

Dies trifft natürlich nicht nur auf die Sparkassen zu, auch wenn Herr Mang das für seinen Verband und für die Sparkassen geschildert hat. Das trifft genauso auf den Sektor der Genossenschaftsbanken und auch die Geschäfts- und Privatbanken in Deutschland zu.

Unser Anliegen muss in diesen Zeiten meiner Auffassung nach sein, die bewährte und krisenfeste Bankenstruktur in Niedersachsen und in Deutschland zu bewahren. Dies ist kein finanzpolitischer Selbstzweck. Dies liegt vielmehr im zentralen Interesse von Millionen von Bank- und Sparkassenkunden in unserem Land.

Die Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken und eventuell sogar die Zweckentfremdung von Haftungsrücklagen, die von den Sparerinnen und Sparern, Kunden unserer Sparkassen, Banken und Volksbanken stammen und die die Sparkassen und Banken in die eigenen Haftungssysteme eingelegt haben, würden diesem Interesse massiv zuwiderlaufen.

Deshalb haben wir diesen Antrag eingebracht. Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Christian Grascha [FDP]: Guter Mann! Den solltet ihr häufiger mal reden lassen!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Mohr. - Das Wort hat jetzt für die SPD-Fraktion Frau Abgeordnete Renate Geuter.

Renate Geuter (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vertrauen ist die Grundlage für die Funktionsfähigkeit und die Stabilität unseres Bankensystems. In Deutschland gibt es neben dem gesetzlichen Einlagerungssicherungssystem der privaten und öffentlichen Banken die Institutssicherungssysteme der Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Wir in Deutschland sind im europäischen Vergleich sehr gut aufgestellt.

Mit der Einlagensicherungsrichtlinie sind 2014 in Europa einheitliche Regeln für die Anforderungen und die finanzielle Ausstattung von Einlagensicherungssystemen geschaffen worden, die in Deutschland auch in nationales Recht umgesetzt wurden. Auf europäischer Ebene war bisher vereinbart, dieses System Mitte 2019 auf seine Wirksamkeit hin zu überprüfen.

Eine Reihe europäischer Staaten hat die bereits bestehenden europäischen Vorgaben allerdings bis heute noch nicht in nationales Recht umgesetzt. Mit der Umsetzung und Implementierung in nationales Recht ist es natürlich noch nicht getan. Es müssen auch die damit einhergehenden Pflichten erfüllt werden. Für die vollständige Umsetzung der derzeitigen Einlagensicherungsrichtlinie haben die Banken noch bis zum Jahr 2024 Zeit.

Völlig überraschend hat die Europäische Kommission im Juli dieses Jahres das gerade erst geschaffene System als nicht mehr ausreichend infrage gestellt und die Errichtung einer gemeinsamen europaweiten Einlagensicherung vorgeschlagen. Zurzeit ist noch unklar, wie der zu erwartende Vorschlag konkret aussehen wird. Aber es ist wichtig, bereits jetzt deutlich Position zu beziehen. Insofern bin ich für den Antrag sehr dankbar.

Eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung oder auch nur eine sogenannte Rückversicherung, die den Rückgriff auf die deutsche Einlagensicherung ermöglicht, bestraft gerade die Institute, die ihre Verpflichtung zur Einlagensicherung vorbildlich erfüllt und die sich gerade während der Finanzmarktkrise am stabilsten gezeigt haben, nämlich die Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

(Zustimmung von Adrian Mohr [CDU] und Christian Grascha [FDP] - Christian Grascha [FDP]: Nicht nur die Institute, sondern auch die Sparer!)

Solange die vor gut einem Jahr geschaffenen Regelungen zur Einlagensicherung bisher nur selektiv umgesetzt und an vielen Stellen noch gar nicht mit

Leben erfüllt worden sind, kommt ein Vorschlag zu einer weiteren Veränderung zur Unzeit und führt zu Verunsicherung, bewirkt also eher das Gegenteil.

(Christian Grascha [FDP]: Sehr richtig!)

Das erst 2014 geschaffene System stellt, wenn es denn überall eingeführt ist, sicher, dass in jedem europäischen Staat ein nationaler Einlagensicherungsfonds geschaffen wird. Es berücksichtigt außerdem die Besonderheiten des deutschen Bankensystems, da es den Fortbestand der Institutssicherung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken sichert, die allen Kunden ohne summenmäßige Begrenzung eine Rückzahlung ihrer Guthaben garantiert.

Vorschläge zur Vergemeinschaftung der Einlagensicherungssysteme, die schon 2014 gescheitert sind, begünstigen bei der jetzigen Ausgangslage gerade die Banken mit riskanten, aggressiven Geschäftsmodellen und setzen die falschen Anreize.

Gerade die Institutssicherung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken darf nach unserer Ansicht in keiner Weise durch eine europäische Regelung in ihrer Funktionsfähigkeit beeinträchtigt werden.

Wir sehen schon jetzt eine Regulatorik, die nur unzureichend zwischen system- und nicht systemrelevanten Finanzinstituten unterscheidet. Die zunehmende Dynamik bei der Bankenregulierung bindet besonders bei den regional ausgerichteten Instituten immer mehr Personalkapazitäten, verursacht Sachkosten und hat damit Auswirkungen auf die Spielräume gerade der Genossenschaftsbanken und Sparkassen für das Kreditgeschäft mit dem Mittelstand.

Kleinere und mittlere in Verbänden organisierte regionale Bankinstitute in Deutschland, deren Geschäftsmodelle sich ausdrücklich an der Realwirtschaft orientieren, stehen unter einem steigenden Fusionsdruck. Verbunden damit ist die Gefahr, dass das flächendeckende Netz von Bankstellen gerade im ländlichen Raum nicht mehr sichergestellt werden kann.

Auch die Bundesregierung sieht das von der EU-Kommission geplante System zur Absicherung von Spareinlagen kritisch. Dieser Kritik hat sich auch der Bundestag heute vor einer Woche angeschlossen.

Die Vergemeinschaftung von Bankenrisiken schafft kein Vertrauen in die Bankenlandschaft.

(Zustimmung bei der CDU)

Wichtiger ist es, weitere Vorgaben zur Vermeidung von Bankenrisiken auf den Weg zu bringen. Der Vorschlag der CDU-Fraktion, den wir heute diskutieren, hat viele richtige Ansätze.

(Zustimmung bei der CDU)

Darauf können wir bei den künftigen Beratungen aufbauen. Ich kann mir vorstellen, dass wir auch zu einem konstruktiven Ergebnis kommen.

Danke.

(Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Geuter. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt das Wort Herr Kollege Christian Grascha.

Christian Grascha (FDP):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Lehre aus der Finanzkrise muss unserer Meinung nach sein, dass auch Banken pleitegehen können.

Wolfgang Schäuble hat gestern bei der Bambi-Verleihung vor Übermaß gewarnt, das vieles zerstören kann. Er bezog sich da bewusst auch auf die Finanzkrise.

(Maximilian Schmidt [SPD]: Herr Schäuble ist kein guter Ratgeber für eine ordentliche Wortwahl!)

Ich meine, dass er damit sehr richtig liegt; denn das Übermaß, das wir in der Finanzkrise bei vielen Instituten erlebt haben, wurde dadurch verursacht, dass die Institute wussten, für die Risiken, die sie eingehen, würden sie nie haften. Dafür hat ja dann in der Finanzkrise auch der Steuerzahler gehaftet. Damit muss ein Ende gemacht werden. Daraus müssen wir die richtigen Schlüsse ziehen.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von Adrian Mohr [CDU])

Deswegen müssen Handeln und Haften wieder zusammengeführt werden. Die Eigenkapitalstruktur der Finanzmarktakteure muss gestärkt werden. Dafür waren Bankenunion, Abwicklungsmechanismus und auch die Anforderungen für eine einheitliche Einlagensicherung auf der europäischen Ebene genau richtig.

Was wir, genauso wie die CDU-Fraktion, ganz klar ablehnen, ist eine Vergemeinschaftung der Bankeneinlagen. Die deutschen Sicherungsinstrumente funktionieren. Darauf hat die Kollegin Geuter hingewiesen. Es wurde schon eingezahlt; sie sind voll. Selbstverständlich würde es, wenn wir jetzt sagen würden, das legen wir einfach über die Europäische Union, bei den deutschen Sparern zu einer massiven Verunsicherung, ähnlich wie bei der Finanzkrise, führen; denn das würde bedeuten, dass wir, wenn z. B. eine Bank in Griechenland, wo es weder Sicherungssysteme noch eine Stabilität in der Bankenlandschaft gibt, ins Trudeln gerät bzw. pleitegeht, quasi Geld hinüber schieben.

Deswegen gibt es in diesem Haus wie auch insgesamt kaum einen Dissens. Sowohl die Sparkassen als auch die Volksbanken und die Privatbanken wie auch der Sachverständigenrat sprechen sich eindeutig gegen die Vergemeinschaftung von Sicherungssystemen aus. Der Sachverständigenrat spricht sogar davon, dass insoweit ein Widerspruch zum Prinzip der Einheit der Haftung und der Kontrolle bestehe. Genau das ist aus unserer Sicht der Punkt.

Eine Vergemeinschaftung setzt eindeutig die falschen Anreize. Sie führt dazu, dass sich jene, die noch keine Sicherungssysteme haben, zurücklehnen und sagen: Irgendjemand in der Europäischen Union wird schon für uns haften. - Diese Anreize gehen eindeutig in die falsche Richtung. Wir brauchen eine Politik der Eigenverantwortung, bei der sich jedes Land national um seine Hausaufgaben kümmert.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Deswegen ist es auch zu kritisieren, dass die Richtlinie in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union recht spärlich umgesetzt wird. Gerade einmal die Hälfte der Mitgliedstaaten hat diese Richtlinie umgesetzt.

Herr Mohr ist darauf eingegangen, dass beim Sparkassenverband einiges zum Thema Regulierung gesagt wurde. Ich denke, dass wir versuchen sollten, fraktionsübergreifend zu einem Aufschlag zu kommen; denn die Regulierung ist vom Grundsatz her zu begrüßen, führt aber in der Form, wie sie im Moment durchgeführt wird, in die falsche Richtung. Derzeit werfen wir quasi alle Institute in einen Topf, und eine international agierende Großbank wird genauso behandelt wie die Sparkasse in Bad Sachsa z. B. Das kann aus unserer Sicht nicht funktionieren. In der Europäischen Union bzw. im außereuropäischen Ausland gibt es

Beispiele dafür, wie es anders funktionieren kann. In der Schweiz z. B. wird das Regulierungsausmaß danach festgelegt, wie groß und wie systemrelevant eine Bank ist. Dort kann man sich, so denke ich, eine Menge anschauen.

Kurz und gut - ich komme zum Schluss -: Die Geschichte hat gezeigt, dass Vergemeinschaftungen immer schlecht sind. Deswegen lehnen wir diesen Bankeneinlagensozialismus ganz klar ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Kollege Grascha. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Abgeordneter Gerald Heere das Wort.

Gerald Heere (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die deutsche Einlagensicherung, insbesondere bezüglich der Sparkassen und Volksbanken, ist weltweit vorbildlich. Dieses System stärkt das Vertrauen insbesondere in den lokalen Sparkassen- und Bankensektor, aber darüber hinaus auch in den Banken- und Wirtschaftsstandort Deutschland. Versuche der EU-Kommission in der Vergangenheit, auf dieses Einlagensicherungssystem zuzugreifen, sind parteiübergreifend zurückgewiesen worden, zum Glück mit Erfolg. Aus diesem Grund teilen wir die grundsätzliche Intention des vorliegenden Entschließungsantrags.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Allerdings liegt das Entscheidende immer im Detail, weshalb wir im Ausschuss über einige Elemente sprechen müssen. Was meinen Sie, liebe CDU, z. B. im zweiten Absatz des Feststellungsteils mit dem Satz, eine weitere Europäisierung der Einlagensicherung sei abzulehnen? Ist es inzwischen schon Maßgabe der vorgeblichen Europapartei CDU, europäische Lösungen ohne jegliche Differenzierung abzulehnen? - Bitte nicht!

Ein weiterer Punkt. Sie lehnen im dritten Absatz - Herr Mohr hat das eben in seiner Rede auch bestätigt - eine europäische Einlagenrückversicherung pauschal ab. Aber mit unreflektierten Vorfestlegungen bei komplexen europäischen Diskussionen sollte sich ein Landesparlament vielleicht doch besser zurückhalten.

Bezüglich dieser Thematik ist es wichtig, einmal die Fakten deutlich zu machen. Wir lehnen es alle gemeinsam ab, dass bei Schieflagen von Banken anderer Länder direkt in die gut gefüllte Einlagensicherung z. B. von Sparkassen und Volksbanken in Deutschland gegriffen wird. Darin sind wir uns völlig einig. Das Modell einer Einlagenrückversicherung stellt dies jedoch gar nicht infrage. Stattdessen würde oberhalb der nationalen Einlagensicherungssysteme ein europäisches System auf Versicherungsbasis etabliert, und zwar ohne Durchgriffsrecht in die nationale Einlagensicherung.

(Adrian Mohr [CDU]: Und wer bezahlt das? Das muss jemand bezahlen!)

Einen solchen Vorschlag, der jetzt von der EU-Kommission angedacht wird, sollte man zumindest erst einmal gründlich prüfen, natürlich nicht voraussetzungslos. Auch für uns sind bestimmte Vorarbeiten wie - endlich - die Vereinheitlichung der Standards für die nationalen Einlagensicherungen sehr wichtig. Insofern teile ich ausdrücklich die Kritik, die bislang alle Fraktionen hier vorgebracht haben. Vielleicht erledigt sich damit auch die Notwendigkeit einer Rückversicherung. Allerdings sollten wir einen solchen Vorschlag zur möglichen Stärkung der dritten Säule neben Bankenaufsicht und Abwicklungsmechanismus zumindest prüfen; denn es geht hierbei ja auch um die Stabilität im System.

Wir erinnern uns: Instabilität im Finanzsektor ist die größte Gefahr. Was passiert denn, wenn ein nationales Einlagensicherungssystem versagt? Der Nationalstaat muss eingreifen. Am Ende können dadurch ganze Staaten in Schieflage geraten. Wir haben das bei Zypern und auch bei Griechenland gesehen. Folgen dieser Schieflage sind massive Belastungen, die auch auf die anderen europäischen Staaten und somit auch auf unsere Steuerzahlerinnen und Steuerzahler übergehen. Im Gegensatz dazu wäre ein Versicherungssystem für uns alle doch eindeutig die bessere und günstigere Option.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Über die erforderlichen Rahmenbedingungen müssen wir uns natürlich unterhalten. Das verlangt auch ein bisschen Debatte. Allerdings ist es nicht sinnvoll, hier vorzeitig die pauschale Ablehnung eines solchen Versicherungssystems zu beschließen.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Ausschussberatung. Vielleicht gibt es ja die Möglichkeit, an irgendeiner Stelle zusammenzukommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Heere. - Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Schneider. Sie haben das Wort, Herr Minister.

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann es angesichts der doch weitgehenden Übereinstimmung kurz machen. Die Bankenunion ist richtig. Darin stimmen wir, glaube ich, alle überein. Man muss natürlich auch zugeben, dass in dieser Logik eine gemeinsame Sicherung durchaus Platz hat, aber wir können diesem Gedanken nicht näher treten, solange es in Europa keine vergleichbare Umsetzung und insbesondere keine vergleichbare Füllung der entsprechenden Sicherungstöpfe gibt. Das ist ein langer, wahrscheinlich sehr langer Weg, und ob wir überhaupt zu diesem Ziel kommen, ist aus heutiger Sicht schwer einzuschätzen.

Einigkeit in dieser Hinsicht gibt es nicht nur im Landtag, sondern auch zwischen den Ländern und in der aktuellen Bundespolitik. Die Koalitionspartner im Bund haben sich insoweit festgelegt, und sie haben bei dieser Festlegung gegen eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Unterstützung, wenn ich es richtig überblicke, aller oder jedenfalls der allermeisten Landesregierungen, in jedem Fall die Unterstützung der Niedersächsischen Landesregierung. Insoweit stelle ich hier breite Übereinstimmung fest.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 38 liegen nicht vor. Deswegen schließen wir die erste Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen soll federführend tätig sein. Wer so entscheiden möch-

te, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist ausreichend unterstützt und damit so beschlossen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 39:

Erste Beratung:

Asylverfahren entlasten und vorübergehenden Schutz durch spezifischen Flüchtlingsstatus gewähren - Gesetzentwurf zur Gewährung vorübergehenden nationalen humanitären Schutzes in den Bundesrat einbringen - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/4521

Zur Einbringung des Antrags erteile ich dem Abgeordneten Jan-Christoph Oetjen das Wort. - Bitte, Herr Kollege!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wissen: Das größte Problem in der aktuellen Flüchtlingssituation ist, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge völlig überlastet ist. Herr Minister Pistorius hat uns gestern die Zahlen genannt. In Niedersachsen werden pro Woche derzeit 1 000 Anträge entgegengenommen, während gleichzeitig 7 000 Menschen neu ankommen. Das ist ein Delta von 6 000 pro Woche. Auf die Bundesrepublik hochgerechnet, sind es 70 000 Neuankömmlinge pro Woche.

Wegen dieser Überlastung kommt die Abarbeitung der Asylanträge nicht voran. Nach der BAMF-Statistik vom September sind in Deutschland 300 000 Asylverfahren anhängig. Dazu kommen etwa 500 000 in EASY registrierte Asylbewerber, die noch keinen Asylantrag gestellt haben. In Niedersachsen sind es etwa 50 000, und ich gehe davon aus, dass es in anderen Bundesländern im Prinzip nicht anders aussieht. Dazu kommen ferner diejenigen Asylbewerber, die bereits eingereist, aber noch nicht in EASY registriert sind. Auch dies ist eine sechsstellige Zahl.

Etwa 45 % der Asylbewerber kommen aus Syrien und dem Irak. Wir gehen davon aus, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit dem Vorschlag, den wir hier vorgelegt haben, auf einen Schlag um etwa 500 000 Anträge entlastet werden könnte. Eine solche Entlastung, meine sehr verehrten Damen und Herren, braucht das Bundesamt ganz dringend, damit es sich um die anderen dort anhängigen Asylanträge kümmern kann.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Was genau schlagen wir vor? - Wir wollen im Ausländerrecht einen neuen Schutzstatus schaffen: den „vorübergehenden nationalen humanitären Schutz“. Dieser Schutzstatus soll Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien und dem Irak nach Identitätsfeststellung pauschal zugesprochen werden. - Ich erinnere an den Offenen Brief des Mitarbeiters des BAMF, den wir heute in der *Welt* haben lesen können. Er zeigt, wie dramatisch die Situation ist. Natürlich muss die Identität eines jeden festgestellt werden. Da müssen wir auch wieder hinkommen.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Klar!)

Aber nach der Identitätsfeststellung soll diesen Bürgerkriegsflüchtlingen nach unserem Vorschlag ganz unbürokratisch der vorübergehende humanitäre Schutz zugesprochen werden.

Damit wollen wir Bürgerkriegsflüchtlinge allerdings nicht vom Asylverfahren ausschließen. Das sage ich hier ganz deutlich, weil das vor dem Hintergrund der Erfahrungen der 90er-Jahre auch missverstanden werden könnte. Wir wollen nicht, dass sich die Bürgerkriegsflüchtlinge wie in den 90er-Jahren gegen einen Asylantrag entscheiden müssen, um das vorläufige Aufenthaltsrecht zu bekommen, sondern ihr Asylantrag soll lediglich ruhen. Das ließe sich auf Bundesebene gesetzlich beschließen. Das Individualrecht auf Asyl würde dadurch nicht ausgehöhlt.

Anders als in den 90er-Jahren wollen wir Kriegsflüchtlinge auch nicht vom Arbeitsmarkt ausschließen. Das war einer der größten Fehler, die wir damals gemacht haben, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Zustimmung bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Sehr richtig!)

Wir wollen, dass sich Asylbewerber mit der Zuteilung des vorübergehenden humanitären Schutzes auf dem Arbeitsmarkt betätigen können, und zwar ohne Vorrangprüfung - dieses Instrument gehört dringend abgeschafft -, damit sie die Möglichkeit haben, sich wirtschaftlich zu integrieren.

Wir wollen für die Zeit des vorübergehenden humanitären Schutzes auch den Familiennachzug ermöglichen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich will an dieser Stelle deutlich sagen: Den Familiennachzug auszusetzen, hätte nur einen einzigen Effekt: nämlich dass die Schlepper- und Schleuserkriminalität drastisch ansteigen würde. Deswe-

gen sieht unser Vorschlag vor, dass in der Zeit des vorübergehenden humanitären Schutzes die Familien nachreisen und zu uns kommen kann. Ich finde, das ist ein wichtiger Punkt.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deswegen halten wir es auch für vertretbar, dass die Asylanträge zurückgestellt werden - da für die Bürgerkriegsflüchtlinge damit keine Schlechterstellung gegenüber den subsidiär Schutzbedürftigen verbunden ist. Nach Ablauf des vorübergehenden humanitären Schutzes lebt der Asylantrag wieder auf, sodass geprüft werden kann, ob eine individuelle Verfolgung gegeben ist oder die Genfer Flüchtlingskonvention greift.

Ich will klar sagen: Unser Vorschlag führt nicht dazu, dass wir auch nur einen einzigen Asylbewerber weniger haben. Aber das ist auch nicht unser Ansatz. Dafür müssen andere Instrumente geschaffen werden. Mit unserem Vorschlag gewinnen wir Zeit, und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bekommt Luft, sich um die Anträge zu kümmern, die es ansonsten ja auch noch gibt.

Wir wollen mit unserem Vorschlag erreichen, dass Bürgerkriegsflüchtlinge direkt integriert werden können. Sie würden ja ohnehin vorübergehend hier bleiben, selbst wenn sie im alten Asylverfahren verblieben; denn schließlich schieben wir in die Kriegsgebiete nicht ab. Sie bleiben also hier, und deswegen müssen wir ihnen die Integration ermöglichen.

Flankierend soll unser vorübergehender humanitärer Schutz durch ein Einwanderungsgesetz ergänzt werden - das muss auf Bundesebene auf den Weg gebracht werden -, damit diejenigen, die sich in der Zeit, in der sie hier sind, hier integrieren, hier ihren Lebensunterhalt verdienen und mit ihrer Familie hier bleiben, die Chance haben, auch dauerhaft hier zu bleiben.

Ich sage auch klar: Diejenigen, die sich hier nicht integrieren, die nicht unsere Sprache lernen wollen und die unser Grundgesetz nicht anerkennen, müssen nach Ablauf des vorübergehenden humanitären Schutzes wieder in ihre Heimat zurückkehren. Das ist die andere Seite der Medaille. Aber wie gesagt: Wir wollen, dass Integration möglich ist.

Ich komme zum Schluss. Unser Gesetzentwurf ist nicht in Stein gemeißelt. Er ist ein Vorschlag, der ernsthaft diskutiert werden sollte, weil wir dringend

eine Lösung für das Problem, das wir derzeit haben, brauchen.

Ich weiß, dass es auch Kritikpunkte an unserem Vorschlag gibt. Sie betreffen beispielsweise die Frage, ob die Zuständigkeit auf kommunaler Ebene oder auf Landesebene liegen soll.

(Petra Tiemann [SPD]: Genau, das haben wir gerade hier diskutiert!)

Da sind wir verhandlungsbereit; das ist überhaupt keine Frage. Aber klar ist: Die Menschen draußen erwarten, dass die Politik Lösungen bietet.

(Christian Dürr [FDP]: Und zwar schnell!)

Wir haben Ihnen hier einen konkreten Lösungsvorschlag unterbreitet. Ich lade Sie ein, darüber konstruktiv zu debattieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Oetjen. - Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Christos Pantazis, SPD-Fraktion.

Dr. Christos Pantazis (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich, bevor ich mich mit dem hier zur ersten Beratung vorliegenden Bundesratsgesetzentwurf befasse, eine kurze Einschätzung der Gesamtlage abgeben.

Deutschland sieht sich im Jahr 2015 mit den Herausforderungen einer Flüchtlingskrise konfrontiert. Der Innenminister hat dies vorhin im Anschluss an die Geschäftsordnungsdebatte nochmals herausgestellt. Ein Politmagazin schreibt dieser Tage: „Nachdem Deutschland ein Sommermärchen erlebt hat, droht in der Flüchtlingskrise nun winterliche Desillusionierung.“

Auch in diesem Plenarabschnitt - wir haben es in den letzten Tagen erlebt - hat die Flüchtlingspolitik erneut einen besonderen Stellenwert und sorgt zugleich für hitzige Debatten. Alle Politikebenen in unserem Land laufen in dieser Frage auf Hochtouren. Die Landesregierung, deren Krisenstäbe im Schichtbetrieb arbeiten, musste viele Kommunen bei der Erstaufnahme um Amtshilfe bitten und schaffte gleichzeitig Tausende weitere Plätze in

den landeseigenen Erst- und Notaufnahmeeinrichtungen.

Auf der Bundesebene allerdings blieb unsere zentrale Forderung - Herr Oetjen hat das gerade formuliert -, die bessere Ausstattung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, lange unerfüllt. Ferner müssen die Asylverfahren schneller und besser abgeschlossen werden; denn noch immer stauen sich Hunderttausende Asylanträge beim BAMF, das dem Bundesinnenministerium unterstellt ist.

Und obwohl schon allein das als unbefriedigend erscheint, wird der Richtungsstreit innerhalb der Union immer deutlicher. Die Bundeskanzlerin erscheint völlig isoliert. Eine Richtung ist bei den Unionsparteien lange nicht mehr erkennbar. Sie schwankt zwischen geschlossenen Grenzen und dem „Wir schaffen das!“ der Kanzlerin. Das Ergebnis sind täglich wechselnde, sich widersprechende Aussagen der beteiligten Minister und eine schweigende Kanzlerin. Krisenmanagement, verehrte Kolleginnen und Kollegen, schaut sicherlich anders aus.

Die Menschen in unserem Land haben angesichts der aktuellen Herausforderungen eine klare Erwartungshaltung an die Politik. Sie wollen, dass wir Orientierung geben und klar sagen, wie es weitergehen wird. Sie wollen nicht, dass in dieser Situation die Flüchtlingspolitik aus parteitaktischen Überlegungen skandalisiert wird, weil das schlichtweg verantwortungslos wäre und das Vertrauen in unsere Demokratie untergraben würde. Genau das wäre die Lawine, die hierdurch etwas unvorsichtig losgetreten werden würde, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Nein, sie wollen, dass wir gemeinsam und konstruktiv die Herausforderungen der aktuellen Flüchtlingssituation meistern.

(Jörg Bode [FDP]: Aha! Jetzt geht es los!)

Deswegen und genau aus diesem Grund - jetzt komme ich zu Ihrem Antrag - weiß ich Ihnen hier zur Erstberatung vorliegenden Antrag zu einem Gesetzesentwurf, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP und Herr Oetjen, grundsätzlich sehr zu würdigen, sorgt er doch für eine Versachlichung der aktuellen Flüchtlingsdebatte, die über weite Strecken von einer Politik der inszenierten Empörung geleitet war, an der Sie übrigens nicht immer ganz unbeteiligt gewesen sind.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Sie auch! - Christian Dürr [FDP]: Sie waren natürlich total brav!)

Ferner verfolgt er im Kern eine Migrationspolitik, der wir uns seit dem Regierungswechsel 2013 verschrieben haben, nämlich dem gesellschaftspolitisch selbstverständlichen Anspruch auf Teilhabe.

Wenn wir uns hier schon sachlich über einen grundsätzlich konstruktiven Vorschlag unterhalten - Herr Dürr spricht in seiner Pressemitteilung ja davon, man müsse die Schützengräben verlassen -, dann müssen wir dieses auch einer kritischen Analyse unterziehen. Wir müssen uns also die Frage stellen, ob dieser Bundesratsgesetzentwurf und die darin enthaltenen Forderungen der Gewährung eines vorübergehenden humanitären Schutzes in Kombination mit einem Einwanderungsgesetz geeignete Mittel darstellen, die heillos überforderte Bundesebene zu entlasten und gleichzeitig die Flüchtlinge, die in unserem Land eine neue Heimat gefunden haben, in unser Gemeinwesen zu integrieren. Ob die vorgeschlagene Regelung ein geeignetes Mittel ist, dieses Ziel zu erreichen, kann aus nachfolgenden Gründen auch kritisch begutachtet werden - ich möchte da ruhig einige Punkte ansprechen -:

Erstens. Die Betroffenen werden vielfach auch Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention sein. Der Flüchtlingsstatus ist sicherer als der des vorübergehenden Schutzes.

Zweitens. Betroffene haben jederzeit weiter die Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen. Dieser ruht nach dem Entwurf für den Zeitraum der Unterschutzstellung, ist aber nach Ablauf der Unterschutzstellung zu entscheiden. Das Problem schiebt sich somit in die Zukunft. Die Regelung zielt mit der Höchstdauer von drei Jahren auf endliche Konflikte und eine Rückkehr in die Heimatländer ab. - Denken Sie daran: Syrien dauert länger als drei Jahre.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Das kann man verlängern!)

Ist die Rückkehrmöglichkeit nach drei Jahren unwahrscheinlich, wird letztlich nur geschoben.

Drittens. Es ist davon auszugehen, dass Asylanträge spätestens nach Ablauf der Unterschutzstellung gestellt werden. Zum einen wegen Einschränkungen in der Rechtsstellung bei Unterschutzstellung gegenüber dem Asyl, insbesondere beim Familiennachzug - nur bei Trennung der Familie im Herkunftsstaat. Zum anderen zeigt dies die Erfah-

rung mit den Landesaufnahmeprogrammen, aus denen heraus ebenfalls eine hohe Anzahl von Asylanträgen gestellt worden ist.

Viertens. Die Anwendung der vorgeschlagenen Regelung würde vollständig im Ermessen des Bundes stehen. Somit ist ungewiss, ob sie jemals zur Anwendung kommen würde. Das heißt nicht, dass man nicht den Versuch starten kann. Einlassungen des Bundesministeriums des Innern und des Bundesinnenministers - ich erinnere nur an die Äußerungen zum subsidiären Schutz syrischer Flüchtlinge - lassen das nicht unbedingt erwarten.

Fünftens. Die Entlastung des Bundes, die Sie eben angesprochen haben, erfolgt einseitig zulasten der Länder und Kommunen. In der Folge obliegt es den Ausländerbehörden, z. B. die notwendige Klärung der Identität der Betroffenen herbeizuführen. Die Kosten für den gesamten Zeitraum des vorübergehenden Schutzes müssten die Länder tragen. Andererseits ist fraglich, ob die Länder es hinnehmen wollen - schließlich handelt es sich um eine Bundesratsinitiative -, das BMI als das für das BAMF zuständige Ressort darüber entscheiden zu lassen, ob und wann hier entlastet wird.

Sechstens. Im Übrigen gibt es auch jetzt schon nationale Regelungen, mit denen die Länder und der Bund Personen außerhalb des Asylverfahrens aufnehmen können: Aufnahmeprogramme nach § 23 Abs. 1 und 2, hier allerdings selbstverständlich ohne Ruhen des Asylverfahrens.

Siebtens. Schließlich dürfte die Unterschutzstellung die Möglichkeit des legalen Zugangs in die Bundesrepublik zur Folge haben. Hier könnten Anreize entstehen, die von vielen Ländern in der aktuellen Situation eventuell nicht unbedingt gewollt sind.

Achtens. Darüber hinaus würden mit der vorgeschlagenen Regelung europapolitisch eventuell auch bedenkliche Signale gesendet. Während die zugrunde liegende Richtlinie gerade auf eine gemeinsame europäische Lösung abzielt und einen Solidaritätsmechanismus durch Maßnahmen einer ausgewogenen Verteilung zwischen den Mitgliedstaaten in Gang setzen soll, wäre die vorgeschlagene Lösung eine Abkehr von Dublin und die Nationalisierung einer eigentlich europäischen Lösung.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch, Herr Oetjen: Ihrem Wunsch entsprechend habe ich mich aus dem sprichwörtlichen Schützengraben, von dem Herr Dürr in seiner Pressemitteilung gesprochen hat, begeben

(Christian Dürr [FDP]: Aber nur mit der Nasenspitze!)

und mich mit dem Bundesratsgesetzentwurf, der keine politische Farbe trägt, kritisch auseinandergesetzt, und ich habe noch Beratungsbedarf.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege, darf ich Sie unterbrechen? - Frau Lorberg würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Lassen sie die zu?

Dr. Christos Pantazis (SPD):

Ich würde gerne weiter ausführen.

(Editha Lorberg [CDU]: Aber es ist doch wichtig!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Sie möchten weiterreden. Bitte!

Dr. Christos Pantazis (SPD):

Im Sinne einer teilhabeorientierten Migrationspolitik - das ist ja der Grundzug Ihres Gesetzentwurfs - freue ich mich daher auf die anstehende Beratung im federführenden Innenausschuss.

Hinsichtlich der von Ihnen bemängelten politisch-ideologischen Schützengraben bei der Bewältigung der Herausforderungen der aktuellen Flüchtlingskrise erlauben Sie mir abschließend folgende Bemerkung:

Seien Sie gewiss: Konstruktiven Vorschlägen, so wie diesem, und ernst gemeinten Beiträgen in der aktuellen Debatte stehen wir auch weiterhin offen gegenüber. Einer populistisch angehauchten Politik der inszenierten Empörung, die lediglich zum Ziel hat, die aktuelle Flüchtlingskrise zum Spielball von parteipolitischen Interessen zu machen, werden wir jedoch auch weiterhin entschieden eine deutliche Absage erteilen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Dr. Pantazis. - Es folgt eine Kurzintervention des Kollegen Oetjen, FDP-Fraktion. Sie haben 90 Sekunden.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Pantazis, ich möchte auf zwei Punkte eingehen.

Erstens. Die Richtlinie zielt in der Tat darauf ab, dass die Europäische Union gemeinsam handelt. Nach dem, was in den vergangenen Monaten passiert ist, habe ich jedoch nicht den Eindruck, dass die Europäische Union schnell zusammenfinden wird. Aber das Problem besteht jetzt! Deswegen zielt unsere Initiative eben nicht darauf ab, zu warten, dass in der Europäischen Union alle unter einen Hut kommen und man einen Beschluss des Europäischen Rates bekommt, sondern darauf, dass wir eigenständig auf nationaler Ebene handeln. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, nach meinem Eindruck sind die anderen Länder von der Flüchtlingskrise nicht so stark betroffen wie wir, und deswegen glaube ich auch nicht, dass die Europäische Union zu einem schnellen Handeln kommt.

Zweitens möchte ich noch einmal deutlich machen, dass viele der Punkte, die Sie kritisch angesprochen haben, unserem Vorschlag gar nicht innewohnen. Wir wollen nicht, dass die Menschen vom Asylverfahren ausgeschlossen werden und ihnen gegebenenfalls der Status nach der Genfer Flüchtlingskonvention oder, wenn sie verfolgt werden, der Asylstatus, zuteil wird. Das Asylverfahren soll zu einem späteren Zeitpunkt sehr wohl durchgeführt werden. Mit unserem Vorschlag gewinnen wir Zeit bei der Bearbeitung der Asylanträge - und Zeit ist genau das, was das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge jetzt braucht, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Deswegen ist dieser Ansatz aus meiner Sicht nach wie vor richtig.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Möchte die SPD-Fraktion erwidern? - Das ist nicht der Fall. Dann geht es weiter mit den Wortmeldungen. Für die CDU-Fraktion spricht in der Debatte jetzt Frau Abgeordnete Editha Lorberg.

Editha Lorberg (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Pantazis, ich bin schon ein bisschen erstaunt gewesen, als Sie in diesem Zusammenhang vom „Sommermärchen“ gesprochen haben. Haben Sie diesen Sommer tatsächlich als Märchen darstellen wollen? - Ich finde, das wäre dann an Geschmacklosigkeit kaum zu überbieten.

(Beifall bei der CDU)

Was hat so ein Flüchtlingsdrama mit einem Sommermärchen zu tun?

(Petra Tiemann [SPD]: Sie haben das Zitat nicht verstanden!)

- Ich habe es wohl verstanden. Aber in diesem Zusammenhang, liebe Frau Tiemann, ist und bleibt es geschmacklos.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Richtig!)

Meine Damen und Herren, der Antrag der FDP hat einen langen und vielversprechenden Titel. Aber was steckt dahinter?

Ziel des Antrags ist es, die bestehenden Regeln für einen durch die EU festgestellten Massenzustrom von Vertriebenen nun auch auf einen nur durch Deutschland festgestellten faktischen Notstand auszudehnen. Die Folge wäre, dass die Zuständigkeiten für die Schutzgewährung bei syrischen Flüchtlingen auf die Ausländerämter in den Kommunen übertragen würden. Wesentlich darüber hinaus geht dieser Antrag im Moment nicht.

Lieber Herr Oetjen, Sie haben zwar noch einige andere Punkte mit aufgeführt, die sicherlich in der Beratung eine Rolle spielen werden, aber hier in diesem Antrag ist das so noch nicht ersichtlich.

Der im Entschließungsantrag enthaltene Gesetzesentwurf weist einige gesetzestechnische Unklarheiten und Unstimmigkeiten auf. So hätte man die Bestimmungen zum Aufenthaltsort der Flüchtlinge und zur Verteilung der Flüchtlinge besser nicht in § 24 a des Aufenthaltsgesetzes, sondern in den dazu vorhandenen Abschnitten des Asylgesetzes geregelt. Das wäre der rechtssystematisch bessere Weg gewesen. - Diesen Hinweis, lieber Herr Oetjen, durfte ich Ihnen sicherlich geben.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, im Kern sollen aber vor allem die Entscheidungen über das Aufenthaltsrecht syrischer Flüchtlinge vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf die kommunalen Ausländerämter geschoben werden. Das halten wir keinesfalls für sinnvoll. Dass das BAMF überlastet ist, wissen wir alle. Die Organisation hat in den letzten Jahren und Monaten sehr zu wünschen übrig gelassen, und sie war sicherlich an vielen Stellen absolut nicht optimal und zufriedenstellend. Aber mit Herrn Weise sind auch ganz neue Impulse hineingekommen. Es wird neu aufgestellt, und wir werden das Personal - es ist ja schon zusätzliches gekommen - noch weiter ausbauen können. Ich glaube, dass das ganz wichtig

ist. Die Optimierung der Abläufe spielt hier auch eine große Rolle. Wir sind überzeugt, dass wir mit diesen Maßnahmen Erfolg haben werden, und wir sind auch überzeugt, dass das der richtige Weg ist.

Ich weiß, dass die Zeit drängt, und ich weiß auch, dass wir die Strukturen sicherlich nicht von heute auf morgen verändern können. Wir müssen da alle gemeinsam ein bisschen Geduld haben, auch wenn uns das sicherlich sehr schwer fällt.

Wir sollten auch bedenken, dass gegenwärtig alle Ebenen des staatlichen Handelns, also auch das Land und besonders die Kommunen, mehr als herausgefordert sind. Innenminister Pistorius hat bei der Unterbringung der ankommenden Flüchtlinge leider schon kapituliert und schickt den Großteil der Ankommenden ohne große Ankündigung im Wege der zwangsweisen Amtshilfe in die Kommunen. Damit setzt er die Kommunen natürlich unter ganz erheblichen Druck. Die Amtshilfe wird nicht nur von uns als Bankrotterklärung des Landes gesehen. Nein, landauf, landab wird das so gesehen.

Die Kommunen haben also bereits an vielen Stellen zu kämpfen. Die Aufgaben sind vielfältig, und es werden jeden Tag mehr. Wir täten den Kommunen keinen Gefallen damit, große Aufgaben auf sie zu verlagern, wie es der Antrag vorsieht.

(Christian Dürr [FDP]: Das ist nicht der Fall, Frau Kollegin! Das ist, glaube ich, ein Missverständnis!)

Darüber müssen wir sicherlich reden. Das müssen wir sicherlich ändern.

Niemand kann glauben, dass die Ausländerämter in den Kommunen schnell das erforderliche Personal zusammenbekommen würden. Die Einstellungsverfahren, die jetzt auf Bundesebene laufen, haben gezeigt, wie schwierig es ist, Personal zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren, der Vorschlag der FDP trägt leider nicht dazu bei, den gegenwärtigen Zustrom zu reduzieren oder zu begrenzen. Tatsächlich verfestigt sich damit der gegenwärtige Zustand, dass die Flüchtlinge vor allem nach Deutschland kommen. Unsere Diskussion müsste vielmehr darum kreisen, wie wir es schaffen, auf humanitäre Weise den Zustrom zu reduzieren, und wie die Flüchtlingsunterbringung in Europa gerechter verteilt werden kann. Daneben ist es von übertragender Bedeutung, dass wir zurück zu geordneten Verhältnissen und zu schnelleren Verfahren kommen.

Der Gesetzentwurf, wie er hier im Entwurf vorliegt, ist noch nicht der große Wurf. Er löst nicht die anstehenden Probleme,

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Das ist auch nicht sein Anspruch!)

sondern verlagert sie nur, und er lässt denen, die am allermeisten unter den Problemen zu leiden haben, gar keinen Spielraum mehr.

Von daher hoffe ich sehr auf konstruktive Beratungen in diesem Punkt. Ich hoffe, dass wir am Ende der Beratungen aus den wesentlichen Punkten des Antrages, die Sie genannt haben und die sicherlich positiv zu bewerten sind, einen Mehrwert für alle Beteiligten schaffen können. Das wäre eine gute Ausgangsbasis dafür, in der Flüchtlingskrise gemeinsam einen Schritt nach vorn zu kommen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Lorberg. Auch zu Ihrer Rede möchte der Kollege Oetjen kurz intervenieren. - Sie haben für 90 Sekunden das Wort.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Kollegin Lorberg, ich habe den Eindruck, dass Sie den Kern des Gesetzentwurfes nicht erfasst haben oder zumindest ein Missverständnis vorliegt.

Wir wollen eben nicht das Asylgesetz ergänzen, wie Sie es vorgeschlagen haben. Denn das hätte zur Folge, dass die Gewährung humanitären Schutzes im Rahmen eines Asylverfahrens geprüft werden müsste.

Wir wollen, dass diese Regelung ins Aufenthaltsgesetz kommt. Denn die Gewährung vorübergehenden humanitären Schutzes soll eben nicht von einer Einzelfallprüfung abhängen. Entsprechend müsste auch die kommunale Ebene keine solche Prüfung durchführen. Sie müsste lediglich die Identität feststellen.

(Dr. Christos Pantazis [SPD] und Petra Tiemann [SPD] bieten dem Redner ein Schaubild an)

- Ich gebe das gleich an die Kollegin Lorberg weiter.

Von daher können wir uns gerne darüber unterhalten, wie die Zuständigkeiten geregelt und die Kosten erstattet werden sollen. Wir haben überhaupt kein Problem damit, hier Kompromisse einzugehen oder andere konstruktive Vorschläge mit aufzunehmen.

Wir sollten endlich aufhören, uns darüber zu unterhalten, was alles nicht geht. Vielmehr brauchen wir Vorschläge, wie man es machen kann, und da, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist unser Gesetzesvorschlag ein Baustein.

Er hat nicht den Anspruch, alle Probleme, die die derzeitige Flüchtlingskrise mit sich bringt, auf einen Schlag zu lösen. Einen Vorschlag, der das könnte, gibt es nicht. Das kann nur modular funktionieren. Deswegen machen wir diesen Vorschlag, der ein Baustein sein soll, um dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Luft zu verschaffen in der Abarbeitung der Anträge.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Ich sehe keine Wortmeldung aus der CDU-Fraktion zur Erwidern auf diese Kurzintervention. - Jetzt hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Belit Onay das Wort.

Belit Onay (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ich möchte Ihren Vorschlag als Baustein verstehen.

Einen weiteren Baustein, der jetzt noch nicht erwähnt wurde und auch nicht in dem Gesetzentwurf steht, der aber in der Grafik, die Sie mit der Pressemitteilung verschickt haben, enthalten ist, ist ein Einwanderungsgesetz. Das möchte ich positiv aufgreifen. Sie wissen, dass die Grünen eine entsprechende Initiative in den Bundestag eingebracht haben. Wir haben verfolgen können, wie die Debatte auf Bundesebene lief. Die Große Koalition ist sich an dieser Stelle einig, dass sie sich uneinig ist. Insofern kommen wir da leider erst einmal nicht weiter. Aber wir werden das hoffentlich weiterhin verfolgen.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta übernimmt den Vorsitz)

Wichtig ist vor allem der im Gesetzentwurf formulierte Vorschlag, Bürgerkriegsflüchtlingen einen spezifischen Status und vorübergehenden Schutz zu gewähren.

Ein solcher Lösungsvorschlag tut not. Der Innenminister hat es gestern beschrieben: Wer jetzt ankommt, kann erst im Mai seinen Antrag beim BAMF stellen.

(Christian Dürr [FDP]: Das habe *ich* gesagt!)

- Das haben Sie, Herr Dürr, gesagt. Entschuldigung!

300 000 offene Verfahren beim BAMF sprechen für sich. Das BAMF braucht eine Entlastung.

Da kommt diese Überlegung eigentlich gar nicht so schlecht daher, zumindest was die Stoßrichtung angeht: Es soll eine Ausnahme für eine bestimmte Gruppe von Flüchtlingen geschaffen werden. Ihnen soll ermöglicht werden - das haben Sie in Ihrem Antrag formuliert -, an Integrationskursen teilzunehmen; das habe ich positiv aufgenommen. Auch der Familiennachzug und der Zugang zum Arbeitsmarkt - das wurde schon erwähnt - sollen geregelt werden. Insofern enthält der Vorschlag einige richtige Punkte. Das Warten hätte ein Ende, und das BAMF würde entlastet.

Dieser Vorschlag ist nicht ganz neu. Es gibt verschiedene Ansätze. Die Justizministerin hat in einem HAZ-Interview einen ähnlichen Vorschlag gemacht. Sie hat darauf hingewiesen, dass es absurd ist, eine Einzelfallprüfung vorzusehen, wenn die Situation im Herkunftsland so klar ist.

Ich möchte nicht versäumen, an dieser Stelle auf die gestrige Justizministerkonferenz hinzuweisen, auf der die Justizministerin sich im Sinne Niedersachsens ausdrücklich für eine Entkriminalisierung von Flüchtlingen und eine Entbürokratisierung des Verfahrens, was die Strafverfolgung bei illegalem Grenzübertritt angeht, sowie für eine Vereinheitlichung der Rechtsprechung durch die Einführung eines Rechtsmittels im Asylbereich starkgemacht hat. Vielen Dank an die Niedersächsische Justizministerin!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der SPD und von Jan-Christoph Oetjen [FDP])

Unsere Landesbeauftragte, Doris Schröder-Köpf, hat - daran wird sich Herr Oetjen erinnern können - im Innenausschuss einen guten Vorschlag gemacht, der im Kern auf dasselbe abzielt wie Ihr

Antrag. Sie hat auf die Regelung zu sicheren Herkunftsstaaten hingewiesen, die zulasten der Menschen wirkt, die aus diesen Ländern hierher kommen, und vorgeschlagen, über eine Regelung zu *unsicheren* Herkunftsstaaten - namentlich Syrien - zu reden.

(Glocke der Präsidentin)

Es würde sich zugunsten der von dort kommenden Personen auswirken, sie aus dem üblichen Verfahren herauszunehmen, und es würde die übrigen Verfahren beschleunigen.

Die Grünen haben in den Verhandlungen um den Asylkompromiss immer wieder vorgeschlagen, Kontingente zu schaffen. Sie haben gefordert, Flüchtlingen einen sicheren Weg zu eröffnen, auf dem sie mit ihren Familien zu uns kommen können, und diesen Menschen einen anderen Rechtsstatus zuzuweisen.

Insofern gibt es eine ganze Anzahl von Vorschlägen. Ich bin sehr gespannt, wie die Diskussion im Innenausschuss laufen wird.

Wir müssen uns natürlich immer vor Augen führen, welche positiven Wirkungen auf Bundesebene wir uns erhoffen können. Ich glaube, einen ähnlichen Antrag hat die FDP in den Landtag NRW eingebracht.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Ja!)

Deshalb hat es mich, muss ich ehrlich sagen, sehr verwundert, dass CDU und FDP sich hinter Thomas de Maizière stellten, als er mit der Forderung herauskam, den Familiennachzug zu begrenzen.

(Glocke der Präsidentin)

Der *Tagesspiegel* hat darüber am 9. November in seiner Onlineausgabe berichtet. Herr Lindner sprach davon, mit solchen Maßnahmen müsse man die „Sogwirkung nach Deutschland ... reduzieren“.

(Christian Grascha [FDP]: Das sagte er nicht! Das steht nicht in dem Artikel!)

Dem möchte ich ausdrücklich widersprechen. Der Begriff „Sogwirkung“ kommt immer wieder in die Debatte. Es geht hier aber weniger um Sogwirkung als um Fluchtwirkung.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Onay, Sie müssen jetzt leider zum Schluss kommen.

Belit Onay (GRÜNE):

Genau darauf fußt aber im Grunde auch der Antrag; da sind wir uns einig.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Zustimmung von der SPD und von Jan-Christoph Oetjen [FDP])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, sodass ich die Beratung schließen und zur Ausschussüberweisung kommen kann.

Federführend soll der Ausschuss für Inneres und Sport sein. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 40:

Stärkung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge - Entlastung für Versicherte und Unternehmen - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/4522

Die Fraktionen sind übereingekommen, diesen Antrag ohne Aussprache direkt in den Ausschuss zu überweisen. - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann werden wir das so tun.

Federführend soll der Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration sein. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Uwe Schwarz [SPD]: Das stimmt nicht! - Christian Grascha [FDP]: Wir wollen den Antrag im Wirtschaftsausschuss beraten! Eigentlich wollt ihr von der SPD das! Aber wir sind damit einverstanden!)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, offenbar gibt es Irritationen. Ich stelle fest, dass es hierzu offenbar unterschiedliche Auffassungen gibt. Es kommt die Anregung, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr federführend tätig werden soll.

(Jens Nacke [CDU]: Mir ist das egal!)

Wer so beschließen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Sie haben mit Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe nun auf den

Tagesordnungspunkt 41:

Erste Beratung:

Gute Ausbildung für Niedersachsens Feuerwehren - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/4523

Zur Einbringung erteile ich dem Kollegen Klaus-Peter Bachmann von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte!

Klaus-Peter Bachmann (SPD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gute Ausbildung für Niedersachsens Feuerwehren: Wir sprechen über 130 000 Frauen und Männer in Niedersachsen, die im Falle von technischer Hilfeleistung, Brandschutz und Katastrophenschutz Mittelpunkt der helfenden Hände dieses Landes sind.

Ich möchte für die antragstellenden Fraktionen von SPD und Grünen deutlich machen, dass wir diesen Frauen und Männern für ihren ehrenamtlichen Einsatz für unser Land unendlich dankbar sind.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich hoffe, wir werden diesen Punkt heute sachlich beraten, und ich hoffe, dass wir auch auf der Basis des dem Parlament bereits vorliegenden Antrags der CDU-Fraktion, der im Innenausschuss schon beraten wird, vielleicht sogar zu einer gemeinsam getragenen Beschlussempfehlung kommen können.

Ich hoffe auch, dass wir heute nicht wieder hören: „Ihr habt vor Kurzem die Ausbildungsstätte für diese Feuerwehrleute mit Flüchtlingen belegt!“ Ich glaube, es ist uns allen klar, dass wir an diesem Wochenende in einer Notsituation waren, dass Feuerwehrleute selbst an dieser Entscheidung beteiligt waren und dass deutlich gemacht wurde, dass es sich um eine vorübergehende Situation handelt.

Eines wird, glaube ich, deutlich, nämlich die Wertschätzung der NABK und der Feuerwehren in diesem Lande. Die Wertschätzung für die NABK mit den Standorten Celle und Loy wird durch die Koalitionsfraktionen zum Ausdruck gebracht, indem wir diesen Antrag vorlegen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben rund 125 000 Frauen und Männer in den freiwilligen Feuerwehren. Diese Zahl ist leider leicht rückläufig. Ich darf aber deutlich machen, dass die in der vorigen Wahlperiode gemeinsam beschlossene Novelle zum Brandschutzgesetz erfreulicherweise dazu führt, dass über die Kinder- und Jugendfeuerwehren in diesem Lande die Zukunft hoffnungsvoller aussieht. Denn beide - Kinder- und Jugendfeuerwehren - haben deutlich zunehmende Mitgliederzahlen, sodass wir keine große Sorge haben, dass aus dieser motivierten Nachwuchswelt für unsere Feuerwehren in Zukunft nicht ausreichend viele ehrenamtliche Feuerwehrleute gewonnen werden können.

Die Zahl der Berufsfeuerwehrleute steigt an. Das ist ein Teil des Problems, das ich gleich erläutern werde, warum wir an der NABK Probleme haben, den Unterricht nicht bedarfsdeckend realisieren zu können. Dieses Problem besteht schon seit Jahren; das war auch in der vorigen Wahlperiode schon so. Die Zahl der Werkfeuerwehrleute steigt ebenfalls an. - Das ist der hauptamtliche Bereich.

Primär geht es hier aber um die Qualifizierung der ehrenamtlich Tätigen. Worin liegt der Grund, dass bereits in der vorigen Wahlperiode - das hat sich in den beiden letzten zwei Jahren nicht deutlich verbessert; das hat eher stagniert und ist noch schwieriger geworden - der Unterricht an der NABK in Celle und Loy nicht vollumfänglich gegeben werden konnte?

Unter Nr. 4 dieses Entschließungsantrags wird deutlich, dass wir parallel zu dem Stufenprogramm, das wir uns gemeinsam vorgenommen haben, die Attraktivität der Arbeitsplätze an der NABK verbessern müssen. Die Berufsfeuerwehren haben es schwer, ausreichend geeignete Bewerber zu finden, die für die Brandmeister- oder Brandinspektorenlaufbahn geeignet sind. Das wird immer schwieriger. Deswegen wechseln viele Kolleginnen und Kollegen, die an der NABK unterrichten, sehr gerne auf ausgeschriebene Stellen der Berufsfeuerwehren, weil dort durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen - sprich: die Regelung zur wöchentlichen Arbeitszeit - Stellen zusätzlich geschaffen werden mussten und wurden. Das gilt auch für die Werkfeuerwehren.

Das bedeutet, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Standorten Celle und Loy sehr genau überlegt haben, ob sie zur Berufsfeuerwehr gehen, um Einsatzpraxis zu haben - nicht nur als Lehrkräfte -, aber auch, um die entsprechenden

Zulagen zu bekommen und um die besondere Altersgrenze in Anspruch nehmen zu können. Das sind Aspekte, die für die Dozentinnen und Dozenten an der NABK eben noch nicht Realität sind.

Deswegen unterstützen wir das Innenministerium mit diesem Entschließungsantrag, dass wir insbesondere an der Verbesserung der Attraktivität der Arbeitsplätze arbeiten müssen. Das kann man zum Teil lösen, indem man auch Dozentinnen und Dozenten im Angestelltenverhältnis einsetzt, wenn sie fachlich geeignet sind. Aber das ist nicht der komplette Lösungsansatz. Vielmehr muss man ernsthaft darüber nachdenken, wie die Besoldung dieser Dozentinnen und Dozenten im Vergleich zu Berufsfeuerwehren aussieht, wie es mit der besonderen Altersgrenze und auch mit den Zulagen aussieht, damit sie uns nicht als aus- und fortbildende Mitarbeiter verlorengehen. Die Wechsel aus der Dozentenschaft der NABK in die Berufsfeuerwehren waren in den letzten Jahren immer das Problem. Deswegen ist diese Nr. 4 ein sehr wichtiger Punkt dieses Entschließungsantrags.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Innenminister hat bereits bei der letzten Verbandsausschusssitzung des Landesfeuerwehrverbands seinen Stufenplan vorgestellt, um die jetzige Lehrgangsrealisierungsquote von 50 % bis zum Ende der Wahlperiode auf 100 % anzuheben, und dafür große Zustimmung erhalten. Sie können das in diesem Entschließungsantrag unter Nr. 1 nachlesen.

Mit diesem Entschließungsantrag unterstützen wir ihn auf diesem Weg und sagen: Wir müssen das auch haushaltsmäßig abbilden. - Die ersten zusätzlichen Stellen sind im aktuellen Haushalt geschaffen. Ob wir sie besetzen und die Kolleginnen und Kollegen dann auf die Dauer halten können, hängt von den Arbeitsbedingungen an der NABK ab; dessen sind sich alle im Innenministerium bewusst. Das ist der Folgeschritt, der jetzt mit zu lösen ist, damit die Fluktuation ein Ende hat und wir wieder zu einem festen und verbindlichen Lehrkörper in Celle und Loy kommen können.

Der zweite Teil betrifft die Investitionen. In Loy ist viel passiert. In Celle sind wir nicht mehr in der Lage, am Bremer Weg groß zu investieren, weil wir mit der Nr. 2 des Entschließungsantrags deutlich machen, dass wir zu Celle-Scheuen stehen.

(Beifall bei der SPD)

Der erste dortige Bauabschnitt ist in der mittelfristigen Finanzplanung abgebildet. Wir machen unter Nr. 3 deutlich: Wenn dieser im Rahmen der mittel-

fristigen Finanzplanung in den nächsten Jahren realisiert wird, soll der zweite Bauabschnitt unmittelbar im Anschluss realisiert werden. Die entsprechenden Planungen und Vorbereitungen können in Angriff genommen werden.

(Beifall bei der SPD)

Auch das ist eine wichtige perspektivische Aussage, die der Landtag erstmals aufgrund des hier von Rot-Grün vorgelegten Entschließungsantrags verbindlich vertreten wird.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss in den Dank an die Feuerwehrleute zwei Instanzen einbinden, ohne die es nicht geht: nämlich die Kommunen, die als vorbildliche Träger der Feuerwehren vor Ort für die Ausrüstung alles tun - das können wir landauf, landab feststellen -, die zum Teil sogar eigene Ausbildungskomponenten an den feuerwehrtechnischen Zentralen und bei den Berufsfeuerwehren realisieren. Dafür ist ihnen herzlich zu danken, dass sie ihre Aufgabe pflichtgemäß erfüllen.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Aus- und Fortbildung, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist Sache des Landes. Hier wollen wir heute erstmals als Parlament eine Landesregierung, die sich an die Problemlösung macht - das hat es bis dato in dem Umfang nicht gegeben -,

(Widerspruch bei der CDU)

entsprechend unterstützen.

Auch die perspektivische Aussage, was die bauliche Weiterentwicklung am Standort Scheuen, aber auch die Fortsetzung der baulichen Entwicklung in Loy angeht, ist in der Konsequenz von großer Bedeutung für die Zukunft. Denn nur gut ausgebildete Feuerwehrleute sind motivierte Feuerwehrleute und stehen uns zur Verfügung. Das gilt im Augenblick auch in ganz besonderer Weise für den vorbildlichen Einsatz von Feuerwehrleuten bei der Betreuung von ankommenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte - die Thematik, die wir hier seit Tagen, Wochen und Monaten zu Recht erörtern. Wir hätten nicht den Stand, den wir haben, wenn wir nicht unsere Feuerwehrleute im Lande hätten.

Eine letzte Bitte und ein Dank an die Arbeitgeber in diesem Lande: Freiwillige Feuerwehrleute machen das für null Einnahme. Sie haben Arbeitgeber, die sie bezahlen und die eine Kostenerstattung bekommen. Trotzdem ist natürlich jede Ausfallzeit für die Betriebe schwierig. Wir sagen hier ausdrück-

lich: Dass die Betriebe das tolerieren und unterstützen, verdient Dank und Anerkennung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir hoffen, dass die Arbeitgeber in Niedersachsen auf diesem Weg dabei bleiben, weil sie wissen, was sie an unseren Feuerwehren haben. Denn ein guter Feuerwehrmann in einem Betrieb ist ein hervorragender Präventivmitarbeiter. Er ist in der Lage, Unfallverhütung und Brandschutz zu betreiben. Deswegen ist es gut, Feuerwehrleute im Mittelstand und in den großen Betrieben zu beschäftigen. Besser kann ein Arbeitgeber gar nicht in die Sicherheit investieren.

Deswegen freue ich mich auf die Ausschussberatung und hoffe, dass wir in diesem Sinne zu einem einmütigen Beschluss kommen.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Bachmann, für die Einbringung. - Nun hat das Wort für die FDP-Fraktion Herr Kollege Oetjen. Bitte!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin! Wir haben schon seit Monaten die Debatte, dass in der NABK Kapazitäten fehlen und dass die Lehrgänge nicht mehr so durchgeführt werden können, wie es eigentlich notwendig wäre. Das haben wir als Opposition kritisiert. Die Union hat sogar einen eigenen Entschließungsantrag dazu in den Landtag eingebracht, der seit einigen Monaten im Innenausschuss liegt. Von daher, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist das Thema nicht neu und wird hier von Ihnen, von der SPD und den Grünen, nicht neu in den Landtag eingebracht, so wie Sie das hier schön und wortgewaltig darstellen, Herr Kollege Bachmann, sondern das ist tägliches Geschäft, über das wir schon sehr, sehr intensiv im Innenausschuss diskutiert haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es ist natürlich auch immer schön, dass man Entschließungsanträge einbringt, die das Regierungshandeln unterstützen und das, was der Minister auch schon der Feuerwehr mitgeteilt hat, noch einmal in Worte fasst und hier dem Parlament zur Verfügung stellt, damit das Parlament das so wie-

derholen kann, wie der Minister es der Feuerwehr schon gesagt hat. - Sie haben da unsere Unterstützung, Herr Minister, nicht dass Sie uns da falsch verstehen.

(Helge Limburg [GRÜNE]: So, wie Sie das zehn Jahre lang gemacht haben!)

Dass wir das hier noch einmal vorgelegt bekommen, ist ehrenwert. Das gibt uns die Gelegenheit, dass wir im Innenausschuss darüber diskutieren können. Vielleicht geht das eine oder andere über das hinaus, was der Minister angekündigt hat.

Wir sind uns überhaupt nicht uneinig darin, dass wir zusätzliche Kapazitäten brauchen. Wir sind uns auch nicht uneinig darin, dass wir in Celle-Scheuen weitermachen und auch einen Zahn zulegen müssen, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Von daher freue ich mich auf eine ganz sachliche Debatte im Ausschuss. Die Feuerwehren waren noch nie ein Thema, über das wir uns strittig in diesem Hohen Hause unterhalten haben. Wenn es darum geht, den Brandschutz in Niedersachsen nach vorne zu bringen, haben wir hier in der Regel gemeinsam agiert. Das sollten wir auch in Zukunft so halten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU sowie Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Oetjen. - Für die CDU-Fraktion hat nun Herr Kollege Fredermann das Wort. Bitte!

Rainer Fredermann (CDU):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich auf den Antrag „Gute Ausbildung für Niedersachsens Feuerwehren“ eingehe, dessen Inhalt seinen Namen nicht rechtfertigt, möchte ich noch Grundlegendes sagen.

Erstens. Meine Ausführungen richten sich in der Kritik nicht gegen die Lehrkräfte der Akademie für Brand- und Katastrophenschutz.

Zweitens. Wir haben - das wurde hier schon gesagt - bereits im Mai einen eigenen Antrag zu dem Thema „Fehlende Lehrgänge für Niedersachsens Feuerwehren - Das Land muss mehr tun!“ eingebracht, um die Landesregierung aufzufordern, hier ihre Arbeit zu machen und Sofortmaßnahmen zu ergreifen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Oetjen hat bereits darauf hingewiesen, dass das im Ausschuss ein bisschen zur Seite geschoben wurde. Aber zum Glück hat der Minister bei der Haushaltseinbringung Teile unserer Forderung zur Soforthilfe mit aufgenommen, aber wie wir finden, viel zu spät.

(Zuruf von Gerd Ludwig Will [SPD])

Wir wollen zukünftig, Herr Will, beide Anträge, unseren und diesen, gemeinsam beraten.

Drittens. Es ist beeindruckend, wie die Aktiven in den Feuerwehren zusätzliche Kräfte mobilisieren, um die Versorgung und Unterbringung der vielen Flüchtlinge zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Viertens. Ich bedanke mich für die CDU-Fraktion bei allen Feuerwehrekameradinnen und -kameraden für ihr Engagement und bei den Arbeitgebern für die nötige Freistellung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Leider arbeiten viele Feuerwehren bereits seit geraumer Zeit an ihrer Belastungsgrenze. Teilweise gilt das auch für die Belastungsgrenzen der Arbeitgeber.

Zusätzlich belasten die Kameradinnen und Kameraden aber auch die unzureichende Zuweisung von Fortbildung und Lehrgängen. Landauf, landab können daher Leitungsfunktionen nur kommissarisch besetzt werden; denn die formelle Qualifikation, die Lehrgänge, fehlt. Und Sie, Herr Minister, tun da meines Erachtens zu wenig.

(Angelika Jahns [CDU]: Unhaltbarer Zustand!)

Meine Damen und Herren, seit fast zwei Jahren reden die niedersächsischen Brandmeister auf allen Ebenen mit den Abgeordneten über fast kein anderes Thema mehr. Beim Parlamentarischen Abend des Landesfeuerwehrverbandes wurde die Lehrgangsversorgung nicht nur in der Rede des Präsidenten Karl-Heinz Banse thematisiert - nein, auch in den folgenden Gesprächen an den Tischen war es Thema. Und was sagt der Minister in seinem Grußwort? - Sinngemäß: Wir sind mit dem Landesfeuerwehrverband und der NABK in intensiven Gesprächen. - Er bügelt das einfach so weg!

(Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Habe ich Ihnen nicht die Gründe erläutert, die nicht hausgemacht sind?)

Verschärfend kam noch hinzu, Herr Bachmann, dass der Lehrbetrieb aufgrund der Flüchtlingszuweisung ausgesetzt wurde. Die Reaktion der Feuerwehrleute in Leserbriefen und sozialen Netzwerken konnten Sie verfolgen. Für viele war dies der letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Angelika Jahns [CDU]: Genau!)

Ich glaube, meine Damen und Herren, das haben auch Sie bemerkt und der Minister zum Glück auch, der dort später den Rückzug angetreten hat.

Ihr Antrag ist wenig ambitioniert. Das, was darin steht, befindet sich teilweise schon in der Umsetzung und wurde vom Innenminister, Herr Bachmann, schon angekündigt. Mit Ihrem verspäteten Antrag - das wird auch deutlich - genießen die Feuerwehrekameradinnen und -kameraden nicht die Wertschätzung, die Sie hier immer mit großen Worten vorgaukeln.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Den großen Worten in der Überschrift „Gute Ausbildung ...“ folgen keine Taten. In Ihrem Antrag ist nichts Neues enthalten.

Bei den Baumaßnahmen wird lediglich festgestellt, was noch die von der CDU geführte Regierung auf den Weg gebracht hatte. Diese wollte das Gesamtprojekt durch Kreditaufnahme und Tilgung aus den Überschüssen der Brandschutzsteuer in einem abwickeln, was sicherlich zügiger gewesen wäre. Aber auf die Idee, dass Sie Ihre Anstrengungen verstärken, um die komplette Fertigstellung schneller zu erreichen, sind Sie bis heute, Herr Bachmann, nicht gekommen. Sie verkaufen uns hier Dinge für neu,

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Sie reden nur, wir handeln!)

aber Sie haben im Prinzip in den letzten zwei Jahren an diesem Thema nichts gemacht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Was die Lehrgangsabdeckung angeht, soll im Jahr 2017 eine Versorgungsquote von 75 % bestehen. Das heißt, jeder vierte Antrag wird negativ beschieden. Das geht doch gar nicht!

(Zuruf von der SPD: Wie war es denn in den letzten Jahren?)

Man muss doch kein Prophet sein, um zu sehen, dass das Scheitern hier vorprogrammiert wird.

Durch den überhängenden jährlichen Bedarf an Lehrgangsplätzen

(Zurufe von der SPD)

- durch Schreien wird es auch nicht besser -

(Maximilian Schmidt [SPD]: Wenn Sie über das eigene Scheitern reden!)

wird der bestehende Rückstau nicht nur nicht abgearbeitet, sondern er wird sich noch weiter erhöhen. Nicht nur der Landesfeuerwehrverband wartet jetzt auf Konkretes wie konkrete Stellen, Zeitpläne und Ähnliches. Man darf gespannt sein, was die Kreisbrandmeister vielleicht während ihrer Tagung am Montag zu diesem Thema erfahren.

Herr Minister, sollen die vier zusätzlichen Stellen, die Sie bei der Einbringung des Haushalts angesprochen haben, wirklich der Weisheit letzter Schluss sein? Wird der Einkauf von Fremddozenten, den wir schon im Mai als Sofortmaßnahme gefordert haben, ausreichen? - Ich zweifle das an. Wäre das nicht so traurig, würde mich das Wort „Attraktivitätssteigerung“ zum Lachen bringen; denn auch die notwendige Stellenanhebung wird scheinbar nicht berücksichtigt oder konkretisiert.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Bachmann, Sie haben es angesprochen. Daher ist es nicht verwunderlich, wenn sich die neu ausgebildeten Lehrgangleiter in Scheuen und in Loy attraktivere und besser bezahlte Arbeitsplätze in anderen Bundesländern suchen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn jetzt die Mittel kommen, stellt sich auch die Frage: Warum denn erst jetzt?

Ein Kernproblem - da gebe ich Ihnen recht, Herr Bachmann - haben wir noch gar nicht angefasst - das müssen wir aber auch tun -, nämlich die unterschiedliche Bezahlung bei den Feuerwehren in den Kommunen und auf Landesebene. Hier wird zum Teil deutlich mehr verdient. In den Kommunen können sie mit 60 in Rente gehen, auf Landesebene mit 67. Erst wenn sich hier etwas ändert, können wir das Problem dauerhaft lösen. Das müssen wir gemeinsam machen. Da bin ich ganz bei Ihnen. Sie können sicher sein: Wir werden auch in der Grundtendenz bei Ihnen sein, weil wir alle alles dafür tun wollen, dass sich die Situation für die Feuerwehrkameraden verbessert.

Lassen Sie uns gemeinsam Wege finden, die Arbeit der NABK auch in finanzieller Hinsicht spürbar zu verbessern! Ich freue mich auf die Diskussion

über unsere beiden Anträge. Ich hoffe, wir haben auch Gelegenheit, uns mit dem Berliner Papier des Landesfeuerwehrverbandes zu beschäftigen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Fredermann. - Auf Sie gibt es eine Kurzintervention des Kollegen Bachmann. Bitte, Herr Bachmann!

Klaus-Peter Bachmann (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Vier kurze Bemerkungen.

Erstens. Wenn ich den Entschließungsantrag, den Sie vorgelegt haben, mit unserem vergleiche, kann ich feststellen: Unser ist konkret und beinhaltet konkrete Planungen, während Sie nur sagen, es müsse besser werden. Vergleichen Sie einmal die Texte! Wir legen also einen konkreten Antrag vor.

(Zustimmung bei der SPD)

Zweitens. Was das Berliner Papier angeht, können Sie sicher sein, dass die Koalitionsfraktionen zusammen mit dem MI an einer Novelle zum Brandschutzgesetz arbeiten. Sie wird nächstes Jahr eingebracht. Mit dem Landesfeuerwehrverband sind wir darüber im Gespräch. Das ist das Berliner Papier.

Drittens. Wenn Sie zugehört hätten, dann hätten Sie einiges von dem nicht formuliert, was Sie formuliert haben. Ich habe sehr dezidiert gesagt, dass das kein hausgemachtes Problem ist - es war bei Herrn Schünemann auch schon ein Problem, das ich beschrieben habe -, sondern es geht um die Konkurrenzsituation bei den Beschäftigungsbedingungen, die ich sehr detailliert dargestellt habe. Das ist der Punkt „Attraktivitätsverbesserung“. Nur damit können wir die Fluktuation verhindern.

Wir - dieser Minister und wir als Koalitionsfraktionen - machen uns konkrete Gedanken, während Sie es bejammert haben, aber keine konkreten Vorschläge gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Bachmann. - Herr Fredermann möchte Ihnen antworten. Bitte!

Rainer Fredermann (CDU):

Herr Bachmann, unsere Anträge unterscheidet erst einmal eines: Ihr Antrag kommt ein halbes Jahr später als unserer. Sie haben ein halbes Jahr geschlafen!

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD)

- Durch Schreien wird es nicht besser, Herr Will.

Wir haben Sofortmaßnahmen gefordert. Was aber haben Sie ein halbes Jahr lang gemacht? - Nichts! Der Antrag ist liegen geblieben. Sie haben ihn liegen gelassen. Wenn Ihnen dieses Thema genauso wichtig gewesen wäre, wie es uns wichtig war, dann wären wir heute bestimmt einen Schritt weiter.

Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Fredermann. - Das Wort hat nun für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Janssen-Kucz. - Ich darf Sie alle um etwas mehr Ruhe im Plenarsaal bitten.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Fredermann, wir sind da schon lange im Gespräch. Wir sind mit dem Innenministerium, wir sind mit dem Finanzministerium im Gespräch. Wir sind mit dem Landesfeuerwehrverband im Gespräch. Vielleicht sollte man einfach einmal damit zufrieden sein, dass jetzt dieser Antrag vorliegt, der auf Handlungsfähigkeit setzt.

Das Jahresmotto des Landesfeuerwehrverbandes lautet: „Wir brauchen dich!“ Das ist genau der Punkt, den der Kollege Bachmann angesprochen hat. Wir brauchen die Feuerwehrleute! Das hat etwas mit Attraktivität zu tun. Wir brauchen die Feuerwehr in Niedersachsen, und wir brauchen sie gut ausgebildet. Wir alle wissen doch, wie wichtig das für das Land, für die Städte und für die Gemeinden ist. Sie bilden den Mittelpunkt des Brand- und auch des Katastrophenschutzes. Ohne die Feuerwehren und vor allem ohne die vielen ehrenamtlichen Männer und Frauen, die sich dort einbringen, wäre niemand zum Löschen da, wenn es brennt.

Die Feuerwehren haben aber noch sehr viel mehr Aufgaben: Sie sind tätig im Rahmen der Unfallret-

tung, der Verkehrslenkung, der Abwehr von Umweltschäden, des Hochwasserschutzes, der Hilfe für die Geflüchteten, aber auch im Rahmen der Tierrettung. Diese Aufzählung ist garantiert nicht vollständig. Die Aufgabenfülle der Feuerwehren ist enorm und vielfältig. Dafür unseren Dank und unseren Respekt!

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Doch von Dank allein kann kein Feuerwehrmann, kann keine Feuerwehrfrau leben. Unsere Feuerwehrmänner und -frauen brauchen eine gute, qualifizierte Aus- und Weiterbildung. Diese Aufgabe erfüllt das Land mit dem Betrieb der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz in Celle und in Loy. Doch Fakt ist - da nützt auch kein Geschrei -, dass die personellen und räumlichen Kapazitäten seit Jahren und nicht erst seit der Regierungsübernahme durch Rot-Grün nicht mehr ausreichen, um dem landesweit stark angestiegenen Bedarf an Ausbildung von Feuerwehrkräften gerecht zu werden.

Meine Damen und Herren, unser rot-grünes Ziel ist es - es ist schön, wenn Sie dabei sind -, die Lehrgangabdeckung bis 2018 auf 100 % zu steigern. Zurzeit haben wir eine Lehrgangabdeckung von wirklich nur 50 %. Es sollen im Jahr 2016 60 % sein. Über diesen Stufenplan, der Gegenstand unseres Antrags ist, werden wir 2018 garantiert die 100 % erreichen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Frau Kollegin, darf ich Sie kurz unterbrechen?

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Ja.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Kollege Adasch bittet um eine Zwischenfrage.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Nein, ich möchte jetzt zu Ende ausführen. Dann kann er seine Fragen stellen oder sich zu einer Kurzintervention melden. Vielleicht hat Frau Jahns dann ja auch noch eine Frage.

Der erste Schritt ist die Ausweitung des Stellenplans von zurzeit 40 Lehrkräften im nächsten Jahr auf 47 Lehrkräfte. Weitere werden durch den Stufenplan folgen, um diesen Bedarf zu decken. Zusätzlich haben wir ein Stellenhebungsprogramm

umgesetzt, um die Attraktivität der Lehrerstellen an der NABK zu steigern. Das sind Schritte, um die Attraktivität wirklich zu steigern. Wir haben auch Schritte in Sachen Feuerwehruzulage eingeleitet. Auch die Heilfürsorge werden wir nicht aus den Augen verlieren. Selbstverständlich arbeiten wir daran, mehr familienfreundliche Arbeitsplätze anzubieten, um als Land noch stärker ein attraktiver Arbeitgeber für Frauen und Männer zu werden und um die Feuerwehr auch attraktiver für Frauen sowie für Migrantinnen und Migranten zu machen.

Doch wir alle wissen, dass der gestiegene Ausbildungsbedarf nicht allein mehr Lehrkräfte, sondern auch zusätzliche räumliche Kapazitäten erfordert. Die räumliche Situation der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz in Scheuen soll in zwei Abschnitten verbessert werden. Dafür sollen 38 Millionen Euro fließen. Im zweiten Abschnitt sind dann 52 Millionen Euro vorgesehen, um eine Übungshalle, Übungsanlagen, ein zweites Brandhaus und eine Tunnelübungsanlage zu erstellen.

In Loy im Ammerland wurden von Rot-Grün bereits 7 Millionen Euro für das Lehrgangsgebäude, eine neue Übungshalle, für die Sanierung des Bettenhauses usw. investiert. Damit wurden Kapazitäten erweitert. Mit den vorgesehenen Mitteln werden die Maßnahmen in Loy abgeschlossen. Mit diesen personellen, technischen und baulichen Maßnahmen erweitern wir die Schulungskapazitäten und kommen Schritt für Schritt unserem Ziel 100 % näher.

Wir haben uns ein ehrgeiziges Ziel gesetzt und mit allen Beteiligten diskutiert. Ich hoffe, dass auch Sie in den Ausschussberatungen mitziehen, damit wir unsere Feuerwehren in Niedersachsen weiter stärken können. Wie gesagt: Wir brauchen die Feuerwehren! Wir brauchen sie, und wir stärken sie.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Auf Sie gibt es eine Kurzintervention des Kollegen Fredermann. Bitte!

Rainer Fredermann (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Frau Janssen-Kucz, Sie sind mit allen im Gespräch, nur nicht mit der Opposition in diesem Landtag.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh, oh!)

Und dann wundern Sie sich, dass wir Sie an dieser Stelle kritisieren. Punkt.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Petra Tiemann [SPD]: Punkt!)

Im Gesamtziel sind wir uns einig. Da passt sozusagen kein Blatt zwischen alle Fraktionen in diesem Haus. Aber es darf doch wohl erlaubt sein, Missstände aufzuzeigen.

Sie von den Regierungsfractionen sagen immer gern in unsere Richtung: Dazu hatten Sie zehn Jahre Zeit. - In den zehn Jahren haben wir die Voraussetzungen für Scheuen durch unseren Innenminister Uwe Schünemann geschaffen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Und was haben Sie die letzten zweieinhalb Jahre in diesem Bereich gemacht? - Nix. Diesen Vorwurf müssen Sie sich dann auch gefallen lassen. Sie hatten jetzt nämlich auch zweieinhalb Jahre Zeit, um tätig zu werden.

(Maximilian Schmidt [SPD]: Er hat ein Schild aufgestellt! Sonst hat er nichts gemacht!)

Lassen Sie uns also im Ausschuss gemeinsam Lösungen für die Kameradinnen und Kameraden schaffen, damit ausreichend Lehrgangskapazitäten - Dozenten wie auch Einrichtungen - vorhanden sind.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Fredermann. - Frau Janssen-Kucz antwortet Ihnen.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Opposition, Herr Fredermann, Frau Jahns! Natürlich binden wir Sie gern in konstruktive Gespräche mit ein. Dafür sind die Ausschussberatungen da.

Es ist Ihr Job, Missstände aufzuzeigen.

(Zuruf von Angelika Jahns [CDU] - Glocke der Präsidentin)

Ob Sie den Finger richtig in die Wunde gelegt haben, das ist die zweite Frage. Machen Sie sich einfach einmal schlau, was auch schon in zweieinhalb Jahren Rot-Grün auf den Weg gebracht wurde!

(Rainer Fredermann [CDU]: Nichts!)

Dann wissen Sie, dass man mit Kritik auch überziehen kann. Uns geht es um die Sache. Wir packen es an und stärken die Feuerwehren.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Petra Tiemann [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Nun hat für die Landesregierung Herr Innenminister Pistorius das Wort. Bitte!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst etwas festhalten, worin wir alle uns sicherlich einig sind in diesem Hohen Haus: Die zahlreichen Feuerwehrmänner und -frauen in Niedersachsen sind wirkliche Vorbilder. Sie leisten mit ihrem selbstlosen Einsatz einen unverzichtbaren und sehr, sehr wertvollen Beitrag für unser Gemeinwesen. Das haben wir in jüngster Zeit und in den letzten Jahren immer wieder eindrucksvoll gesehen, zuletzt bei der Flutkatastrophe, aber auch aktuell bei der Unterbringung der zahlreichen Flüchtlinge vor Ort. Jedoch vor allem: Wir sehen es jeden Tag wieder bei den Einsätzen vor Ort, wenn ihre Hilfe dringend benötigt wird.

Klar ist aber auch, die Feuerwehr kann nur dann langfristig erfolgreich und zuverlässig sein, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Dazu gehört natürlich eine gute Ausbildung, gerade bei den gestiegenen Anforderungen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der NABK leisten dazu eine äußerst engagierte Arbeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aber Tatsache ist eben auch, dass der Bedarf an Lehrgangsplätzen seit vielen, vielen Jahren nicht gedeckt werden kann. Dieses Problem gab es übrigens schon vor 2013

(Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Ja, so ist es!)

- nur um das denjenigen, die das vergessen zu haben scheinen, in Erinnerung zu rufen - und hätte insofern schon von der Vorgängerregierung in Angriff genommen werden können oder - besser - müssen.

Zur Erinnerung: Im Jahr 2013, also in dem Jahr, in dem Sie die haushaltspolitische Verantwortung hatten, hatten wir bei 77 000 angemeldeten Lehrgängen eine Bedarfsdeckung von knapp über 50 %. Heute liegen wir bei über 80 000 Lehrgängen und nur knapp unter 50 %. Daran können Sie sehen, dass sich die Lehrgangskapazität deutlich verbessert hat - schon jetzt.

Aber, meine Damen und Herren, wir sollten - darüber sind wir uns einig - keine alten Schlachten schlagen. Das hilft niemandem, am wenigsten der Feuerwehr und auch nicht der Bevölkerung. Lassen Sie uns deshalb nach vorn blicken!

Die Landesregierung verfolgt ein klares Konzept für die Entwicklung der NABK. Wir wollen die Bedarfsdeckungsquote stufenweise erhöhen, und zwar von aktuell 50 % über 60 % im Jahr 2016 und 70 % im Jahr 2017 hin zu einer tatsächlichen Deckung des Bedarfs in 2018. Dafür sind neben den baulichen Maßnahmen, die nicht zu unterschätzen sind, auch eine zahlenmäßige Aufstockung des Personals und weitere organisatorische Maßnahmen notwendig.

Rund 90 Millionen Euro wollen wir in den Ausbau der NABK investieren. Dies will ich im Einzelnen gern darstellen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Minister, ich darf Sie kurz unterbrechen. - Herr Fredemann bittet darum, eine Frage stellen zu können.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Nein, jetzt nicht.

Für den ersten Bauabschnitt sind rund 38 Millionen Euro veranschlagt. Neben dem Ausbau des Trainings- und Technikzentrums in der Liegenschaft Celle-Scheuen sind in Loy die Atemschutzwerkstatt und die Schwarz-Weiß-Umkleiden enthalten.

Die Stadt Celle hat die bauplanerischen Voraussetzungen geschaffen, indem der Bebauungsplan für die Liegenschaft in Celle-Scheuen erarbeitet und beschlossen wurde und bestandskräftig ist.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Die Planungs- und Bauarbeiten können damit jetzt zügig voranschreiten, um mit dem ersten Bauabschnitt beginnen zu können. Der zweite Bauabschnitt umfasst den Abschluss der Kapazitätserweiterung, die Übungshalle, das zweite Brandhaus, die Tunnelübungsanlage und weitere

Übungsanlagen sowie den Abschluss der Erweiterung in Loy. Hierfür sind rund 52 Millionen Euro erforderlich, die noch nicht etatisiert sind. Übrigens haben wir bei Regierungsantritt keine entsprechenden Planungen für den Ausbau der Feuerweherschulen vorfinden können.

(Klaus-Peter Bachmann [SPD]: So ist es!)

Für die Finanzierung beider Bauabschnitte ist auch ein Teilbetrag des gemäß § 28 Abs. 2 des Brandschutzgesetzes auf das Land entfallenden Anteils am Aufkommen aus der Feuerweherschutzsteuer von 4 Millionen Euro eingepplant.

Auch die personelle Situation werden wir konsequent verbessern. Ein Hauptproblem besteht darin, dass die Arbeitsplätze an der NABK im Vergleich zu den kommunalen Feuerwehren nicht attraktiv genug sind, und das schon seit Jahrzehnten.

Das führt zu einer spürbaren Abwanderung von Fachlehrerinnen und Fachlehrern. Das heißt, wir brauchen attraktive Lehrerstellen. Nur so können wir dem Trend entgegenwirken und die NABK auch personell zukunftsfest aufstellen. Daran arbeiten wir. Weitere Schritte werden folgen.

Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, sodass ich die Beratung schließe.

(Rainer Fredermann [CDU]: Frau Präsidentin, da die Frage nicht zugelassen wurde: Habe ich noch Restredezeit?)

- Herr Kollege Fredermann, Sie haben Ihre Redezeit überschritten. Sie haben aber nach § 71 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung die Möglichkeit, zusätzliche Redezeit zu beantragen. Möchten Sie davon Gebrauch machen?

(Rainer Fredermann [CDU]: Die möchte ich gern nehmen!)

- Dann, bitte!

(Jens Nacke [CDU]: Halbe Stunde! - Heiterkeit bei der CDU)

- Nein, Herr Kollege, wie immer: Bei mir sind es drei Minuten.

Rainer Fredermann (CDU):

Die werde ich wahrscheinlich erst einmal nicht brauchen.

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Minister Pistorius, Sie haben davon gesprochen, stückweise bis 2017 die Lehrgangskapazitäten sozusagen zu erhöhen und dann von 2017 auf 2018 in einem Sprung 25 % hinzukriegen. Vorher planen Sie kleine Schritte. Wie wollen Sie das haushaltstechnisch und personell von 2017 auf 2018 hinkriegen?

Danke.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Fredermann. - Sie haben eine Frage gestellt. Aber da das hier keine Fragestunde ist, kann der Minister darauf antworten, muss jedoch nicht.

(Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Das alles machen wir im Ausschuss, Frau Präsidentin)

Damit sind wir jetzt am Ende der Beratungen. Es werden ja auch noch Ausschussberatungen darüber stattfinden. Da wird es sicherlich weiterhin eine lebhaftige Debatte geben.

Jetzt kommen wir zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Ausschuss für Inneres und Sport, mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen sein. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Dann haben Sie so beschlossen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 42:

Erste Beratung:

Freies WLAN in Niedersachsen: Freifunk unterstützen, Bürgernetze ausbauen! - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/4524

Zur Einbringung erteile ich für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Maximilian Schmidt das Wort. Bitte!

Maximilian Schmidt (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin und - ich darf sagen - liebe Freifunkkollegin Gaby Andretta! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sprechen hier im Hohen Haus häufig über das Thema bür-

gerschaftliches Engagement, genauso häufig über das Thema digitaler Wandel in der Gesellschaft. Richtig klasse ist, beim Thema Freifunk kommt beides auf ganz wunderbare Weise zusammen.

In Niedersachsen engagieren sich viele Menschen für freie und offene WLAN-Zugänge zum Internet. Mindestens 18 Initiativen gibt es landesweit - ob in Hann. Münden im Süden, in Wittmund im Norden oder in vielen Orten dazwischen. Viele sind Teil einer wirklich einmaligen Bürgerbewegung. Gemeinsam wurden so mittlerweile über 2 400 Zugangspunkte im gesamten Land geschaffen, über die jede und jeder kostenfrei ins Netz gehen kann.

Stellvertretend für diese vielen Aktiven darf ich hier und heute bei uns im Parlament ganz herzlich Aktive aus Freifunkgruppen begrüßen, namentlich Matthias Kreuzer und Oliver Krüger vom Freifunk Hannover. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie hier sind!

(Beifall bei der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Was ist eigentlich Freifunk? - Anfang der 2000er-Jahre haben sich in London und in Berlin erstmals Menschen zusammengefunden, die eine Idee angetrieben hat und die sie auch heute noch motiviert: Ein freies Netz für alle.

Und so funktioniert Freifunk konkret: Jeder Nutzer stellt im Freifunknetz in Eigenregie über seinen WLAN-Router einen Teil seiner Datenbandbreite für alle anderen Nutzer zur Verfügung. Im Gegenzug kann sie oder er ebenfalls Daten über das interne Freifunknetz übertragen oder über von Teilnehmern eingerichtete Dienste im Netz nutzen. Dafür werden sogenannte Mesh-Netzwerke genutzt. Viele stellen zudem ihren Internetzugang zur Verfügung und ermöglichen anderen so den Zugang zum weltweiten Netz.

Freifunknetze sind Selbstmachnetze - von Bürgern für Bürger. Jede und jeder kann mitmachen. Lokale Communitys stellen die auf eigene Bedürfnisse angepasste Software auf ihren Websites zum Download zur Verfügung.

Das Ganze läuft natürlich nicht nur online, sondern auch offline. In vielen Dörfern und Städten gibt es immer mehr Freifunkgruppen, die sich regelmäßig treffen. Genau so ein Treffen habe ich kürzlich zusammen mit Frau Vizepräsidentin Andretta bei Freifunk Göttingen besuchen können. Viele vor Ort bauen das Freifunknetz gemeinsam aus. Die Community ist dabei Teil einer globalen Bewegung für freie Infrastrukturen und offene Funkfrequen-

zen. Aber dahinter steht eine viel größere Idee: Die Vision ist die Demokratisierung der Kommunikationsmedien durch freie Netzwerke - ein Netz, bei dem alle mitmachen können, auch ohne dicken Geldbeutel.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

So weit, so gut. Eigentlich könnten wir in der Politik nur applaudieren. Wie in vielen anderen Bereichen auch engagieren sich Menschen hier für andere - und das ist auch gut so. Aber auch die Freifunkrinnen und Freifunker sind in einem rechtlich regulierten Rahmen aktiv. Und genau der ist alles andere als förderlich für ein freies, offenes Netz für alle.

Zwei massive Hemmschuhe gibt es zurzeit für den Freifunk: zum einen die drohende Einschränkung der Netzneutralität und zum anderen die Störerhaftung.

Stichwort „Netzneutralität“: Nur wenn auch künftig alle im Netz mit gleicher Geschwindigkeit unterwegs sein können, nur wenn es bei einem Netz für alle bleibt und nicht zu einem Zwei-Klassen-Internet kommt, kann sich eine Bewegung wie der Freifunk weiter ungehindert entwickeln.

Noch viel wichtiger ist aber das Stichwort „Störerhaftung“ oder vielmehr der Umstand, dass sie in Deutschland nach wie vor gilt. Überall in der Welt des free Wifi sind freie Zugänge zum Netz selbstverständlich - ob durch Freifunk oder andere Angebote. Wenn wir ins Ausland reisen, erwarten wir doch mittlerweile schon ganz selbstverständlich freies WLAN. Nur in Deutschland hinken wir hinterher.

Und, ehrlich gesagt, das, was seitens der Bundesregierung als Gesetzentwurf vorgelegt wurde, verschlimmbessert die Lage nur noch. Es ist gut, dass die Niedersächsische Landesregierung im Bundesrat noch einmal deutlich gemacht hat, dass es so nicht gehen kann. Die Störerhaftung ist eine überkommene, mithin prähistorische Regelung. Sie gehört schlicht abgeschafft.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Heiner Schönecke [CDU]: Hat sie sich nicht enthalten?)

Die Freifunkbewegung schafft hier Abhilfe, indem die Daten im Netzwerk über einen VPN-Tunnel ins Ausland geleitet werden, wo die Störerhaftung nicht gilt. Aber das kann es doch nicht sein! Wir brauchen auch hier in Deutschland endlich

Rechtssicherheit für Betreiberinnen und Betreiber von offenen WLAN-Netzen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das, meine Damen und Herren, ist auch die erste Forderung in unserem Entschließungsantrag. Dieser Punkt ist wichtig für den Freifunk, aber auch für viele andere. Ob in Restaurants, in Arztpraxen, in Geschäften, auf Marktplätzen und in Innenstädten - offene WLAN-Zugänge müssen frei zugänglich angeboten werden können, ohne Haftungsprobleme und ohne technische Hemmschuhe.

Diese Rechtssicherheit zu schaffen, ist Sache des Bundes. Wir können aus Niedersachsen nur an ihn appellieren. Wir als rot-grüne Koalition wollen aber auch hier im Land die Freifunkbewegung ganz direkt unterstützen. Deshalb setzen wir vor allem auf Information. Die Kommunen sollen über die Potenziale von Freifunk informiert und zum Ausbau der Netze ermutigt werden.

Das gilt natürlich auch für das Land selbst. Wir wollen, dass auch in geeigneten Landesliegenschaften Freifunknetze etabliert werden können. Bei alledem werden wir auch schauen, wie wir den Aufbau der Netze ganz direkt unterstützen können.

Ich bin mir sicher: Freifunk ist viel mehr als nur Gratis-WLAN. Bürgernetze bergen noch so viele Chancen, so viele Innovationen, die wir uns heute vielleicht noch gar nicht vorstellen können.

Eine ganz enorme Leistung der Freifunkbewegung will ich deshalb zu guter Letzt beispielhaft ansprechen. Ich will eine ganz konkrete Aktion aus meinem Heimatlandkreis Celle nennen. In Unterlüß bietet die evangelische Gemeinde jetzt ebenfalls Freifunk an. Darüber wird auch in der heutigen Ausgabe der *Celleschen Zeitung* berichtet.

Pastor Wilfried Manneke von der Friedenskirche Unterlüß berichtet dort, dass er in einem Gespräch mit einem Flüchtling aus Eritrea gemerkt hat, wie elementar wichtig der Zugang zum Netz ist: Die Menschen, die zurzeit zu uns kommen, sind zum Teil über Monate auf der Flucht gewesen und sind auch hier nacheinander an verschiedenen Orten untergebracht. Da ist ein Smartphone, ein freier Zugang zum Internet, geradezu überlebenswichtig. Kontakt zu Familien und Freunden, zu anderen auf der Flucht, die Orientierung in der neuen Umgebung - all das findet über WhatsApp, über Facebook und über andere Plattformen statt. Aber dafür ist ein freies WLAN unerlässlich.

Deshalb hat Pastor Manneke einfach gesagt: Wir machen das.

Ein neuer Router kam dazu. Mithilfe der Software von Freifunk Uelzen wurde der WLAN-Zugang an den Start gebracht, sodass die Hälfte der DSL-Kapazität jetzt geteilt wird. Kostenpunkt für das ganze Projekt: 20 Euro. Und Pastor Manneke berichtet: Bisher habe ich noch nicht gemerkt, dass mir etwas fehlt.

Die Flüchtlinge in Unterlüß sind begeistert und sagen, dass sie das freie Netz nicht nur zur Kommunikation, sondern vor allem auch zum Lernen nutzen. So erzählt z. B. Chalid, dass er Sprachkurse für Deutsch auf YouTube anschaut, Onlinewörterbücher nutzt oder einfach praktische Tipps sucht, um sich in unserem Land im Alltag zurechtzufinden.

Übrigens: Vom Freifunknetz in Unterlüß profitieren nicht nur Flüchtlinge. Auch der Gospelchor und andere, die in der Gemeinde aktiv sind oder an Veranstaltungen teilnehmen, können das Netz nutzen. Also eine rundum gute Sache!

Dieses Beispiel steht stellvertretend für viele, viele Freifunkgruppen, die in ganz Niedersachsen Einrichtungen der Flüchtlingsunterbringung mit freiem WLAN versorgt haben. Hierfür gilt ihnen ein riesiges Dankeschön.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In diesem Sinne: Lassen Sie uns gemeinsam den Freifunk unterstützen! Lassen Sie uns, wie andere Bundesländer auch, gemeinsam sagen: Ja, wir wollen freie Netze! - Denn auch beim Zugang zum Internet soll der Satz von Wilhelm Busch gelten: „Doch guter Menschen Hauptbestreben ist, andern auch was abzugeben.“

Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Nun hat das Wort für die FDP-Fraktion Herr Kollege Kortlang. Bitte!

Horst Kortlang (FDP):

Verehrtes Präsidium! Meine werten Kolleginnen und Kollegen! „Freies WLAN in Niedersachsen: Freifunk unterstützen, Bürgernetze ausbauen!“ Eine tolle Überschrift und auch ein guter Gedanke,

wie wir von der FDP finden. Das wird von uns ausdrücklich so gesehen.

Aus unserer Sicht ist es nach dem Antrag in der Drucksache 17/1492 zum Breitbandausbau auch nur konsequent, einen solchen Folgeantrag zu stellen.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Kollege Kortlang, bitte warten Sie einen kleinen Moment! - Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist einfach zu laut geworden. Ich bitte Sie, die Beratungen einzustellen. - Bitte, Herr Kollege!

Horst Kortlang (FDP):

Danke schön.

Aber so konsequent in der Formulierung ist der Antrag in seiner Bemühung, dem Antrag zum Breitbandausbau - so habe ich es jedenfalls herausgelesen - zu folgen, aus unserer Sicht jedenfalls nicht. Das möchte ich begründen.

Ihr jetziger Antrag zielt hauptsächlich auf die städtische Versorgung ab. Auch verfolgen Sie wenig die Entwicklungen. So beabsichtigen Sie, das von den Mobilfunkanbietern genutzte LTE um das 5-GHz-Band zu ergänzen. Diese Absicht konterkariert aber die Weiterverbreitung des Bürgerfunks, die eigentlich wir alle fordern. Das könnte ihn zum Erliegen bringen. Denn im Alternativband des Bürgerfunks wird, wie Sie wissen, mit 2,4 GHz gearbeitet, sodass dafür eigentlich wenig Platz ist.

Grundsätzlich wäre es zu begrüßen, wenn die Störerhaftung gänzlich anders geregelt würde. Sie wollen schlicht und simpel Freifunker wie Internetserviceprovider einstufen. Dies aber birgt die Gefahr, dass sich findige Rechtsanwälte - Herr Schmidt hat ja angesprochen, dass das noch im Vagen ist -, die es ja auch in diesem Hause geben soll, die Unsicherheit im Gesetz zunutze machen und die Freifunker vor Gericht zerren. Dann gingen die ganzen Anstrengungen, die wir gemeinsam und auch Sie in der Vorbereitung Ihres Antrags unternommen haben, nach hinten los. Daran müssen wir im Ausschuss gemeinsam arbeiten.

Freifunk braucht viel Bandbreite. Ich hatte es schon gesagt. Hier sind wir bei meiner alten Forderung, mit den Anschlüssen an den Häusern zu beginnen, die am weitesten weg sind von der Vermittlungsstelle bzw. vom Kabelverzweiger, der mit Glasfaser angeschlossen werden muss. Sonst gibt es freies WLAN fast nur in Städten. Da funktioniert

die Vernetzung schon einigermaßen. Wir müssen aufpassen, dass wir da keine Fehler machen. Deshalb ist dabei nachzuarbeiten.

(Zustimmung bei der FDP)

Freies WLAN in der Fläche, wie ich es hiermit fordere, bedeutet mit entsprechenden Mobiltelefon-Apps auch eine deutliche Verringerung und Minderung der weißen Flecken in der ländlichen Region.

Aber, meine Damen und Herren, um nicht missverstanden zu werden: Wir werden die Antragsinitiative voll und ganz mit unterstützen. Aber der Teufel steckt manchmal, wie ich vorgetragen habe, im Detail. Das ist halt so, wenn man etwas erarbeitet. Wir werden im Ausschuss noch viel zu diskutieren haben, damit wir auf einen Nenner und zu einem, so hoffe ich, einstimmigen Ergebnis kommen.

Ich bedanke mich fürs Zuhören.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Kortlang. - Jetzt hat Herr Kollege Onay, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort. Bitte!

Belit Onay (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon mehrfach angesprochen worden, dass die Entwicklung des Internets und des Bedürfnisses nach Zugang zum Internet unsere Gesellschaft nachhaltig verändert und eine regelrechte digitale Revolution vom Zaun gebrochen, eben einen gesellschaftlichen Umbruch historischen Ausmaßes eingeleitet hat. Dennoch hat man oft den Eindruck, dass die deutsche Internetlandschaft für viele noch Neuland ist. Ich denke, für uns in der Politik ergeben sich daraus, sozusagen als Unterstützung für diese digitale Revolution, zwei Aufträge.

Erstens müssen natürlich alle Menschen an schnelle und moderne Kommunikationsnetze angeschlossen werden. Es kann nicht sein, dass Menschen als regelrecht Abgehängte heute immer noch keinen adäquaten Zugang zum Netz haben.

Zweitens muss Politik den digitalen Umbruch so gestalten, dass er gerecht, fair und frei von staatlichem Überwachungswahn ist. Nur wenn die digitale Revolution demokratisch verläuft, ist sie eine Errungenschaft für alle Bürgerinnen und Bürger.

Die Freifunkinitiativen, die auch ich an dieser Stelle herzlich grüßen möchte, leisten auf diesen beiden Ebenen Pionierarbeit. Deswegen muss auch klar sein, dass sie sich der Unterstützung durch den Niedersächsischen Landtag sicher sein können. Freifunkfrauen und Freifunker demokratisieren die Kommunikation, indem sie z. B. Menschen den Zugang zum Netz verschaffen, die sich eben nicht bei einer teuren Café-Kette mit Latte macchiato und Sonstigem versorgen können, um einen Zugang zu bekommen. Sie überwinden sozusagen die digitale Kluft.

Manchmal stellen sie Netze überhaupt erst her. Schauen wir uns Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern an! Man kann es im Urlaub immer wieder erleben.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Oder auf Ausschusstreisen!)

- Bei Ausschusstreisen, z. B. mit dem Rechtsausschuss in Estland.

Das Vereinigte Königreich hat z. B. 28 WLAN-Hotspots auf 10 000 Einwohner, Südkorea mehr als 37 WLAN-Hotspots. In Deutschland liegen wir bei 2 solchen Hotspots je 10 000 Menschen.

Freifunkfrauen und Freifunker leisten aber auch einen wichtigen Beitrag zum sozialen Leben. Der Kollege Schmidt hat es angesprochen: Die Flüchtlinge, die zu uns kommen, wollen mit ihren Familien und Angehörigen in den Herkunftsländern kommunizieren, unterwegs, aber auch hier in Deutschland und in Niedersachsen, in den Kommunen und den Gemeinden. Sie wollen Lebenssignale aussenden, Neuigkeiten erfahren und sich auch in ihrer Umgebung zurechtfinden. Das ist ein wichtiger Hinweis in Bezug auf all die fast schon verleumderischen Debatten, die gerade auch im Internet, in sozialen Netzwerken darüber geführt werden, warum so viele Flüchtlinge Smartphones haben. Smartphones sind eben lebenswichtig. Der Zugang zum Internet ist der ergänzende Part.

Aber auch im Bereich des Tourismus und der Wirtschaft, gerade in unseren Kommunen und Gemeinden ist das ein wichtiger Punkt, damit sich die Menschen über den Handel und die Sehenswürdigkeiten dort erkundigen können. Deshalb ist die Unterstützung aus Niedersachsen so wichtig.

Ein zweites Signal, das wir neben der Unterstützung aussenden wollen, betrifft die Störerhaftung. Auf Bundesebene gibt es jetzt einen Vorschlag des

Bundeswirtschaftsministeriums für eine Neuauflage des Telemediengesetzes. Das Problem ist erkannt. Aber im Grunde gib es keine geeigneten Maßnahmen, die das Problem lösen. Dafür ist das Gesetz ungeeignet. Das sieht übrigens auch die Europäische Kommission so, die bereits Zweifel an der Vereinbarkeit der Regelung mit der EU-Grundrechtecharta angemeldet hat. Tatsächlich ist es schon absurd, was dort formuliert wird. Wenn es nach der Bundesregierung geht, sind offene WLAN-Netze nämlich nur dann von der Störerhaftung ausgenommen, wenn sie nicht offen sind.

Im Grunde ist sich die Fachwelt in diesem Punkt aber einig: Die Störerhaftung muss weg. Sie ist das große Hindernis für die Bereitstellung von WLAN-Zugängen in Deutschland. Wer sich dem Risiko aussetzen muss, ständig von Abmahnanwälten in Anspruch genommen zu werden, überlegt es sich zweimal, ob er sein WLAN-Netz für Dritte öffnen will. Dies trifft sowohl Freifunkfrauen und Freifunker als auch Cafés, Restaurants, Bibliotheken usw.

Auch unter Wertungsgesichtspunkten kann es nicht sein, dass die kommerziellen Provider freigestellt sind, aber Lokale und Private nicht. Ich möchte auf einen Vorstoß hinweisen, den die Üstra, das öffentliche Nahverkehrsunternehmen in der Region Hannover, gerade unternimmt, um mit einem Provider aus der Region Hannover WLAN-Netze - 25 Hotspots sind wohl angepeilt - einzurichten. Das freut mich ausdrücklich. Viele haben es sicher schon der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* entnommen.

Sie sehen, es gibt einen Aufbruch. Daran wollen wir uns gern beteiligen. In diesem Sinne freue ich mich, wenn wir im Ausschuss zu einem - hoffentlich - einstimmig getragenen Antrag und Beschluss kommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Onay. - Nun hat Herr Kollege Miesner für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte! - Ich darf Sie alle noch einmal um Ihre Aufmerksamkeit bitten.

Axel Miesner (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das war ja eine enorme Rede meines Vorredners.

(Maximilian Schmidt [SPD]: Welche Rede? Sie alle waren super!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Herr Kollege Miesner! - Die Debatten sind definitiv zu laut. Herr Kollege Schminke, wir können Ihren Dialog schon hier vorn mitverfolgen. Das gilt übrigens auch für die rechte Seite des Hauses. - Bitte!

Axel Miesner (CDU):

Laut Tagesordnung und Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen soll es um Bürgernetze gehen, um Freifunk und um freies WLAN.

(Maximilian Schmidt [SPD]: Es soll nicht nur, sondern es geht tatsächlich darum!)

Mein Vorredner spricht von Überwachungswahn und Demokratisierung. Das sind rhetorische Ansätze der Grünen der 1970er- und 1980er-Jahre. Kommen wir zum Thema!

WLAN: Das ist der Anspruch der Menschen. Der Trend geht zum mobilen Arbeiten. Die Menschen arbeiten mobil, sind beruflich und privat viel unterwegs, als Gäste im eigenen Land, aber auch als Urlauber oder jetzt als Flüchtlinge in unserem Land. Von daher ist das Ziel richtig, noch mehr WLAN, noch mehr Funkverbindungen einzurichten. Man will sich vor Ort über Angebote im Urlaub informieren. Der Handel vor Ort will seine Kunden informieren. In der Bahn die Zeitung zu lesen und mobil zu arbeiten, dahin führt der Weg. Dafür soll auch Freifunk genutzt werden.

Aber wenn ich den Antrag sehe und mir die Antwort auf meine Anfrage zum Thema Breitband anschau, dann sollten wir, finde ich, einmal schauen, wie weit der Bund mit dem Thema Breitband schon ist. Die Förderrichtlinie wurde seitens der Bundesregierung schon am 21. Oktober veröffentlicht. Das Land will seine eigene Förderrichtlinie aber erst zum ersten Quartal 2016 veröffentlichen.

(Maximilian Schmidt [SPD]: Hier geht es um etwas anderes! Sie haben den falschen Zettel nach vorn mitgenommen!)

Im ersten Quartal: Das kann im nächsten Jahr sogar nach Ostern sein. Ich bin gespannt, wann wir endlich mit unserem Breitbandausbau in Niedersachsen beginnen können.

(Beifall bei der CDU)

WLAN ist aktuell in aller Munde. Mein Vorredner Horst Kortlang hat es gesagt: Die Üstra ist wie auch viele andere Verkehrsbetriebe dabei, WLAN-Einrichtungen zu schaffen. In den Regionalzügen, in den Bussen und in den Bahnen, aber auch in den Kommunen ist das der Fall. Das ist genau der richtige Weg. Da haben wir in der Tat einen enormen Nachholbedarf. Das erkennt man, wenn man sich die Werte und auch die Angebote in Europa, aber auch weltweit ansieht.

Der Gesetzgeber hat auf gesellschaftliche und technische Veränderungen zu reagieren. Er ist aber auch gefordert, Anbietern und Nutzern einen sicheren und verlässlichen Rechtsrahmen zu geben. Die Anbieter der Router und Hotspots müssen auch sicher sein, dass sie nicht dafür haften müssen, was sich andere im Netz ansehen. Von daher ist es genau richtig, dass die Störerhaftung abgeschafft gilt. Auch Sie wissen, dass der Bund dabei ist, im Rahmen der Novellierung des Telemediengesetzes Veränderungen vorzunehmen. Dazu kann man das Gleiche sagen, was man auch im Energiebereich immer wieder feststellen darf: Sprechen Sie mit Sigmar Gabriel. Er ist Bundeswirtschaftsminister. In dessen Haus, in dem entsprechenden Referat wird das Gesetz für die Beratung im Bundestrag vorbereitet. Sie sollten einfach einmal Ihren direkten Draht nutzen, sofern Sie ihn noch haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Nutzer müssen dann aber auch sichergehen, dass sie die Daten ganz allein nutzen und dass letztendlich niemand sonst die E-Mails und Nachrichten der Nutzer, die mobil arbeiten wollen, mitliest. Darauf hat der Nutzer ein Recht. Das muss auch rechtlich festgelegt sein. Ebenso hat man einen Anspruch - dies hat mein Vorredner, Horst Kortlang, gesagt - auf leistungsfähige Netze. Das Thema Bandbreite gehört ebenso dazu wie Kinder- und Jugendschutz, der ebenfalls zu gewährleisten ist.

Zu den drei Punkten Ihres Antrages: Sie haben zunächst das Thema Störerhaftung angesprochen. Das unterstreichen wir in der Tat. Ich habe bereits darauf verwiesen, dass Sie hierzu Kontakt zu lh-

rem Minister Sigmar Gabriel auf Bundesebene herstellen sollen.

In der Nr. 2 schreiben Sie, für den Freifunk seien gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Frage: Nur für den Freifunk oder auch für andere Anbieter von WLAN-Einrichtungen?

In der Nr. 3 schreiben Sie, Freifunk-Initiativen seien zu unterstützen. Sie verweisen in diesem Zusammenhang auf Universitäten, Fachhochschulen und Flüchtlingsunterkünfte. Die Frage, die sich da stellt, ist: Sie wollen immer alles unterstützen und fördern. Wollen Sie dafür auch entsprechende finanzielle Mittel bereitstellen?

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Jörg Bode [FDP])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Miesner. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die Beratung schließen kann.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung sein. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Dann haben Sie so beschlossen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 43:

Prävention und Intervention gegen Diskriminierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Ideologien der Ungleichwertigkeit - ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/4541

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass dieser Antrag ohne Aussprache direkt in den Ausschuss überwiesen werden soll.

Federführend soll der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen sein. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Dann haben Sie so beschlossen.

Wir kommen nun zur Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnitts.

Der nächste, der 30. Tagungsabschnitt ist vom 14. bis 17. Dezember 2015, d. h. von Montag bis Donnerstag, vorgesehen. Der Präsident wird den Landtag einberufen und im Einvernehmen mit dem Ältestenrat den Beginn und die Tagesordnung der Sitzung festlegen.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

Schluss der Sitzung: 15.03 Uhr.